

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Paul Roth

Glasnost in der Sowjetunion

Heinrich Vogel

Rahmenbedingungen und Aussichten einer inneren Konsolidierung der Sowjetunion

Bernhard Schalhorn

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten

Hans-Hermann Höhmann

Wirtschaftlicher Zusammenbruch statt Systemwechsel?

Programme und Grenzen marktwirtschaftlicher Reformen in der UdSSR

B 16/91
12. April 1991

Paul Roth, Dr. phil., geb. 1925; zuletzt Professor für Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität der Bundeswehr München; seit 1. 7. 1990 im Ruhestand.

Veröffentlichungen u. a.: SOW-INFORM, Nachrichtenwesen und Informationspolitik der Sowjetunion, Düsseldorf 1980; Die kommandierte öffentliche Meinung. Sowjetische Medienpolitik, Stuttgart 1982; Cuius regio – eius informatio. Moskaus Modell für die Weltinformationsordnung, Graz–Wien–Köln 1984; 5 Jahre Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbatschow, München 1990; Glasnost und Medienpolitik unter Gorbatschow, Bonn 1990.

Heinrich Vogel, Dr. oec. publ., geb. 1937; Direktor und Professor, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die sowjetische Intervention in Afghanistan, Baden-Baden 1980; Western Economic Policy Towards Eastern Europe, Atlantic Papers No. 61, Paris 1986; (Mithrsg.) After the Revolutions – East-West Trade and Technology Transfer in the 1990s, Boulder – San Francisco – Oxford 1991.

Bernhard Schalhorn, Dr. phil., geb. 1939; Leiter der Ost-Akademie Lüneburg, Chefredakteur der Vierteljahreszeitschrift „Deutsche Studien“.

Veröffentlichungen u. a.: Mitarbeit an Sammelbänden, zuletzt: Lexikon der Geschichte Rußlands, München 1985; Aufbruch mit Gorbatschow, Frankfurt am Main 1987; Aufsätze zur Regionalgeschichte und zum Geschichtsbewußtsein in der DDR, zur innerdeutschen Integration, zur russischen und sowjetischen Geschichte, vor allem zur Nationalitätenproblematik.

Hans-Hermann Höhmann, Dr. rer. pol., geb. 1933; Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Osteuropakunde in Marburg/Lahn und Berlin; Leitender Wissenschaftlicher Direktor und Leiter des Forschungsbereichs Wirtschaft am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Honorarprofessor der Universität zu Köln.

Veröffentlichungen u. a.: (Mithrsg.) Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestroika, Stuttgart–Berlin–Köln 1990; (Mithrsg.) Rüstung, Modernisierung, Reform: Die sowjetische Verteidigungswirtschaft in der Perestroika, Köln 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Glasnost in der Sowjetunion

Greift man zum Wörterbuch, so findet man dort unter „Glasnost“: Öffentlichkeit, Offenheit, Publizität. Das scheint klar zu sein. Vergleicht man jedoch, was alles in Ost und West unter „Glasnost“ angeboten oder mit „Glasnost“ bezeichnet worden ist, dann stellt sich heraus, daß es keinen festumrissenen, allgemein anerkannten Begriff von „Glasnost“ gibt. In seinem Buch „Perestroika“ hatte Gorbatschow erklärt: „In der Entwicklung der Glasnost sehen wir eine Methode zur Akkumulierung der völlig verschiedenen Meinungen und Gesichtspunkte, die die Interessen aller Schichten und gesellschaftlichen Gruppen der sowjetischen Gesellschaft widerspiegeln.“¹⁾ Gorbatschows Aufforderung, „Glasnost“ zu verwirklichen, führte dazu, daß ein „Glasnost“-Fächer auseinanderklappte. Unter Berufung auf „Glasnost“ wird inzwischen gefordert und/oder praktiziert: 1. Transparenz, Öffentlichkeit der Entscheidungsprozesse in Politik, Wirtschaft, Verwaltung usw.; 2. Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit; 3. Glaubens- und Religionsfreiheit; 4. Vereinigungs- und

Demonstrationsfreiheit, ein Mehrparteiensystem; 5. Freiheit von Kunst und Wissenschaft; schließlich wird „Glasnost“ als ethisches Prinzip gefordert: Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit.

H. Brahm hat eine andere Art der Gliederung von „Glasnost“ vorgenommen²⁾. An erster Stelle steht hier die von oben, von Gorbatschow gewünschte „Glasnost“. Sie richtet sich nach zwei Seiten – einmal nach innen, zum anderen an das Ausland. Darüber hinaus hat sich eine „Glasnost“ entfaltet, die eigene Wege geht: in den Massenmedien, im Samisdat, in Vereinigungen und Parteien, bei Wissenschaftlern und Künstlern usw. Diese verselbständigte „Glasnost“ kümmert sich kaum noch um Tabus oder Wünsche der Obrigkeit. Im Juni 1989 stellte ein Deputierter des Volksdeputiertenkongresses fest, „Glasnost“ sei „ein Schwert mit zwei Schneiden“. Gemeint ist damit, daß „Glasnost“ nicht nur ein Schwert der Perestroika sei, sondern auch eine Gefahr für das sowjetische System, denn für die Anhänger der alten Ordnung ist „Glasnost“ ein Damoklesschwert geworden.

I. „Glasnost“ vor Gorbatschow

Es ist unbestreitbar, daß Gorbatschow für „Glasnost“ den Weg freigemacht und damit die grundlegende Umgestaltung der Sowjetunion eingeleitet hat. Das Wort selbst stammt jedoch aus der Zarenzeit. Vor rund hundert Jahren konnte man in der „Großen Enzyklopädie“, die in St. Petersburg herauskam, unter dem Stichwort „Glasnost“ lesen: „Die derzeitige Theorie und Praxis aller konstitutionellen Staaten sieht in Glasnost und Publizität der Regierungstätigkeit, die die wesentlichsten Rechte der Bürger betreffen, eine der wichtigsten Garantien der politischen Freiheit überhaupt. Indem das Volk in den konstitutionellen Staaten durch seine Vertreter aktiven Anteil an allen wichtigen Regierungsmaßnahmen hat, hat es natürlich das Recht auf Kritik und öffentliche Kontrolle, insbesondere gegenüber der Volksvertretung sel-

ber.“³⁾ Als Vater von „Glasnost“ in Rußland nennen heute die einen Alexander Herzen (1812-1870), andere Saltykow-Schtschedrin (1826-1889).

Gorbatschow selber bezog und bezieht sich auf Lenin, fordert die Verwirklichung von Lenins „Glasnost“. 1989 erschien im Moskauer Polit-Verlag ein Buch mit Leninsätzen über „Glasnost“⁴⁾. Es ist eine reine Zitatensammlung und jede kritische Rückfrage, wie es Lenin tatsächlich mit „Glasnost“ gehalten hat, fehlt. Heute kann man auch in sowjetischen Periodika nachlesen, daß Lenin Politik hinter verschlossenen Türen betrieben hat. Im April 1990 veröffentlichte z. B. die Wochenzeitung „Sobesednik“ (sie gehört zur „Komsomolskaja prawda“) Lenins Geheimschreiben vom März 1922 an die Politbüromitglieder⁵⁾. In diesem Schreiben, das in der sowjetischen Ausgabe von Lenins „Gesam-

1) M. Gorbačev, *Perestrojka i novoe myšlenie*, Moskau 1988, S. 75.

2) Vgl. H. Brahm, Ein neuer Generalsekretär im alten Sowjetsystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/87, S. 28.

3) *Bol'shaja Enciklopedija*, St. Petersburg 1896⁴, Bd. 7, S. 10.

4) V. Lenin, *O glasnosti*, Moskau 1989.

5) *Sobesednik*, Nr. 16/90.

melten Werken“ fehlt, forderte Lenin, möglichst viele „Vertreter der reaktionären Bourgeoisie und der reaktionären Geistlichkeit zu erschießen“. Das leninsche „Dekret über die Presse“ leitete im November 1917 die Unterdrückung der nicht-bolschewistischen Presse ein⁶⁾. Was Lenin begonnen hatte, führte Stalin fort, selbst das Wort „Glasnost“ verschwand; „Kritik und Selbstkritik“ wurde zur Ersatzformel.

Mitte der siebziger Jahre tauchte „Glasnost“ als Wort wieder auf. Die sowjetische Führung war unsicher geworden; der Glaube an den Marxismus-Leninismus und an die Partei nahm in der Bevölkerung ständig ab. Den von der Partei dirigierte Massenmedien glaubte man nicht mehr. Jeder wußte, daß es ein mehrfaches Zensurnetz in der Zentrale gab. Zur Moskauer Zensur kam die Zensur von unten hinzu. Die örtlichen Machthaber – die Parteisekretäre der Unionsrepubliken – sorgten dafür, daß keine negativen Meldungen aus dem eigenen Machtbereich nach Moskau kamen. Die Nomenklatura von Partei, Staat, Justiz und

Geheimpolizei schirmte sich vor Ort mafiaartig ab. Die Zentrale wußte nicht mehr, was im Riesereich geschah, was die Bevölkerung dachte.

Die Verfassung des Jahres 1977 forderte in Art. 9 eine „Erweiterung von Glasnost“ und „die ständige Berücksichtigung der öffentlichen Meinung“. In einem sowjetischen Verfassungskommentar wurde 1982 erklärt, was man unter „Glasnost“ verstanden haben wollte⁷⁾: Zum einen ging es um größere Transparenz der Tätigkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Organe, um einen „Informationsstrom von oben nach unten“; zum anderen wollte man die „gesellschaftliche Meinung“ von unten als eine Art „Rückkoppelung“ berücksichtigen.

Der Art. 9 hat faktisch nichts geändert, „Glasnost“ blieb eine propagandistische Leerformel. Gorbatschow stellte später fest: „Alles, was von den Rednertribünen verkündet und in Zeitungen und Broschüren gedruckt wurde, stellte man in Frage. Es kam zum Zerfall der öffentlichen Moral.“⁸⁾

II. „Glasnost“ als Prozeß und Geflecht

Als Gorbatschow 1985 zum Generalsekretär gewählt wurde, besaß er noch keinen ausgearbeiteten Plan für seine „Perestroika“ und „Glasnost“. Er hatte jedoch erkannt, daß er „Glasnost“ für seine Politik brauchte; die Gründe liegen auf der Hand: Die Führung benötigte für ihre Ziele direkte und unverfälschte Informationen von unten – die erste Voraussetzung zur Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen ihr und der Bevölkerung; des weiteren glaubhafte Massenmedien, Vertrauensgewinn im Ausland und damit letztlich auch Anschluß an den hohen Stand der politischen Kommunikation im Westen. Mit dieser Aufzählung ist allerdings dem „Glasnost“-Prozeß schon vorgegriffen.

Man muß sich klar darüber sein, daß „Glasnost“ in den Jahren 1985/86 nicht gleichgesetzt werden kann mit „Glasnost“ im Jahre 1990. Das Bemühen um den Abbau des Ost-West-Konfliktes durch „Glasnost“ begann erst im Jahre 1987. V. Tretjakow hat diese Entwicklung 1989 im Rückblick folgendermaßen charakterisiert: „Glasnost war anfangs eine rudimentäre, ganz einfach zusätzliche Information darüber, die Dinge besser zu be-

schleunigen. Dann wurde Glasnost ein analytisches Mittel der historischen Rückschau: Wo waren die Fehler? Und schließlich verwandelte sich Glasnost in eine selbständige und geschlossene Politik, für die die Analyse der Vergangenheit der Hintergrund ist und die Untersuchung dessen, wie man zu einer richtigen Demokratie kommt, die Hauptsache. Diese Glasnost arbeitete sich Schritt für Schritt an unsere sowjetische ‚alttestamentlichen‘ Tabu-Themen heran, die jahrzehntelang abgesichert waren gegenüber kritischer Beurteilung: Sozialismus, Vielparteiensystem, Oktoberrevolution, Lenin, Molotow-Ribbentrop-Pakt, das Baltikum im Jahre 1940, die Vorgänge 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei und vieles andere.“⁹⁾

„Glasnost“ wurde zunächst als Kampagne von oben zur Unterstützung einer „Perestroika“ im wirtschaftlichen Bereich begonnen. Seit 1987 schoben sich jedoch diese offiziell gewünschte „Glasnost“ und die sich verselbständigende „Glasnost“ von unten wie geologische Schichten über- und ineinander: Sowohl Medien, Organisationen oder Gruppierungen beanspruchten „Glasnost“ für ihre Interessen wie auch Gläubige, Künstler, Wissenschaftler oder ganze Nationalitäten.

⁶⁾ Vgl. P. Roth, Die kommandierte öffentliche Meinung. Sowjetische Medienpolitik, Stuttgart 1982, S. 35 ff.

⁷⁾ Konstitucija SSSR. Politiko-pravovoj komentarij, Moskau 1982, S. 56 ff.

⁸⁾ M. Gorbatschow, Perestroika, München 1987, S. 19.

⁹⁾ V. Tretjakov, Zagadka Gorbačeva, in: Moskovskie novosti, Nr. 48/89.

III. „Glasnost“ als Instrument der Wirtschafts-„Perestroika“ (1985/86)

Mit „Glasnost“ als einem von oben angeordneten Instrument der wirtschaftlichen Perestroika sollten Mängel aufgedeckt und kritisiert sowie Schuldige benannt werden. Die Zensur wurde etwas zurückgenommen. Meldungen und Artikel über Disziplinlosigkeit, Alkoholismus und Korruption wurden allenthalben veröffentlicht. Die Sowjetbürger konnten aus dieser Massierung ableiten, daß es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelte, sondern um allgemein verbreitete Mißstände, die es zu bekämpfen galt. Die Liste der Verstöße gegen die sozialistische Moral wurde immer länger. Auf einmal tauchten auch Artikel über Prostitution und Drogensucht in der Sowjetunion auf.

Gorbatschow hatte ab 1985 zahlreiche Partei-, Staats-, Wirtschafts- und Medienfunktionäre ausgewechselt. Das war ein normaler Prozeß, der sich nach der Wahl eines jeden neuen Generalsekretärs abspielte. Von „Glasnost“ wurde damals noch nicht viel gesprochen. Erst im September 1986 befaßte sich das Leitorgan „Kommunist“ mit dem Thema „Die Stärke von Glasnost“. Die sowjetische Beschwichtigungskampagne nach der Katastrophe von Tschernobyl (26. April 1986) hatte jedoch zunächst die Hoffnung auf glaubhafte Informationen unterhöhlt. Was im Politbüro vor sich ging, blieb weiter unbekannt. Die atheistische Kampagne gegen die Religionsgemeinschaften lief weiter – zumal für 1988 die Millenniumsfeier der

Taufe der Kiewer Rus bevorstand. Die Rechtfertigung des Einmarschs in Afghanistan wurde aufrechterhalten. Die Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit wurde ängstlich in die Zukunft verschoben. Das Feindbild von den „imperialistischen Kriegstreibern“ war noch weitgehend unverändert.

Allerdings waren zur gleichen Zeit zahlreiche „informelle Gruppen“ wie Pilze aus dem Boden geschossen, darunter auch politisch orientierte Gruppen. Als Sacharow im Dezember 1986 nach Moskau zurückkehren durfte, wurde dies als Signal für eine Erweiterung der „Glasnost“ gedeutet. Man kann diese beiden Jahre 1985/86 mit dem „Tauwetter“ unter Chruschtschow vergleichen. Kühn wagten es Künstler, bisherige Tabu-Zonen zu betreten. Das wäre ihnen nicht möglich gewesen, wenn Gorbatschow nicht begriffen hätte, welche Hilfe er von den „Kulturschaffenden“ erwarten konnte. Eine Kommission wurde geschaffen, um bisher verbotene Filme in die Filmtheater zu bringen. Von den Erzählungen, Romanen und Theaterstücken, die bisherige Tabus brachen, sollen nur zwei erwähnt werden. Der kirgisische Schriftsteller T. Aitmatow griff in seinem Roman „Die Richtstätte“ christliche Themen auf. M. Schatrow verglich in seinem Theaterstück „Diktatur des Gewissens“ in Form einer Gerichtsverhandlung die Vorstellungen Lenins mit dem, was danach geschehen war.

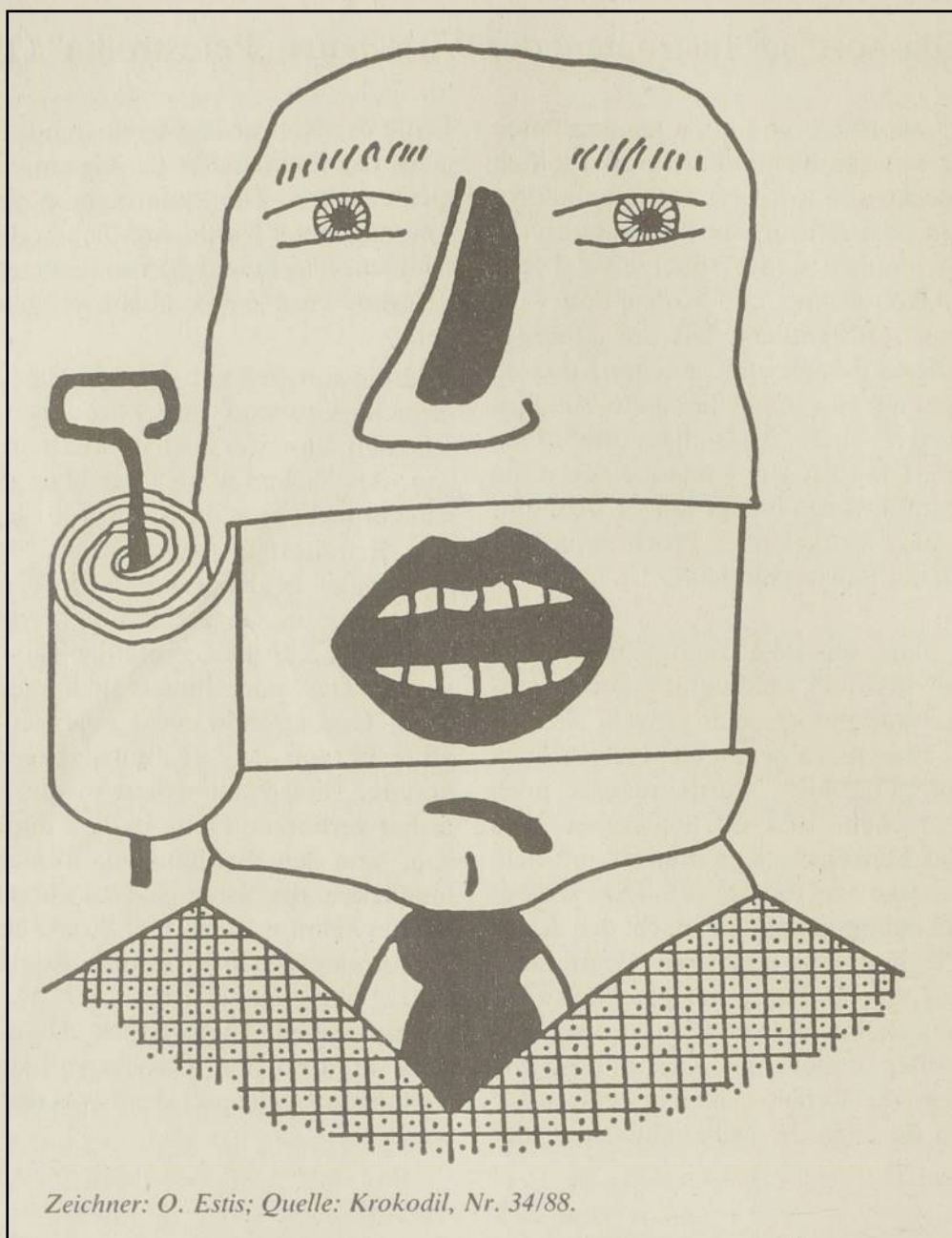
IV. „Glasnost“ als Voraussetzung der Demokratisierung (1987/88)

Das Januar-ZK-Plenum 1987 läutete für „Glasnost“ eine neue Etappe ein. Die „Perestroika“ der Gesellschaft (nicht nur der Wirtschaft) und „Glasnost“ wurden als Voraussetzung einer „Demokratisierung“ gefordert. „Glasnost“ wurde nun mit Wahrhaftigkeit gleichgesetzt. Ein „neues Denken“ im Sinne einer moralischen Umkehr in der Sowjetunion und ein „neues Denken in der Außenpolitik“ wurden im Frühjahr 1987 eingeleitet. Aus dem „Tauwetter“, dem Rinnsal der ersten Jahre, wurde nun ein Fluß, der bald über die von oben gewünschten Ufer trat. Der offiziell gewährte Freiraum war allerdings noch nicht so groß, daß man von einer wirklichen Demokratisierung sprechen konnte. Noch war man auch mit der Aufarbeitung der Vergangenheit zu stark beschäftigt. Erst 1988 erreichte „Glasnost“ eine weitere Stufe. Im April wurde der Versuch einer Teilrehabilitierung Sta-

lins verurteilt und auch den Religionsgemeinschaften „Glasnost“ zugesichert. Schließlich bot die XIX. Parteikonferenz Ende Juni 1988 eine so offene Diskussion über die Mißstände im Land, wie sie niemand bis dahin erwartet hatte.

Immer noch befanden sich aber die Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen im Befehlsstrang von Staatskomitees, immer noch existierte die Zensur. In den Rahmen der von oben gewünschten „Glasnost“ paßten die sich häufenden Berichte über Mißstände in Wirtschaft und Handel; sie wurden ergänzt durch Informationen und Berichte über katastrophale Verhältnisse in Krankenhäusern, Kinderheimen oder Waisen-Verwahranstalten. Das Schutzschild für die Nomenklatura fiel.

Es begann aber auch eine Differenzierung der Printmedien in kühnere und konservative: Die frü-



her eher langweilige Illustrierte „Ogonjok“ griff sehr unbekümmert die verschiedensten Mißstände auf. Die mehrsprachig erscheinenden „Moscow news“ näherten sich immer mehr einem westlichen Journalismus. Die Auflagen von Zeitungen und Zeitschriften verschoben sich zugunsten der kritischen Organe. Wie schwankend der Boden aber noch war, zeigte sich am Beispiel der „Sowjetskaja Rossija“. Sie hatte – im Zuge der Zeit – Mißstände angeprangert und wurde bereits zu den fortschrittlichen Organen gezählt. Am 13. März 1988 veröffentlichte sie jedoch einen Artikel der Leningrader Dozentin N. Andrejewa „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“. Dieses Anti-Perestroika-Manifest wurde in der Sowjetunion für einen offiziellen Bremsbefehl für „Glasnost“ gehalten, bis die „Prawda“ ihn am 5. April 1988 zurückwies. Der Rundfunk, der weitgehend zur Geräuschkulisse geworden war, verbesserte seine Informations-sendungen über das In- und Ausland. Kühne Jour-

nalisten forderten, man solle nun endlich auch über die „kapitalistischen“ Länder korrekter und umfassender berichten. Das Fernsehen mit seiner Reihe „Scheinwerfer der Perestroika“ und der Ausstrahlung bisher verbotener Streifen paßte sich der Entwicklung an, ohne jedoch allzu kühne Vorstöße zu wagen. Während also bei den Allunionsmedien sich „Glasnost“ ausbreitete, blieb die Entwicklung in den Unionsrepubliken, Regionen und Städten zurück. Die Ortsgewaltigen übten dort nach wie vor ihre Zensur aus.

Das Signal für eine neue Stufe von „Glasnost“ war die Freigabe des Films von D. Abuladse „Die Reue“. Diese 1984 hergestellte Abrechnung mit der Stalinzeit kam im Januar 1987 in die Theater und wurde zur Sensation. Auf dem Januar-ZK-Plenum 1987 hatte Gorbatschow soeben den Weg zur Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit freigegeben. Diese Vergangenheitsbewältigung

entglitt jedoch der zunächst beabsichtigten Kontrolle von oben. Es war bald nicht mehr möglich, alle Mängel und Verbrechen auf Stalin oder Breschnew abzuwälzen¹⁰). So wurde auch nach der Rolle Trotzki während und nach der Revolution gefragt, Berichte über die Ermordung der Zarenfamilie erschienen. Und schließlich konnte man die Frage nach der Bedeutung der orthodoxen Kirche für die Entstehung des russischen Staates, für seine Kultur und Entwicklung nicht mehr der Interpretation der Atheismus-Funktionäre überlassen.

O. Mandelstam und B. Pasternak wurden rehabilitiert, A. Rybakows Roman „Die Kinder des Arbat“ (eine Abrechnung mit der Stalinschen Verfolgung) wurde zum Bestseller in der Sowjetunion. Dann wagte man sich auch an Werke von im Ausland Verstorbenen. V. Grossmans großer Roman „Leben und Schicksal“ wurde gedruckt und sogar von der „Prawda“ mit allerdings zurückhaltender Wertung besprochen. Aus den Archiven kamen nach und nach die verbotenen Filme ans Tageslicht. Ein Jahr nach Aufführung des Abuladse-Films „Die Reue“ griff A. Proschkin in seinem Film „Der kalte Sommer des Jahres 1953“ das Thema der Demoralisierung der Menschen in der Stalinzeit auf. Eine Bande amnestierter Krimineller terrorisiert – nach dem Tode Stalins – ein einsames Dorf. Zwei politisch Verbannte retten die Dorfbewohner. Der Dokumentarfilm von J. Podmieks „Ist es leicht, jung zu sein?“ leitete eine Reihe von Filmen ein, die sich mit dem Leben der desorientierten Jugendlichen befaßten.

Seit dem Herbst 1987 wurde auch die atheistische Propaganda immer mehr zurückgenommen. Am 29. April 1988 empfing Gorbatschow den Patriar-

chen Pimen und sicherte den Gläubigen in der Sowjetunion „Demokratisierung“ und „Glasnost“ zu. Die Massenmedien reagierten sofort. Seitdem ist die atheistische Propaganda in Broschüren abgewandert, während die Massenmedien nicht nur über die Millenniumsfeiern, sondern über die verschiedensten Aktivitäten der Religionsgemeinschaften positiv berichteten.

Die „informellen“ Gruppen vermehrten sich, schlossen sich zusammen, bildeten politische Gruppierungen. Gleichzeitig verschärften sich die Nationalitätenkonflikte; die sowjetischen Massenmedien in Moskau berichteten hierüber nur unvollständig, teilweise verfälscht. Gruppen, parteiartige Zusammenschlüsse bis hin zu den Nationalitäten beriefen sich auf „Glasnost“, während man in Moskau immer noch ein Mehrparteiensystem entschieden ablehnte. Das Wahlverfahren für die XIX. Parteikonferenz konnte deshalb nicht demokratisch sein; daher wurde auf der Konferenz teilweise Kritik geübt, die kurz vorher noch Zwangsarbeit oder Einweisung in eine psychiatrische Klinik nach sich gezogen hätte. U. a. forderte ein Parteisekretär die Ablösung des Staatsoberhauptes Gromyko.

Die Proklamierung des „neuen Denkens in der Außenpolitik“ im Frühjahr 1987 leitete einen Abbau des Feindbildes vom kapitalistisch-imperialistischen Westen ein. Mitte Januar 1987 wurden die Störungen von BBC/London eingestellt. Harte Kritik wurde in den Medien geübt, daß man in den vergangenen Jahren verfälschend über Afghanistan berichtet hätte. Fernsehbrücken ins kapitalistische Ausland gewährten einen ersten Einblick über die Grenzen in den Westen hinein.

V. Die Verselbständigung von „Glasnost“ (1988/89)

Die XIX. Parteikonferenz im Sommer 1988 stand am Beginn der dritten Etappe von „Glasnost“. Nun ging es nicht mehr nur um die Mißstände der Gegenwart und die Schuldigen in der Vergangenheit; in den Vordergrund geriet jetzt die Frage, wie das System selbst verändert werden müsse. „Glasnost“ von oben und verselbständigte „Glasnost“ von unten stießen aufeinander, boten unterschiedliche Lösungen an, bekämpften sich teilweise¹¹).

Als Übergang zur nächsten Etappe kann man den Dezember 1989 ansehen. Der Volksdeputiertenkongreß erklärte zu diesem Zeitpunkt nicht nur das geheime Zusatzabkommen des deutsch-sowjetischen Vertrages (1939) für null und nichtig, sondern verurteilte auch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Ferner wurde ein Gesetzentwurf über die Presse veröffentlicht. Und schließlich war im Dezember 1989 erkennbar, daß die Kommunistische Partei auf ihre in der Verfassung garantierte Führungsrolle würde verzichten müssen. Der

¹⁰) Vgl. hierzu G. Meyer (Hrsg.), Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion, Köln 1988; W. Laqueur, Stalin. Abrechnung im Zeichen von Glasnost, München 1990.

¹¹) Vgl. hierzu W. Laqueur, Der lange Weg zur Freiheit, Frankfurt/M. – Berlin 1989; J. Afanas'ev, Inogo ne dano. Perestrojka: Glasnost' Demokratija Socializm, Moskau 1988.

Zusammenbruch des Sozialismus in den „Bruderstaaten“ stand wie ein Menetekel an der Wand. Der Publizist I. Kljamkin sagte dazu in einem Interview, welches das sowjetische Fachorgan „Journalist“ abdruckte, u. a.: „Aber 1989 hat alles auf den Kopf gestellt. Ich meine die Ereignisse in Ungarn und Polen. Jetzt wurde klar, daß die Frage nach der Parteienvielfalt für die herrschende Monopolpartei nicht nur möglich ist bzw. nicht gefährlich, sondern rettend. Unter den Verhältnissen eines totalitären Systems entschied die Partei, sie trug jedoch nicht die Verantwortung. Verantworten mußten sich andere – die örtlichen Organe, die Wirtschaftsleute, kurz, die Ausführenden... Unter den Verhältnissen von Glasnost läßt sich die Verantwortung nicht maskieren, man kann sie nur teilen, und das nur, wenn man gleichzeitig die Macht teilt...“¹²⁾

Doch auch in dieser Etappe ließ die Transparenz der obrigkeitlichen Entscheidungen zu wünschen übrig. Wie und durch wen war z. B. entschieden worden, im April 1989 110 ZK-Mitglieder in Pension zu schicken? Die Rede Gorbatschows vor den „Leitern der Massenmedien“ am 13. Oktober 1989 wurde nicht veröffentlicht. Sie war Warnung und Rüffel zugleich, wie Teilnehmer berichteten. Was in Moskau noch an begrenzter Geheimhaltung praktiziert wurde, war fern der Hauptstadt in der Provinz selbstverständlich: Die Kritik an Wirtschaftsmängeln und sozialen Notständen, die Berichte über korrupte Nomenklatura-Angehörige waren inzwischen alltäglich geworden¹³⁾. Schüchtern tauchte nun auch das Frauenproblem auf. Die Veröffentlichung von Meinungsumfragenergebnissen wurde üblich und damit teilweise für die politische Führung bedrohlich. Der Deckel, der bisher nur vorsichtig von der Vergangenheit gelüftet worden war, wurde nun entfernt¹⁴⁾; Denkmäler für die Opfer der Stalinzeit wurden errichtet. Es ließ sich nicht mehr verbergen, was Hitler und Stalin 1939 vereinbart hatten. Vorsichtig wurde am Blattgold des Leninkultes gekratzt: War er nicht Urheber der ganzen Misere gewesen?, wurde gefragt. Der „Große Vaterländische Krieg“ mit den sowjetischen Heldentaten wurde allerdings noch vor Kritik bewahrt.

¹²⁾ I. Kljamkin, V istoričeskoj lovuške?, in: Zurnalist, Nr. 2/90, S. 31f.

¹³⁾ Vgl. I. Tarasulo, Gorbachev and Glasnost. Viewpoints from the Soviet Press, Wilmington 1989; M. Alber/Ch. Cerf/W. Korotitsch (Hrsg.), Die neue Freiheit. Leserbriefe an die Zeitschrift „Ogonjok“ 1987–1990, München 1990; W. Witaljew, Die rote Mafia. Recherchen im kriminellen Untergrund der UdSSR, Düsseldorf 1990.

¹⁴⁾ Vgl. M. Wehner, Auf der Suche nach der „Wahrheit“?, in: Osteuropa, (1990) 12, S. 1129ff..

Die Zeitungen und Zeitschriften bezogen klare Positionen und begannen, sich untereinander zu bekämpfen. Zur „liberalen“ Gruppe gehören u. a. „Trud“, „Argumenty i fakty“, „Sobesednik“, „Moskowskie nowosti“, die Zeitschriften „Ogonjok“, „Nowy mir“, „Druschba narodow“. Eine eher konservative Richtung haben „Prawda“, „Krasnaja swesda“, „Sowjetskaja Rossija“, die Zeitschriften „Nasch sowremennik“, „Molodaja gwardija“ und „Moskwa“. Vergeblich versuchte Gorbatschow, die verschiedenen Flügel auf den von ihm gewünschten Mittelkurs zu zwingen. Ein Versuch im Jahre 1988, durch Auflagebeschränkungen die kühneren Printmedien zurückzudrängen, war am lauten Protest der Betroffenen gescheitert.

Auch die Nachrichtensendungen des sowjetischen Rundfunks wurden ehrlicher, das Programm bunter. Nachdem die Störung der bis dahin verketzerten Auslandssendungen eingestellt worden war, hatte der sowjetische Rundfunk eine gefährliche Konkurrenz bekommen. Das sowjetische Fernsehen begann in diesem Zeitraum, durch Neueinrichtung von regionalen Studios das Zentralprogramm zu ergänzen. Die Fernsehübertragung von Sitzungen des Volksdeputierten-Kongresses waren „Straßenfeger“. Kühne Dokumentarfilme, die sich nicht nur mit der Vergangenheit befaßten, Sendungen wie das „Fünfte Rad“ (Leningrad) haben die Glaubwürdigkeit des Fernsehens erhöht. Wie Befragungen zeigen, gilt das Hauptinteresse den Nachrichtensendungen. Aus den baltischen Republiken und aus Georgien kamen allerdings harte Vorwürfe, daß das Zentral-Fernsehen nicht objektiv sei.

Im Schutz von „Glasnost“ wurden die Bilder bisher verfemter Künstler gezeigt (z. B. K. Malewitsch). Zeitschriften wagten den Abdruck von Werken vertriebener Schriftsteller. So begann „Snamja“ im Februar 1988 mit dem Abdruck von G. Wladimows „Die Geschichte vom treuen Hund Ruslan“. Die „Filmtresore“ wurden geräumt bzw. die dort lagernden Filme gezeigt. Die große Filmsensation war jedoch der Film „Die kleine Vera“, weil darin erstmals ein Geschlechtsakt in einem sowjetischen Film gezeigt wurde. Ein Kritiker charakterisierte bissig, was damals als moderner Film in der Sowjetunion galt: „Das ist, wenn ein nacktes Mächen vor einem Stalinbild sitzt und Marihuana raucht.“¹⁵⁾

Die Religionsgemeinschaften wurden in den Zentralmedien nicht mehr diffamiert, sondern mit deutlichem Wohlwollen berücksichtigt. Die Ein-

¹⁵⁾ P. Smirnov, Igraem Stalinizm?, in: Krokodil, Nr. 38/89, S. 7.

КАК ВИДИТ ХУДОЖНИК

МЫ НЕ ПРОСТИТУТКИ, МЫ
ПРЕДСТАВИТЕЛИ СЕКСУАЛЬНО-
ПАТРИОТИЧЕСКОГО ФРОНТА!

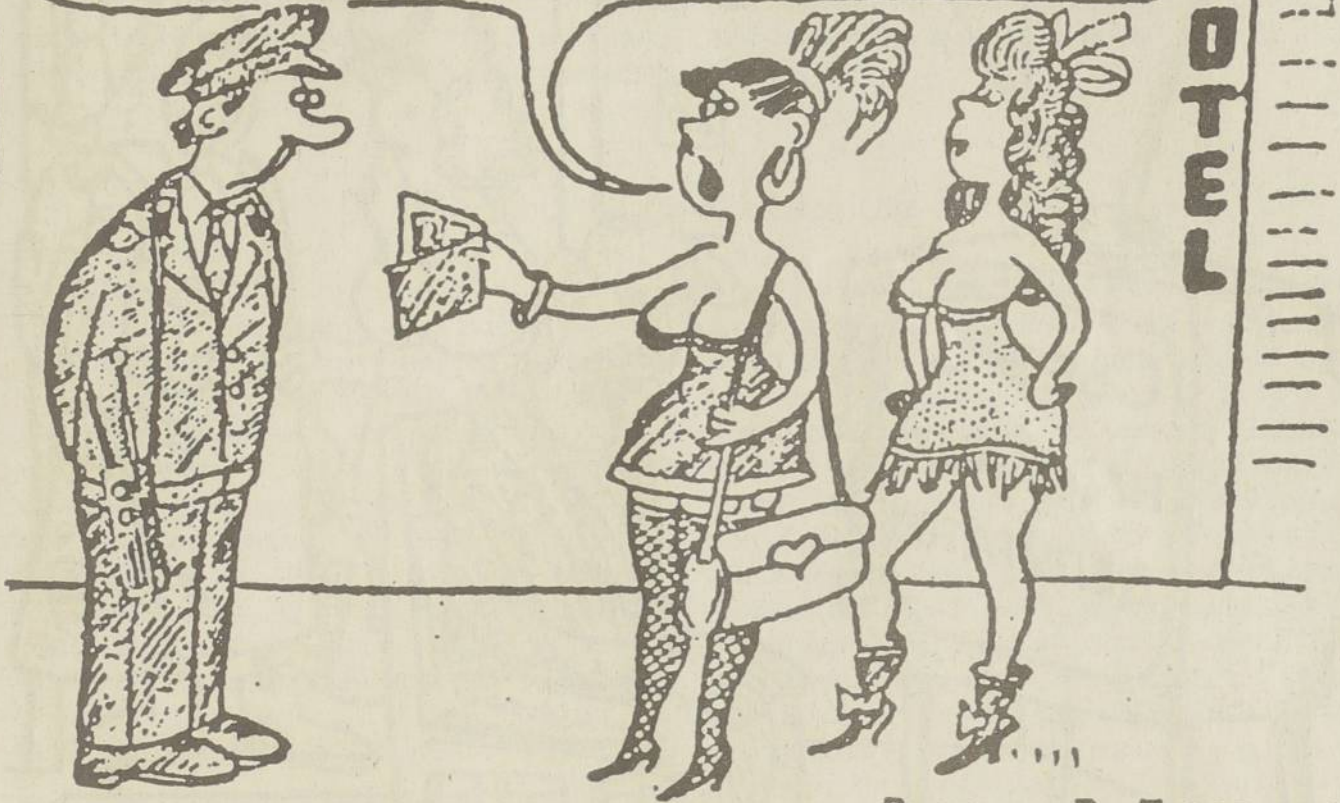


Рисунок В. Луговкина.

Text in der Sprechblase: „Wir sind keine Prostituierten. Wir sind Vertreter der sexual-patriotischen Front!“ Zeichner: W. Lugowkin; Quelle: Prawda, 19. 8. 1990.

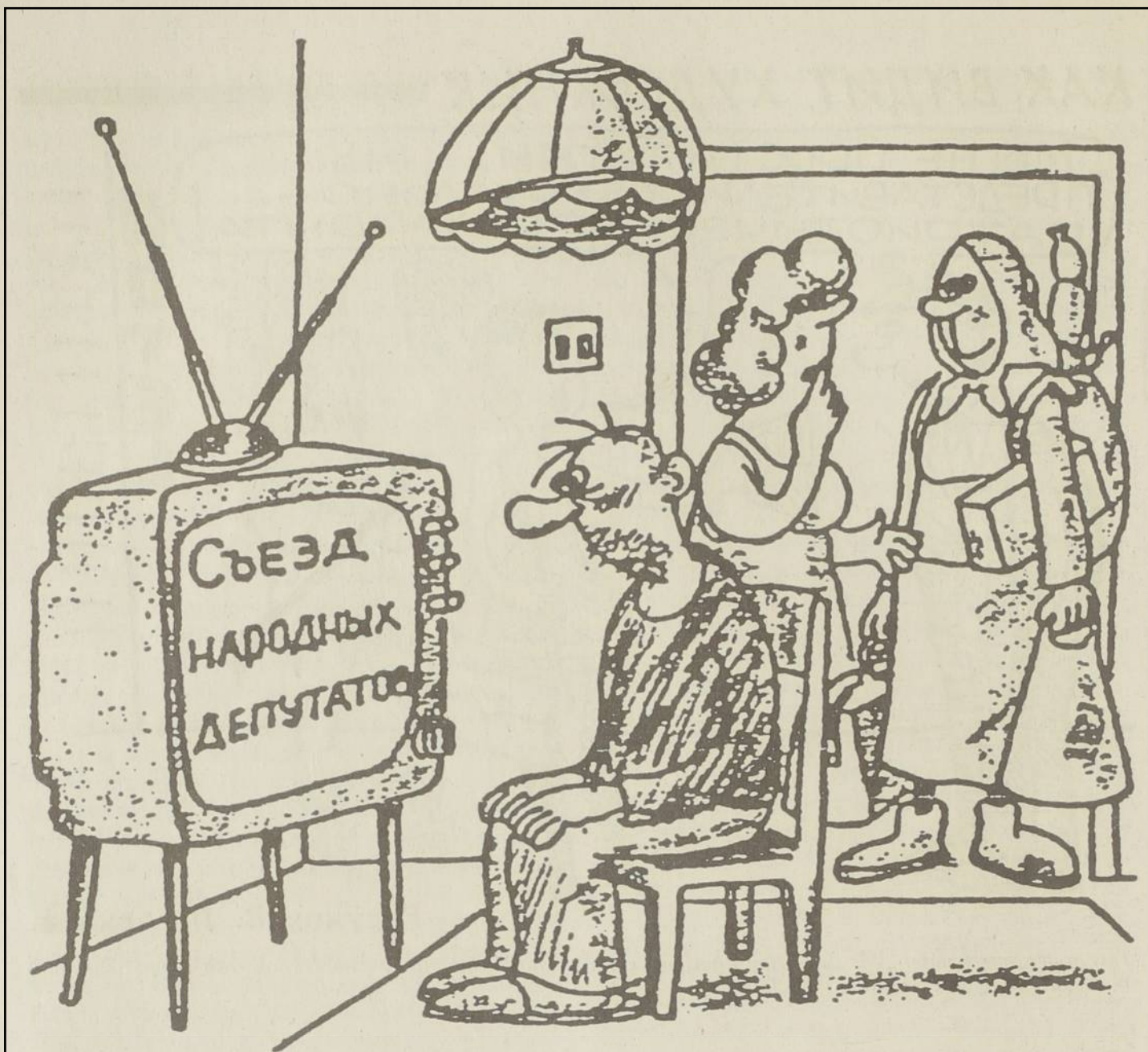
fuhr von Bibeln wurde gestattet, das litauische Fernsehen strahlte sogar religiöse Sendungen aus. Die katholische Kirche konnte in Lettland und Litauen Kirchenzeitungen herausbringen. Nach wie vor ungeklärt ist die Lage der katholisch-unierten Kirche in der Ukraine. Hier spielt der Widerstand des Moskauer Patriarchats eine entscheidende Rolle.

Die Nationalitätenkonflikte spitzten sich zu; die Souveränitätsforderungen vor allem der baltischen Staaten beunruhigten Moskau. Der Einsatz von Giftgas durch Sondereinheiten am 9. April 1989 in Tiflis wurde bis zum Dezember 1989 heftig von den Volksdeputierten kritisiert und diskutiert. Volksfronten entstanden in mehreren Republiken, zogen mit nationalen Symbolen durch die Straßen. Die litauische Kommunistische Partei erklärte sich für selbständig. Sozusagen am anderen Flügel der „Glasnost“ tauchten lautstark russisch-nationalistische Gruppen auf; unter ihnen ist vor allem „Pam-

jat“ bekannt geworden. Alle diese Richtungen und Strömungen setzten Medien für ihre Ziele ein, teils Samisdat-Erzeugnisse, teils aber auch offiziell zugelassene Medien. Immer wieder wurden bei den Auseinandersetzungen die Zentralmedien beschuldigt, falsch aus den Unionsrepubliken berichtet zu haben.

Die Ausweitung von „Glasnost“ erreichte in diesem Zeitabschnitt auch die Streitkräfte. Es wurde über Soldatenmißhandlungen, Selbstmorde, Desertionen usw. berichtet. Weitgehend abgeschirmt blieben jedoch der KGB und die damalige Außenpolitik. Auch Kritik an der politischen Führung wurde in den Medien nur zögerlich vorgebracht. Die Zensur funktionierte noch. Die Miliz ging ab und zu gegen „informelle“ Gruppen vor und beschlagnahmte Material in den Redaktionen des Samisdat.

Im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik der Sowjetunion und ihren Abrüstungsvorschlägen



— Вторую неделю не пьет и не курит! Почаще бы съезды были!

Text auf dem Fernsehschirm: „Kongreß der Volksdeputierten“. Text: „Die zweite Woche trinkt und raucht er nicht! Es sollten häufiger Kongresse sein!“ Zeichner: W. Lugowkin; Quelle: Krokodil, Nr. 18/89.

wurden Ende 1988 die Störungen der Auslandssender eingestellt. Die sowjetischen Journalisten bemühten sich um eine möglichst objektive Berichterstattung über das Ausland. Sowjetische Printmedien druckten Texte von einst als „Antikommunisten“ geschmähten Ausländern ab. Die Berichterstattung über die sozialistischen Bruderstaaten schwenkte vom bisher geforderten ständigen Lob auf eine nüchterne Registrierung politischer Vorgänge um.

Gorbatschow bezeichnete in seinem Schlußwort am 4. August 1989 die erste Sitzungsperiode des neuen Obersten Sowjet als „Beginn des Parlamentarismus in der Sowjetunion“. Das war nicht ganz zutreffend, denn im Parlament rangen ja nicht

Vertreter verschiedener Parteien miteinander, sondern Mitglieder einer Partei. Seit dem Sommer des Jahres 1989 bildeten sich jedoch überregionale oppositionelle Gruppen unter den Volksdeputierten und den Deputierten des Obersten Sowjet. Innerhalb der Partei bildeten sich Fraktionen, die man als „Plattformen“ bezeichnete. Die Bezeichnung „Fraktion“ wurde nicht verwendet, weil einst unter Lenin die Fraktionsbildung in der Partei strikt untersagt worden war.

Als das Jahr 1989 zu Ende ging, da zeigte sich – als Ergebnis der mutigen Inanspruchnahme von „Glasnost“ –, daß die Kommunistische Partei kein Monolith mehr war. Der Volksdeputierte S. Stankewitsch schrieb in einem Artikel im Jahre 1989

u. a.: „Die wichtigste Frage, zu der die Vertreter der verschiedenen Plattformen unterschiedliche Auffassungen haben, ist die der Macht. Gegenwärtig findet ein Prozeß der Umverteilung der Macht statt, zumindest hat er begonnen. Und natürlich wird das von denen, die lange Zeit diese Macht uneingeschränkt in ihren Händen hielten, nicht gerade begrüßt. Erstmals in der Geschichte unseres Landes steht ihnen eine noch nicht besonders

straff organisierte, aber durchaus festumrissene Gruppe von Menschen gegenüber, die erklären, gewillt zu sein, jene Kategorien von Machthabern zwar allmählich und behutsam, ohne überflüssige Hast, aber doch konsequent aus ihren Positionen im gesellschaftlichen System zu verdrängen, da sie diese Positionen nicht rechtmäßig innehaben.“¹⁶⁾ 1985 hätte diese mutige „Glasnost“ noch die Freiheit gekostet.

VI. „Glasnost“ als zweischneidiges Schwert

Die Übergänge zwischen den „Glasnost“-Etappen sind fließend. Man könnte diese Etappe auch mit dem Herbst 1989 beginnen lassen, da auf dem ZK-Plenum im September 1989 mit ungewöhnlichem Öffentlichkeitsaufwand die Nationalitätenfrage diskutiert wurde¹⁷⁾. Im Herbst 1989 wurde auch das traditionelle gesellschaftspolitische Lehrfach der marxistisch-leninistischen Philosophie in das allgemeine Fach „Philosophie“ umgewidmet¹⁸⁾. 1989 erschien der „Versuch eines Wörterbuchs des neuen Denkens“, ein Buch, in dem sowjetische und französische Autoren neue Interpretationen politischer Begriffe (wie z. B. Kolonialismus, Sozialismus, Glasnost, Menschenrechte) vorlegten¹⁹⁾.

Das Jahr 1990 unterscheidet sich – jedenfalls unter dem Blickwinkel von „Glasnost“ – prinzipiell von den vorhergehenden Entwicklungsabschnitten. Bisher war vieles zugelassen, geduldet oder gestattet worden, was vor 1987 noch als Vergehen oder Verbrechen bestraft worden war. Es gab bis dahin jedoch weder für die neu entstandenen parteiartigen Gruppierungen, noch für die Religionsgemeinschaften, noch für die Medien usw. rechtliche Absicherungen. Die gesetzlichen Regelungen des Jahres 1990 kann man als einen Versuch deuten, „Glasnost“ durch Dämme wenigstens in eine Richtung zu lenken, ehe der „Glasnost“-Strom total außer Kontrolle gerät. Im Februar 1990 wurde auf dem ZK-Plenum vorgeschlagen, auf den Führungsanspruch der Partei zu verzichten, im März wurden die entsprechenden Verfassungsartikel geändert. Für nichtkommunistische Parteien, für ihre

Thesen, Parolen und Medien war damit der Weg freigemacht. Am 1. August 1990 trat in der Sowjetunion das Gesetz „Über die Presse und die anderen Mittel der Masseninformatiön“ in Kraft²⁰⁾. Es beseitigte die Vorzensur und verbot die Behinderung der journalistischen Tätigkeit durch Amtspersonen. Darüber hinaus gestattet es die Schaffung von Massenmedien auch durch Privatpersonen. Am 1. Oktober 1990 wurde das lange versprochene Gesetz „Über die Freiheit des Gewissens und der religiösen Organisationen“ verabschiedet²¹⁾. Dieses Gesetz garantiert den Gläubigen völlige Gleichstellung mit den Atheisten, den Religionsgemeinschaften die Anerkennung als juristische Personen, ihre gesellschaftliche Betätigung sowie eigenen Besitz usw. Die atheistische Propaganda soll nicht mehr vom Staat unterstützt werden.

„Glasnost“ ist zum zweischneidigen Schwert geworden, das von völlig verschiedenen Gruppen geschwungen wird. Die Massenmedien in den baltischen Republiken kümmern sich schon seit längerer Zeit nicht mehr um die Moskauer Wünsche. Wie die informellen Vereinigungen „Glasnost“ einzusetzen wagen, zeigte sich am 4. Februar 1990, als 200 000 Menschen in Moskau demonstrierten. Es war die größte, nicht vom Staat organisierte Demonstration seit der Oktoberrevolution. Die öffentliche Kritik an den Wirtschaftsproblemen, die Berichte über notleidende Sowjetbürger, über Prostitution und das Anwachsen der Kriminalität, über die Umweltzerstörung sowie weitere Veröffentlichungen über Verbrechen der Stalinzeit gehörten 1990 bereits zum Alltag. Auch im militärischen Bereich gab die Zensur einige Fakten zur Veröffentlichung frei, so z. B. über den sowjetischen Waffenhandel.

¹⁶⁾ S. Stankewitsch, „Wo die Einheit beginnt, hört das Parlament auf“, zitiert nach: Sputnik, Nr. 3/90, S. 8 ff.

¹⁷⁾ Vgl. U. Halbach, Nationalitätenfrage und Föderation, in: Osteuropa, (1990) 11, S. 1011 ff.

¹⁸⁾ Vgl. A. Buchholz, Transformationen von Ideologie und Bewußtsein in der Sowjetunion. Bericht des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 53/90.

¹⁹⁾ Vgl. J. Afanas'ev/M. Ferro (Red.), 50/50 Opyt' slovarja novogo myšeniija, Moskau 1989.

²⁰⁾ Vgl. P. Roth, Das neue sowjetische Mediengesetz, in: Stimmen der Zeit, (1990) 11, S. 787 ff.

²¹⁾ Vgl. P. Roth, Ein gewaltiger Fortschritt, aber auch unge löste Probleme, in: Herder-Korrespondenz, (1990) 11, S. 511 ff.

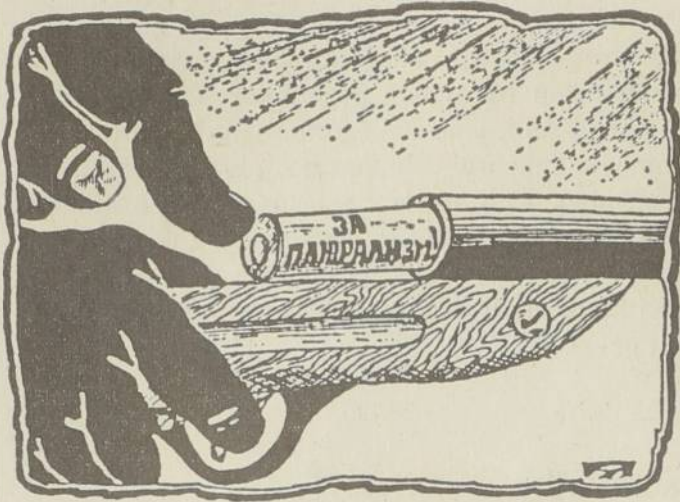


Рис. А. МЕРИНОВА.

Text auf der Patrone: „Für Pluralismus“.

Zeichner: A. Merinow; Quelle: Iswestija, 24. 9. 1990.

Bei der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit wurde 1990 selbst Lenin nicht mehr ausgespart. Die Zentralmedien umgehen jedoch weiterhin Themen, die mit dem „Großen Vaterländi-

schen Krieg“ und seinen Folgen zusammenhängen. Dazu gehört vor allem die Annexion des Baltikums oder der sowjetische Griff nach dem iranischen Teil Aserbaidschans.

Der Beitrag der Kunstschaffenden zu „Glasnost“ trägt eher düstere Farben. Helen von Ssachno hat eine Besprechung von drei sowjetischen Romanen zu diesem Thema mit dem Titel versehen: „Trilogie des Untergangs“²²⁾. Das alles überragende Ereignis ist jedoch die Rückkehr der Werke Solschenizyns. Eine Sensation war im September 1990 der Abdruck eines Entwurfs Solschenizyns für die „Wiedererrichtung Rußlands“ in den beiden Allunionszeitungen „Komsomolskaja prawda“ und „Literaturnaja gaseta“²³⁾. Die atheistic bzw. an-

²²⁾ H. von Ssachno, Trilogie des Untergangs, in: Süddeutsche Zeitung vom 15./16. 12. 1990.

²³⁾ Vgl. J. Dunlo, Russian Reactions to Solzhenitsyn's Brochure, in: Report on the USSR, Nr. 50/90, S. 3 ff.



Text in der Karikatur: „Demokratie lernen“. Zeichner: I. Nowikow; Quelle: Krokodil, Nr. 9/89. Рисунок И. НОВИКОВА

tireligiöse Propaganda ist aus den Allunionsmedien verschwunden, ebenso das Feindbild der kapitalistischen Mächte. Nur in den Streitkräften wehrt man sich noch dagegen. Die Führung der sowjetischen Streitkräfte konnte bisher auch noch die Auflösung der Politorgane verhindern.

Die innersowjetischen Feindbilder zwischen den politischen Gruppierungen, zwischen den Unionsrepubliken und dem Zentrum, zwischen einzelnen Nationalitäten oder zwischen den liberalen und konservativen Massenmedien vermehren sich hingegen wie Spaltpilze. Diese Feindschaften sind zwar nicht neu, aber im Schutze von „Glasnost“ können sie in den offiziellen und inoffiziellen Medien, in Demonstrationen, ja sogar in blutigen Auseinandersetzungen laut und nachdrücklich artikuliert werden. Sowjetische Karikaturen machen sich darüber lustig, indem sie die Kontrahenten um eine bessere Zukunft als prügelnde Bande darstellen. Die Spaltung der Kommunistischen Partei in mehrere Flügel, der Austritt prominenter Politiker aus der KPdSU bzw. die Begründungen hierfür beweisen, daß der Spaltpilz auch vor der einstmals „führenden Kraft“ nicht haltgemacht hat. Alle 15 Unionsrepubliken erklärten ihre Souveränität.

Die Konfrontation zwischen „liberalen“ und „konservativen“ Printmedien hat sich zugespitzt. Das neue Pressegesetz wurde von kühnen Redaktionen genutzt, um sich selbständig zu machen. So haben sich z. B. „Moskowskie nowosti“ und „Sobesednik“ ganz auf eigene Füße gestellt. Dementsprechend scharf ist auch die „Glasnost“ dieser Organe. Da die Printmedien sich demnächst selbst finanzieren müssen, werden ihre Verkaufspreise angehoben. Die Folge ist ein allgemeiner Auflagenrückgang.

Rundfunk und Fernsehen sollen organisatorisch aus ihrer engen Verklammerung mit der Partei und der Moskauer Zentrale gelöst werden. Beim Rundfunk wird sich das in einer stärkeren Berücksichtigung der Probleme der einzelnen Unionsrepubliken äußern und der Zurückweisung einer zentralen Lenkung. Das Fernsehen wird ebenfalls verstärkt die Wünsche der Unionsrepubliken berücksichtigen. Derzeitige Umbesetzungen bei den höchsten Medienfunktionärpositionen (TASS, Printmedien, Rundfunk und Fernsehen) scheinen ein Versuch der politischen Führung zu sein, ein völliges Auseinanderbrechen zu vermeiden.

Konservative Medien wettern gegen den „Mißbrauch“ von „Glasnost“. Das Akademiemitglied A. Samsonow beklagte in seinem „Prawda“-Artikel vom 25. November 1990 „Wo liegt die Wahrheit?“, daß Printmedien, Fernsehen, Filme und

Theaterstücke sich zuerst und vor allem mit den „tragischen Seiten der vaterländischen Geschichte“ befassen, daß Lenin angegriffen wird, die Oktoberrevolution in Frage gestellt, die sowjetischen Streitkräfte als „Okkupanten“ des Baltikums bezeichnet werden.

Die gesetzlichen Regelungen des Jahres 1990 haben die Chancen für die Verwirklichung der Meinungs- und Pressefreiheit verbessert. Noch ist sie jedoch nicht erreicht; die Vorzensur ist abgeschafft, die Nachzensur geblieben. Den Redaktionen wird geraten, die einstigen Vorzensoren als „Berater“ zu behalten, um Fehlveröffentlichungen zu vermeiden. Inzwischen ist auch wieder ein Handbuch erschienen, das aufzählt, worüber nicht berichtet werden soll – weil es sich angeblich um Staatsgeheimnisse handelt. Gorbatschow selbst hat seine Person durch eine Verordnung zum Ehrenschutz des Präsidenten abgesichert und die Denkmäler Lenins durch eine Verordnung zum Schutz von historischen Denkmälern.

Die Journalisten fordern – über das Pressegesetz hinaus – ein spezielles Gesetz für ihre Tätigkeit und ihren Schutz. Auch die „Transparenz“ der obrigkeitlichen Entscheidungen ist noch ungenügend. In den „Moskowskie nowosti“ (Nr. 8/90) konnte man lesen: „In den wolkigen Höhen sind jedoch viele Gipfel von dichtem Schleier umhüllt. Vor allem dann, wenn es um die Annahme von Entscheidungen geht. Diejenigen, die die reale Macht im Lande haben, dürften keine Geheimnisse vor dem Partner haben, nachdem das Volk zum Partner der Perestroika geworden ist.“

Während also die einen fürchten, das „zweischneidige Schwert Glasnost“ könne das gesamte System unterhöhlen und das Riesenreich ins Chaos stürzen, fürchten andere, „Glasnost“ sei bereits zum stumpfen Schwert geworden. Statt Worten werden Taten gefordert. Für das bereits erwähnte Buch „Versuch eines Wörterbuchs des neuen Denkens“ hat Leonid Batkin einen Beitrag „Glasnost, Pressefreiheit“ geschrieben²⁴⁾. Seine kritischen Anmerkungen sollen diese Abhandlung über „Glasnost“ abrunden:

„Glasnost ist die wichtigste Voraussetzung für tiefgreifende Änderungen in der sowjetischen Gesellschaft. Man darf jedoch, wenn man die gewaltigen Erfolge der Perestroika anerkennt, die von ihr hervorgebrachten Probleme nicht übersehen. Erstens wird Glasnost keineswegs von feststellbaren Fortschritten in anderen sozialen Bereichen, vor allem im Wirtschaftsbereich, begleitet... Zwei-

²⁴⁾ Vgl. Anm. 19, S. 491 ff.

tens ist Glasnost in der UdSSR ziemlich unvollständig geblieben, erfaßt nicht die höchsten Ebenen der Hierarchie und viele äußerst wichtige Probleme... Für eine radikale Perestroika der Gesellschaft ist die Tatsache gefährlich, daß Glasnost, wenn sie für lange Zeit auf dem gegenwärtigen

Anfangsstadium festgehalten wird, sich in eine modernisierte Form der Stagnation, in ein ‚Dampfablassen‘ verwandeln kann. Es ist gut, daß die Presse nicht mehr als Stimme von oben, die Direktiven gibt, verstanden wird, die Bürokraten hingegen beachten ihre Kritik nicht.“

VII. Rückschläge für „Glasnost“

Ende 1990, als dieses Manuskript abgeschlossen war, konnte man bereits erkennen, daß Gorbatschow bei den Konservativen Rückhalt suchte. Der Rücktritt des Außenministers Schewardnadse sollte eine Warnung sein. Ende 1990 begann die politische Führung, die unbequemen Massenmedien zu warnen oder zu behindern. Glasnost wurde gestoppt. Von Transparenz der obrigkeitlichen Entscheidungen kann man seither nicht mehr reden. Wer z.B. für den Truppeneinsatz im Baltikum verantwortlich zeichnete, blieb bis heute verborgen.

Am 23. Januar 1991 machte Gorbatschow den Versuch, das Pressegesetz zeitweilig aufzuheben, um die Medien zur „objektiven Berichterstattung“ zu zwingen. Dies ist ihm zwar nicht gelungen, jedoch wurde das sowjetische Fernsehen gezwungen, brav und einseitig im herkömmlichen obrigkeitlichen Sinne zu berichten. Bezeichnend ist, daß das Ziel beim Einsatz der Truppen im Baltikum zuerst ein Griff nach den Massenmedien war.

Der Chef von Rundfunk und Fernsehen, L. Krawtschenko, hat die obrigkeitliche Funktion von

Gostelradio öffentlich gerechtfertigt. Der Versuch des Leningrader Fernsehens, sich selbständig zu machen, wurde bisher abgeblockt. Gorbatschows Erlaß vom 8. Februar 1991 hat Gostelradio in eine Allunions-Fernseh- und Rundfunkgesellschaft verwandelt und sich diese praktisch unterstellt. Erste Versuche, sich in die Angelegenheiten von Printmedien einzumischen, hat es ebenfalls schon gegeben, so z. B. bei der „Iswestija“. Alle Printmedien hängen nach wie vor am „Tropf“ der staatlichen Papierzuteilung.

Die Situation in den Unions-Republiken wird durch die jeweiligen neu gewählten Parlamente bestimmt. Von Moskau will man nicht mehr kommandiert werden. Während in einigen Republiken vehement die Freiheit der Presse gefordert wird, wird in anderen Republiken versucht, nun selber die Medien im eigenen Machtbereich zu kontrollieren²⁵).

²⁵) Vgl. hierzu: V. Tolz, 'Recent Attempts to Curb Glasnost', in: Report on the USSR, Nr. 9/91, S. 1 ff.

Rahmenbedingungen und Aussichten einer inneren Konsolidierung der Sowjetunion

I. Einleitung

Nachdem seit 1989 keine Erfolge bei der Lösung von entscheidenden Problemen der Perestroika verzeichnet wurden, steht die Sowjetunion vor einem Abgrund. Mit der fortschreitenden Entmachtung des Parteiapparats verlagerte sich die Verantwortung auf staatliche Institutionen. Die neuen wie auch die alten Organe sind mit der Aufgabe überfordert, einen Neubeginn zu organisieren. Die Initiatoren der Perestroika in Moskau haben durch Konzeptionsmangel und Führungsschwäche unwiederbringliche Zeit verloren, die neuen Organe des Zentralstaats haben ihren Kredit durch Entscheidungsunfähigkeit und Inkompetenz verspielt. Nicht zu unterschätzen ist auch der hinhaltende Widerstand der alten Apparate.

Die Verfassungs- und Gesetzesreformen zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Zentrale und Republiken sowie zur Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind festgefahren. Die Möglichkeiten zu einer auf Konsens gestützten Integration der Republiken sind erschöpft. Die Kontrolle der Tagespolitik in Wirtschaft und Verwaltung liegt nicht mehr in Moskau, sondern bei den Verwaltungsinstanzen der Republiken, der Gebiete und Kommunen, in einigen Regionen auch noch bei örtlichen Parteifürsten bzw. -organisationen. Strategische Entscheidungen des Unionspräsidenten, ja selbst grundlegende Beschlüsse des Obersten Sowjet der UdSSR, gehen ins Leere. Ein amerikanischer Beobachter beschrieb die heutige Situation mit der Formel „Nicht-Regierung durch Erlaß“ – das bedeutet nichts weniger als Anomie. Die Rezession der Wirtschaft und der Zusammenbruch traditioneller Verteilungssysteme haben beunruhigende Ausmaße angenommen. Seit Herbst 1990 verschlechterte

sich die Versorgungslage der Bevölkerung in einem solchen Maße, daß entgegen früherer Praxis der Westen um Hilfe ersucht werden mußte.

Das neuerliche Insistieren Gorbatschows auf der Fiktion zentraler Macht beschleunigt den realen Zerfall des Zentralstaats, statt ihn aufzuhalten. Nach den Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Staaten haben die Auseinandersetzungen zwischen Zentrale und Republiken um die Gesetzgebungskompetenz bereits die Form eines offenen Konfliktes angenommen, der nun auch mit dem Mittel der Volksbefragungen ausgetragen wird. Zwar sind Zweifel an der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der nach völkerrechtlicher Unabhängigkeit strebenden Unionsrepubliken angebracht, die im Überschwang nationaler Souveränitätspolitik den Überblick über die tatsächlichen Abhängigkeitsstrukturen verloren zu haben scheinen. Dies ändert jedoch nichts an ihrer politischen Entschlossenheit, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen.

Spätestens mit dem Rücktritt des sowjetischen Außenministers Edward Schewardnadse am 20. Dezember 1990 wurde die Weltöffentlichkeit auf eine bevorstehende Zuspitzung der innenpolitischen Krise der Sowjetunion aufmerksam. Versuche des Zentrums, die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Republiken mit Gewalt zu unterdrücken, lassen einen wachsenden Einfluß jener politischen Kräfte in Moskau erkennen, die mehr durch Machtnostalgie als durch eine nach vorne gerichtete Konzeption im Sinne der ersten Jahre der Perestroika verbunden sind. Damit aber werden die Hoffnungen auf eine von den Lasten des Ost-West-Konflikts befreite neue Weltordnung erneut in Frage gestellt.

II. Grenzen kurzfristiger Konsolidierung

Im Westen wurde „Perestroika“ vielfach als ein politischer Prozeß verstanden, dessen Tempo durch politische Interventionen zwar verlangsamt oder beschleunigt, in seiner Richtung aber nicht mehr grundsätzlich verändert werden kann. Diese

Hypothese ist durch die aktuelle Entwicklung widerlegt. Auch wenn ein Rückfall in stalinistische Strukturen ausgeschlossen werden kann, so bestätigt sich doch die Hoffnung auf eine gleitende Transformation nicht.

Der Verfall staatlicher Autorität auf allen Ebenen und die Unübersichtlichkeit der politischen Strukturen machen die Analyse besonders kompliziert. So wird es immer schwieriger, die Motive der Verfechter von Gesetz und Ordnung und eines sozial abgefederten Übergangs zur Marktwirtschaft zu unterscheiden von denen der Protagonisten der Erhaltung des Zentralstaates um jeden Preis und einer als „gelenkte Marktwirtschaft“ deklarierten Konservierung der Kommandowirtschaft. Um so mehr kommt es deshalb darauf an, die Rahmenbedingungen politischer Prozesse herauszuarbeiten, um das Spektrum denkbarer Entwicklungen einzugrenzen.

Das Instrumentarium hierzu ist freilich kaum entwickelt. Zwar dominierten in der westlichen Diskussion auch zu einer Zeit, als an der Ernsthaftigkeit des Bemühens Gorbatschows um eine Erneuerung von Staat und Gesellschaft nicht gezweifelt werden konnte, eher skeptische Einschätzungen der möglichen Entwicklung der UdSSR. In aller Regel handelte es sich dabei allerdings um eher intuitiv gewonnene Thesen von geringem operativem Wert. Typisch war die Unterscheidung von drei „Szenarien“: eines konstatierte – trotz aller Schwierigkeiten – einen positiven Trend, ein zweites nahm eine Stagnation an, ein drittes vermutete einen Zusammenbruch des Systems.

Ein auch in der Sowjetunion häufig gebrauchter Begriff wie „Chaos“ erweist sich allerdings als ungeeignet, um Veränderungen eines Makrosystems von der Größenordnung der UdSSR zu erklären. Da Staaten nur in regionale Einheiten und Gesellschaften nur in ihre sozialen Gruppen zerfallen können, wäre zur Beschreibung der gegenwärtigen Situation besser das Paradigma eines veränderten „Aggregatzustandes“ geeignet. Dessen Stabilität wäre dann zu überprüfen. Die anhaltende Unsicherheit der Herrschaft und die Versäumnisse bei der Institutionalisierung rechtsstaatlicher Strukturen haben in der Zwischenzeit zu einer tiefgreifenden Erosion jeglicher Autorität geführt. So geht es heute um die Chancen für einen Neubeginn und nicht mehr um die Fortsetzung dessen, was 1985 als „Perestroika“ begann.

Wenig hilfreich ist schließlich eine Reduktion grundlegender struktureller Probleme auf Persönlichkeiten an der Spitze. Sicher kompliziert die Rivalität zwischen Gorbatschow und Jelzin wegen der herausragenden Rolle, die der Russischen Republik (RSFSR) für den Fortbestand der Union zukommt, die Lage ganz erheblich. Andererseits wird auch eine Beilegung dieses Konflikts die akuten Probleme der Union nicht wirklich lösen, son-

dern bestenfalls das Unruhepotential in der Bevölkerung der RSFSR dämpfen. Jelzins kaum mehr zu steigende Popularität könnte ihn in die Lage versetzen, die angesichts des eingetretenen destruktiven Chaos wachsende Demoralisierung breiter Bevölkerungsschichten für eine gewisse Zeit zu stoppen. Freilich trägt er ein großes Risiko: Wenn es ihm nicht gelingt, die Unumgänglichkeit einer fortgesetzten Politik von „Blut, Schweiß und Tränen“ zu vermitteln, dann wird der Zusammenbruch auch in Rußland unvermeidlich – mit unangenehmen Konsequenzen für die Nachbarrepubliken und die gesamte Union.

Bis heute liegt kein Versuch zur Formulierung ernsthafter Szenarien im technischen Sinn (d.h. einer Eingrenzung des Spektrums denkbarer Entwicklungen, Strukturierung des Ungewissen) vor. In einer systematischen Analyse müssen die für die Gesamtentwicklung der UdSSR strategischen Indikatoren herausgearbeitet werden. Dabei erweist es sich als zweckmäßig, zwischen prädestinierten Rahmenbedingungen, Elementen politischer Steuerung sowie „Störungen“ des Systems durch externe Ereignisse zu unterscheiden:

Prädeterminiert, d.h. kurzfristig durch politische Eingriffe nicht veränderbar, sind demographische Strukturen, die Verfügbarkeit wirtschaftlicher Ressourcen, die Altersstruktur des Kapitalstocks, aber auch über Jahrzehnte gewachsene soziale Verhaltensweisen. Eine genaue Analyse der quantifizierbaren Zusammenhänge ermöglicht es, frühzeitig partielle und potentiell kumulative Engpässe zu erkennen, die kompensatorische Eingriffe von seiten der Politik erfordern.

Möglichkeiten *politischer Steuerung* hängen ab vom Zusammenspiel der innenpolitischen Kräfte (Parteien, Funktionseliten, soziale Gruppen), d.h. funktionsfähigen und belastbaren Koordinationsmechanismen, sowie von der Fähigkeit, im Konsens konsistente Strategien zu entwickeln und durchzusetzen. Dabei muß die politische Führung sowohl über ein entsprechendes analytisches Frühwarnsystem zur Ortung von Engpässen wie auch über freie Reserven verfügen.

Als *externe Störungen* können im sowjetischen Fall Katastrophen wie das Erdbeben in Armenien oder der Reaktorunfall von Tschernobyl mit ihren gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen angeführt werden. In diese Kategorie gehören aber auch politische Ereignisse, wie der Ausbruch gewalttätiger Nationalitätenkonflikte, deren soziale, wirtschaftliche und politische Folgen den Gesamtstaat aus dem Gleichgewicht bringen können.

Eine systematische Analyse dieser Elemente läßt die Grenzen einer kurz- und mittelfristigen Konsolidierung und damit des Spektrums denkbarer Szenarien der sowjetischen Entwicklung erkennen, ohne daß damit gesicherte Prognosen möglich würden. Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Annahme, daß die Lebensfähigkeit des „Systems UdSSR“ von der Stabilität wesentlicher (d. h. sich wechselseitig beeinflussender) Teilsysteme bzw. von der Verfügbarkeit von Reserven für einen Ausgleich von Teilzusammenbrüchen abhängt. Als relevante Teilsysteme im Sinne dieser Analyse sind anzusehen: die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie; die Versorgungssicherheit; die Belastbarkeit der technischen Infrastruktur; die öffentliche Sicherheit und Ordnung; die Haltung der Bevölkerung gegenüber einer Systemtransformation.

1. Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie

Eine neue Phase offener Konfrontation in den Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie begann im Jahr 1989. Förmliche Erklärungen der staatlichen Souveränität durch Litauen (Mai), Lettland (Juli) und Aserbaidshan (September) und deren Zurückweisung durch die KPdSU und das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR markieren den Beginn einer gefährlichen Eskalation. Die Unabhängigkeitserklärungen Litauens (vom 11. März 1990), Lettlands und Estlands, die wenig später folgten, sind als Signale einer politischen Entschlossenheit der baltischen Republiken zu werten, deren völkerrechtliche Implikationen nicht mehr ignoriert werden können. Die Zerfallstendenzen verstärkten sich im Sommer 1990 mit entsprechenden Erklärungen der RSFSR und der anderen Republiken (mit Ausnahme der Kirgisischen SSR). Seither dominieren die Auseinandersetzungen über den Vorrang der Unions- bzw. der republikanischen Gesetze, Fragen der Staatsbürgerschaft, der Gestaltung der Außenpolitik sowie der Verfügung über die Bodenschätze die innenpolitische Debatte um eine neue Unionsverfassung. Gleichzeitig komplizierten sie die Diskussion über eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems. Der Versuch der Wiederherstellung des Zentralstaates auf der Basis der Anerkennung einer dualen Souveränität, der mit der „Konzeption“ des Volkskongresses der UdSSR vom 25. Dezember 1990 für eine neue föderale Unionsverfassung unternommen wurde, läßt jedoch zu viele Fragen bezüglich der Kompetenzverteilung offen, um als Basis für einen baldigen Konsens zu dienen. Verfassungsänderungen, insbesondere die Stär-

kung der Stellung des Präsidenten und die Verabschiedung einer Resolution durch den Kongreß der Volksdeputierten zur Durchführung eines unionsweiten Referendums über die Erneuerung der Union als „Föderation gleicher souveräner Republiken“ verstärkten freilich eher das Mißtrauen gegenüber den Absichten der Zentrale.

Insgesamt sechs Republiken – die baltischen Staaten, die Ukraine, Georgien und Armenien – lehnten das für den 17. März 1991 beschlossene Referendum über die Erneuerung der Föderation von vornherein ab. Angesichts der Gefahr einer Majorisierung der kleinen Republiken durch Ergebnisse der unionsweiten Volksbefragung führten die baltischen Staaten am 9. Februar und 3. März 1991 eigene Referenden bzw. Umfragen zur Frage der Mitgliedschaft in der Union durch, deren Ergebnisse keinen Zweifel an der Authentizität und Eindeutigkeit des Unabhängigkeitswunsches mehr ließen. Die blutige Intervention von Truppen des Verteidigungs- und des Innenministeriums am 13. und 20. Januar 1991 in Wilna und Riga und die zunehmenden Einschüchterungsversuche gegenüber den anderen Republiken reduzierten die Hoffnungen auf eine Erneuerung der Union in einem neuen Vertrag nachhaltig. Die Ergebnisse des Referendums vom 17. März 1991 können schon wegen der Nichtbeteiligung von sechs Republiken und der Berichte über Wahlfälschungen an verschiedenen Orten nicht als Votum im Sinne der Zentristen interpretiert werden. Dazu kommen die eindrucksvollen Mehrheiten für Jelzins Zusatz-Referendum über die Direktwahl eines Präsidenten der RSFSR – ungeachtet massiver Warnungen Gorbatschows vor einer solchen Verfassungsänderung. Ein parallel durchgeführtes Referendum in der Ukraine, das Referendum über die Unabhängigkeit Georgiens vom 31. März und die angekündigte Volksbefragung in Armenien über den Austritt aus der Union für September 1991 unterstreichen die Unvereinbarkeit der Vorstellungen. Damit ist endgültig klar, daß für weitere Verhandlungen mit dem Zentrum über dessen Entwurf eines neuen Unionsvertrags keine Vertrauensbasis mehr besteht.

Der partielle Zusammenbruch der in Jahrzehnten gewachsenen interrepublikanischen Lieferbeziehungen – als Folge des Konflikts zwischen Zentrum und Peripherie – ist ein wichtiger Faktor für den beschleunigten Niedergang der sowjetischen Wirtschaft. Das Ausmaß wechselseitiger Abhängigkeiten, bedingt durch unterschiedliche Ausstattung mit Ressourcen bzw. eine Produktionsspezialisierung, die nur langfristig zugunsten eines neuen regionalen Konzepts geändert werden kann, ist

nicht zu übersehen und muß auch bei den Unabhängigkeitsbestrebungen der Republiken berücksichtigt werden. Eine Reorganisation der interregionalen Zusammenarbeit in der Form zwischenstaatlicher Außenhandelsabkommen dürfte insgesamt nicht weniger kompliziert sein als im Rahmen eines neuen Unionsverbunds. Wie das Beispiel des sogenannten „Bankenkriegs“ mit den baltischen Republiken im Jahr 1990 zeigt, verfügt die Zentrale nicht über ausreichende Sanktionen, um die Kooperation von Republiken, Regionen oder Betrieben in jedem Fall zu erzwingen. Die politischen Konflikte sprechen gegen eine rasche Wiederherstellung leistungsfähiger interregionaler Kooperationsstrukturen.

2. Versorgung der Bevölkerung

Die Zuspitzung der Krise in der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen (Nahrungsmittel, Energie, Verkehr, Gesundheitswesen) läßt sich exemplarisch am Zusammenbruch des staatlichen Einzelhandels ablesen. Die in Wirtschaft und Verwaltung Beschäftigten werden durch ihre Betriebe bzw. Organisationen nur unzureichend versorgt. Die Verteilung erfolgt überwiegend im Wege des Naturaltauschs der Konsumenten untereinander. Gleichzeitig beschleunigt sich die Differenzierung zwischen den Beziehern normaler Arbeitseinkommen einerseits, Rubelmillionären und Besitzern harter Währung andererseits.

Eine ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung bleibt solange gefährdet, wie das monetäre Ungleichgewicht auf allen sowjetischen Märkten anhält und die Zentrale sich weder für ein Konzept marktwirtschaftlicher Reform noch für eine konsequente Rationierung bei gleichzeitig verschärften Kontrollen der Verteilungswege entschlossen hat. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage muß sich weiter öffnen, die Verunsicherung der Betriebe wie auch der Konsumenten mit dem Ergebnis massiver Spekulation bzw. der Hortung von Gütern wird anhalten. Der Versuch vom Februar 1991, einen Teil des Bargeldumlaufs aus dem Verkehr zu ziehen, hat das Vertrauen in die geldpolitische Kompetenz der Moskauer Wirtschaftspolitik eher erschüttert als stabilisiert.

3. Belastbarkeit der technischen Infrastruktur

Die technische Infrastruktur des Landes steht wegen der anhaltenden Vernachlässigung technischer Sicherheitsstandards wie auch der erforderlichen Reinvestitionen in Transport-, Energie- und

Kommunikationssysteme am Rande des Zusammenbruchs. Hier genügt der Hinweis auf sich häufende Unfälle der Eisenbahn und der Pipelines. Die Anlagen sind hoffnungslos veraltet und ständig überlastet, die Mechanisierung ist auf dem Stand der Technik der siebziger Jahre stehen geblieben. Der Reichtum des Landes an Energie und Rohstoffen kann auf absehbare Zeit weder in ausreichende Inputs für die heimische Wirtschaft noch in gesteigerte Exporte zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen umgesetzt werden. Angesichts der Dimensionen des Landes sind diese Engpässe – auch bei einer grundsätzlichen Änderung der Investitionsschwerpunkte – bestenfalls mittelfristig zu überwinden. Selbst massive Kapitaltransfers aus dem Ausland könnten die technisch bedingte Vorlaufzeit für eine Stabilisierung nicht verringern. So ist auf absehbare Zeit mit Engpässen, ja sogar weiteren durch menschliches Versagen bedingten Katastrophen zu rechnen. Da deren Auswirkungen nicht auf die unmittelbar betroffenen Regionen begrenzt werden können, tragen sie zur Destabilisierung der innenpolitischen Lage bei.

4. Probleme der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Ungeachtet aller Versuche einer Wiederbelebung zentraler Sicherheitsapparate ist das Prestige der mit Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschäftigten Apparate schwer angeschlagen. Die Demoralisierung ihrer Angehörigen wird selbst zum Problem für die öffentliche Sicherheit. Auch wenn die in der sowjetischen Presse genannten Statistiken über die Zunahme der Kriminalität mangels verlässlicher Vergleichszahlen aus früherer Zeit nur bedingt aussagekräftig sind, so kann doch an einem dramatischen Anstieg von Eigentumsdelikten, Drogenhandel und organisiertem Verbrechen nicht gezweifelt werden. Dazu kommt ein schwunghafter Waffenhandel, Indiz für die beginnende Auflösung der Sowjetarmee. Das Gewaltmonopol des Staates ist nicht nur im Süden in Frage gestellt, während das Gewaltpotential – gemessen an der Häufung von Zwischenfällen und der Zahl der ökonomisch, sozial und politisch Entwurzelten (demobilisierte Soldaten, arbeitslose Jugendliche, Flüchtlingsströme als Folge ethnischer Konflikte) – zunimmt. Weder Ausrüstung und Ausbildung noch Moral der Polizei entsprechen den neuen Herausforderungen. Auch das Instrument gemeinsamer Patrouillen von Miliz und Armee dürfte sich für die Lösung der Kernprobleme einer gefährdeten inneren Sicherheit als nur bedingt tauglich erweisen. Die Möglichkeiten, die

beschriebenen Tendenzen wirksam und mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen, sind sehr skeptisch einzuschätzen.

5. Die Haltung der Bevölkerung zur Systemtransformation

Angesichts der wechselseitigen Blockierung der politischen Kräfte und der sich vertiefenden Versorgungskrise hat die Bevölkerung das Interesse an Politik verloren. Zwar bleibt das Mißtrauen gegenüber der alten Nomenklatura erhalten, andererseits konnten die demokratischen Kräfte ihre Stellung nicht konsolidieren. Dabei spielt das Handicap einer der KPdSU fast hoffnungslos unterlegenen organisatorischen Infrastruktur sicher eine wichtige Rolle. Andererseits ist es den untereinander zerstrittenen und unentschlossenen neuen Parteien und Bewegungen nicht gelungen, den Eindruck technokratischer Kompetenz zu vermitteln. Die wuchernde Wirtschaftskriminalität, eine im Schatten der verworrenen Rechtslage einsetzende spontane Privatisierung sowie krasse Einkommens- und Versorgungsunterschiede diskreditieren die Argumente zugunsten einer auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Wettbewerb gegründeten Marktwirtschaft. Die Glaubwürdigkeit des proklamierten Leitbilds einer neuen Leistungsgesellschaft ist in Frage gestellt.

Widersprüchliche Gesetzgebungsakte und der generelle Mangel an Erfahrung in selbständiger Verwaltungsführung verstärken bei der Bevölkerung auch dort den Eindruck der Inkompetenz, wo sinnvolle Reformen und Reorganisationen eingeleitet werden. Die für den Systemwechsel unerläßliche Kritik einer ungeduldigen Öffentlichkeit, aber

auch der Wettbewerb von Anhängern wie Kritikern des alten Regimes bei der drastischen Beschreibung bevorstehender Risiken und Opfer erweisen sich als Problem für die Konsolidierung der Wirtschaft.

Das Ergebnis dieser Teilanalysen ist wenig ermutigend: Eine gescheiterte Nationalitätenpolitik und die Fehler zentralistischer Strukturpolitik haben den zur Erneuerung entschlossenen Politikern in der Sowjetunion mehr Probleme als Lösungsmöglichkeiten hinterlassen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß systematische Ansätze zu einem Systemwechsel, insbesondere in der Frage der Verfassungsreform in Richtung auf Föderalisierung und Rechtsstaat, durch spontane politische Prozesse sehr schnell zum Entgleisen gebracht werden können. Unter solchen Bedingungen verschlechtern sich die Voraussetzungen für eine Konsolidierung der Wirtschaft, die ihrerseits das Fundament für eine politische Stabilisierung liefern müßte. In keinem der oben betrachteten Teilsysteme sind rasche Erfolge möglich, die sich zur Stabilisierung in anderen Bereichen einsetzen ließen. Ohne mobilisierbare ökonomische und politische Reserven sind die Versuche zur Erhaltung des Zentralstaats zum Scheitern verurteilt.

Angesichts dieser Lage bliebe die Option einer gezielten Strategie der Föderalisierung von unten mit all ihren Risiken, aber auch mit der Chance für einen Neubeginn organischer, d. h. auf Interessenausgleich der beteiligten Republiken beruhender Kooperation. Die aktuelle Entwicklung freilich deutet darauf hin, daß Gorbatschow im Bündnis mit einer Koalition reaktionärer Kräfte den entgegengesetzten Weg eingeschlagen hat.

III. Eine konservative Wende

Eine konservative Wende in der sowjetischen Innenpolitik deutete sich schon seit Herbst 1990 an – nicht erst mit dem Rücktritt Schewardnadses im Dezember, den er mit einer drohenden Diktatur begründete. Nach den blutigen Armeeeinsätzen am 13. Januar 1991 in Litauen und am 20. Januar in Lettland wird eine neue Konstellation politischer Kräfte sichtbar, die zu einer Überprüfung des in fünf Jahren Perestrojka entstandenen Bildes zwingt. Vieles spricht für die Hypothese, daß ein „militärisch-ideologischer Komplex“ (Wjatschew Daschtschew), d. h. eine Koalition konservativer Kräfte in Parteiapparat und Staatsbürokratie, Militär und Rüstungsindustrie, abgestützt durch

das KGB, zum offenen Gegenangriff angetreten ist.

Die konservativen Interessengruppen zogen ihre Lehre aus den ersten Tagungen des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und den Sitzungen des Obersten Sowjet der UdSSR, die von Vertretern des demokratischen Flügels dominiert worden waren. Bereits am 14. Februar 1990 wurde „Sojus“ (Union), eine neue Gruppe konservativer Deputierter, gegründet, zu der zu Beginn des 4. Kongresses der Volksdeputierten im Dezember 1990 jeder vierte der 2250 Volksdeputierten zählte. Schwerpunkte ihres Programms bilden die Forderungen nach Erhaltung der Union mit einer star-

ken Zentralmacht sowie die kompromißlose Ablehnung der Souveränitätsbestrebungen der Republiken. Den Ausweg aus der gegenwärtigen Krise sieht die Gruppe „Sojus“ im Einsatz der Präsidialvollmachten durch Verhängung des Ausnahmezustandes und in der Übergabe aller legislativen und exekutiven Vollmachten an ein Netz von „Komitees zur nationalen Rettung“.

Der Kampf dieser Allianz gegen die demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen in den Republiken folgt den Regeln einer Strategie und Taktik, deren bolschewistische Traditionen bis in die Zeit der Oktoberrevolution zurückreichen. Dazu gehören allgemeine Destabilisierung der Lage, Verbreitung von Falschmeldungen über die Absichten der radikaldemokratischen Kräfte, deren unverhüllte Diffamierung als „nationalfaschistische Regime“ sowie die Anstiftung und Organisation von Streiks und Massenunruhen. „Komitees zur nationalen Rettung“ wurden in allen Unionsrepubliken gegründet. Deren Koordination liegt ganz offensichtlich bei „Sojus“. Die politische Argumentation bedient sich der Versatzstücke des ideologischen Klassenkampfes: Es gehe nicht nur um die Erhaltung der Union im Kontext der Nationalitätenfrage, sondern um die Verteidigung der „sozialistischen Wahl“, sozialistischer Werte, der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Bis vor kurzer Zeit wurde die Fraktion „Sojus“ weder von sowjetischen Politikern und Beobachtern noch von westlichen Analytikern ernstgenommen. Positive Äußerungen aus Kreisen der Führung (des Vizepräsidenten der Union, Janaew, oder des Vorsitzenden des Nationalitätenrates des Obersten Sowjet, Nischanow) und das beredte Schweigen Gorbatschows angesichts ihrer offenen Provokation und Machenschaften müssen jedoch als bedrohliche Anzeichen gewertet werden. Personelle Veränderungen in strategischen Positionen an der Spitze des Staates (die Ersetzung des Innenministers Bakatin durch Pugo, einen Kandidaten des KGB, aber auch die Ernennung Janaews zum Vizepräsidenten) deuten darauf hin, daß mit dieser Gruppe gerechnet werden muß. Seit Dezember 1990 häufen sich ultimative Forderungen und provokative Auftritte ihrer Sprecher, voran des Obersten Viktor Alksnis, die für die Wiederherstellung der Ordnung im Lande auftreten.

Weitere Anzeichen für einen veränderten Frontverlauf waren ein Treffen Gorbatschows mit 1100 Abgeordneten aus den Reihen der Armee am 13. Dezember und sein Auftritt vor den Direktoren der Großbetriebe (überwiegend aus dem Rüstungsbereich) am 7. Dezember 1990. Deren For-

derungen nach einem „politischen und wirtschaftlichen Ausnahmezustand“ für die ganze UdSSR hatten die prompte Bestandsgarantie durch Ministerpräsident Ryschkow zur Folge. Andererseits traf keines der sowjetischen Führungsmitglieder in den Wochen vor dem 4. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR mit Vertretern demokratischer Parteien oder Fraktionen zusammen.

Mit dem Hinweis auf angeblichen Verfassungsbruch, Verletzung der Menschenrechte von Minderheiten und Armeeingehörigen und bürgerliche Restauration wurde eine Eskalation militärischer Präsenz in der Region gerechtfertigt und die unverzügliche Auflösung der in freien Wahlen legitimierten Parlamente und Regierungen verlangt. Der Ablauf der Ereignisse läßt auf ein gut vorbereitetes Szenario schließen. Die Koinzidenz einer Aktivierung konservativer Kräfte in Moskau, von Hilferufen der „Komitees zur nationalen Rettung“, demonstrativer Truppenbewegungen und Provokationen in Litauen und Lettland, nicht zuletzt auch das Timing im Windschatten der Golfkrise, deuten darauf hin, daß die Konfrontation alles andere als Zufall war. Seit Gorbatschow im November 1990 seinen Entwurf eines neuen Unionsvertrags vorgelegt hatte, waren alle Aktionen des Zentrums darauf gerichtet, auf die Unionsrepubliken Druck auszuüben, sich der Zentralmacht zu unterstellen.

Entgegen vielfältigen Befürchtungen eines Putsches läßt das Militär keine eigenen Ambitionen auf die politische Führung erkennen. Seine Vertreter erklären sich besorgt wegen grassierender Wehrdienstverweigerung, Desertion, Bedrohung militärischer Einrichtungen und Armeeingehöriger sowie wegen einer Gefährdung der Landesverteidigung. Die Grenzen zur Innenpolitik werden freilich fließend, wenn Marschall Achromejew in einem Artikel in der konservativen Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ am 14. November 1990 den Einsatz der Streitkräfte durch eine Entscheidung des Obersten Sowjet und des Präsidenten der UdSSR zur Sicherung der „Einheit des Vaterlandes“ und für die „Erhaltung der Gesellschaftsordnung“ gegen Bestrebungen der Separatisten und „anderer antisozialistischer Vereinigungen“ ankündigt.

Das Komitee für Staatssicherheit KGB spielt eine klassische Rolle im Sinne sowjetischer Traditionen: Es werden chaotische Zustände und Ausbrüche von Gewalt konstatiert und behauptet, das Land befinde sich im Griff extremistischer Gruppen. Dabei wird jedoch nicht zwischen ethnischen Konflikten (z.B. Armenien/Aserbaidschan) und ungelösten Verfassungs- und völkerrechtlichen

Problemen (Moskau/Baltikum) unterschieden. Am 11. Dezember 1990 hielt der Vorsitzende des KGB, Wladimir Krjutschkow, eine in den schlimmsten Traditionen des Kalten Krieges abgefaßte Fernsehansprache – wie er betonte, auf Weisung des Präsidenten der UdSSR. Krjutschkow beschuldigte „ausländische Organisationen und Geheimdienste“, seit Jahrzehnten einen „geheimen Krieg“ zu führen, mit dem Ziel, den „wirtschaftlichen und staatlichen“ Zusammenbruch der Sowjetunion zu „provizieren“. Ziel solcher Behauptungen ist die Diskreditierung der demokratischen Kräfte in Rußland und der Nationalbewegungen in den Republiken als Instrumente der westlichen Geheimdienste.

Als Macht im Hintergrund agiert der Apparat der KPdSU. An seinem Zusammenspiel mit der Armee, den „Interfront“-Organisationen „Sojus“ und Vertretern der Rüstungsindustrie besteht kein Zweifel, auch wenn dies nach Möglichkeit verschleiert wird. Hier muß beispielsweise die Weisung des Leiters der Verwaltungsabteilung des ZK der KPdSU an lokale Parteikomitees angeführt werden, den örtlichen „Sojus“-Gruppen Räume und Kommunikationsanlagen zur Verfügung zu stellen. Vor allem aber sind die traditionellen organisatorischen Verflechtungen intakt geblieben. So sind die in den Republiken stationierten hohen Offiziere aus der Armee, dem Innenministerium und der Staatssicherheit ex officio Mitglieder der Zentral- oder Gebietskomitees der Kommunistischen Partei. Auch wenn anhaltender Mitgliederschwund und vernichtende Niederlagen der Vertreter der Nomenklatura in den letzten Regionalwahlen erkennen lassen, daß der Rückhalt der KPdSU in der Bevölkerung weiter schwindet, so verfügt diese auch nach dem Verlust der Verfassungsgarantie immer noch über erhebliche Möglichkeiten für den neuerlichen Griff nach einer Herrschaft ohne demokratische Legitimation.

Wo bleiben in einer solchen politischen Konstellation die demokratischen Kräfte? Bis heute haben sie nicht die Kraft zur Organisation unter einem gemeinsamen Programm aufgebracht, sieht man von wenig schlagkräftigen Wahlbündnissen und Plattformen wie dem „Demokratischen Rußland“ ab. Die etablierten Machtapparate profitieren von der anhaltenden Zersplitterung und organisatorischen Schwäche der demokratischen Kräfte und ihrer Unfähigkeit, ein attraktives Parteienspektrum zu formieren. Gestützt auf eine überlegene

und erprobte technische Infrastruktur im Bereich der Medien und der Kommunikation versuchen sie, die allgemeine Frustration über eine Verschlechterung der Gesamtsituation, in der „Pereostroika“ bereits zum Reizwort für viele Menschen geworden ist, auf ihre Mühlen zu leiten. Vielleicht war es ein Fehler wichtiger Vertreter der demokratischen Erneuerung, die Kommunistische Partei zu verlassen, ohne in neue, politisch klar identifizierbare Positionen neuer Parteien einrücken zu können. So schaltet innerhalb der KPdSU der Apparat ungestört durch innerparteiliche Kritiker – und sicherlich nicht zur Unterstützung jener Ziele, für die Gorbatschow in den ersten Jahren der Pereostroika angetreten war.

Als Präsident der UdSSR ließ sich Gorbatschow 1990 mit praktisch unbeschränkten Sondervollmachten ausstatten. Damit aber hat er sich in eine konservative Falle begeben: Er akzeptierte die ungeteilte Verantwortung für operative Entscheidungen in allen Bereichen, zugleich machte er sich zum Gefangenen jener Apparate, mit denen allein er im Krisenfall Gesetz und Ordnung durchsetzen könnte. Die Form seiner Dementis jeglicher Verantwortung für die Ereignisse im Baltikum signalisiert Machtverlust und/oder Machtverzicht und muß als Bestätigung der konservativen Wende gewertet werden. Auch wenn man nicht unterstellt, Gorbatschow strebe eine Gewaltherrschaft an, so trägt er doch die politische Verantwortung für eine provokative Eskalation von Gewalt, die den Traditionalisten und Zentralisten wiederum Vorwände für neue Forderungen lieferte.

Einerseits distanzierte er sich nicht einmal verbal von den Machenschaften der Reaktion, andererseits aber schöpfte er seine Vollmachten entgegen den Forderungen der Befürworter einer gewaltsamen Lösung des Verfassungskonflikts mit den baltischen Staaten nicht aus – sehr zu deren Erbitterung. Ohne erkennbare eigene Konzeption laviert er zwischen den Fronten und erschwert mit einer Flut wolkiger Erklärungen sowie hektischer, unklarer und widersprüchlicher Erlasse die Orientierung. Die öffentlichen Auftritte machen die Grenzen seiner Vorstellungen von einer modernen Sowjetunion sichtbar: ein mit sowjet-patriotischer Großmachtverantwortung begründetes zentralistisches Verfassungsmodell für den Staat und ein eher unscharfes traditionell-sozialistisches Leitbild für die Gesellschaft.

IV. Szenarien der kurzfristigen Entwicklung

Macht im Sinne positiver Gestaltungsmöglichkeiten für die gesamte Sowjetunion hat kein Politiker mehr. Gleiches gilt für die Institutionen und politischen Gruppierungen. Ganz anders verhält es sich, wenn es gilt, die Herausbildung neuer Strukturen zu verhindern: Viele Aktivitäten bleiben unverstündlich, wenn man darin nicht den Versuch sieht, konkurrierende Kräfte zu blockieren. Meinungsumfragen signalisieren Anfälligkeit großer Teile der Bevölkerung für populistische Argumente und eine Erosion erster Ansätze zu einer Bürgergesellschaft, nicht nur in Rußland. Die selbstbewußte Aufbruchsstimmung der ersten Jahre der Perestroika weicht verbitterter Skepsis. Nur noch intellektuelle Protagonisten der Glasnost stemmen sich gegen die Resignation. Gleichzeitig aber verschlechtert sich die Versorgungslage weiter, und die ethnischen Konflikte nehmen an Schärfe zu.

Was jetzt nur noch zählt, sind Chancen im Kampf ums Dasein vor Ort. Jedes Versprechen, die Ordnung – irgendeine Ordnung – herzustellen, fällt hier auf fruchtbaren Boden. Im Ergebnis interessieren sich die Menschen nicht mehr für Titanenkämpfe der Politiker in Moskau. Ob die unsäglichen Versuche der Zentralregierung von der Bevölkerung akzeptiert werden, die westlichen Geheimdienste und Banken als Sündenböcke für den inneren Zerfall der Union abzustempeln, muß sehr bezweifelt werden. Die Schuld am gegenwärtigen Zustand wird sicher im Innern gesucht; dabei ist die Auseinandersetzung um gesellschafts- und wirtschaftspolitische Programme in den Hintergrund gerückt, ethnische Kategorien dominieren die Problemwahrnehmung.

Im Blick auf die oben diskutierten ökonomischen und politisch-sozialen Rahmenbedingungen reduziert sich das Spektrum plausibler Szenarien für einen Zeitraum von etwa drei Jahren auf folgende Entwicklungen, die sich durchaus überlagern können:

Szenario 1: Zustandekommen eines neuen Unionsvertrags zwischen der Mehrzahl der Republiken auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners, d.h. ökonomischer Interdependenz (Währungsverbund, Sicherung der Kontinuität lebenswichtiger Lieferungen), eindeutiger Garantien für den Schutz ethnischer Minderheiten sowie der Vereinbarung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik mit Unions-Streitkräften (garantierte Stützpunkte für strategische Waffen, Luftverteidigung und Marine) bzw. territorialen Einheiten, organisiert als Nationalgarden. Für eine solche Entwicklung spre-

chen gemeinsame Sorgen über die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, aber auch über die Ineffizienz der gegenwärtigen Verteidigungspolitik und den inneren Zustand der Armee.

Hoffnungen auf einen Neubeginn stützen sich in letzter Zeit auf die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Unionsrepubliken, ausgehend von der Initiative eines geplanten Verbunds zwischen Rußland, der Ukraine, Weißrußland und Kasachstan. Damit könnte ein Gravitationszentrum für weitere (sicher nicht alle) Republiken und ein Fundament für eine neue föderative oder konföderative Struktur entstehen. Verfassungskompromisse können freilich nur die Voraussetzungen für eine Änderung der Prioritäten schaffen. Die ordnungspolitischen und realwirtschaftlichen Ursachen der Krise werden nicht ausgeräumt. Die auch längerfristig mit einer Synchronisierung von Währungs- und Ordnungspolitiken in einer Konföderation verbundenen technischen Probleme sind nicht zu unterschätzen. Gleiches gilt für die Nationalitätenkonflikte, vor allem in den südlichen Republiken, wo wachsende Spannungen Anlaß zu Wanderungsbewegungen großer Bevölkerungsteile geworden sind. Hier ist die RSFSR durch Rückwanderung der in verschiedenen Regionen zur bedrohten Minderheit gewordenen Russen besonders belastet.

Szenario 2: Gewalttätige Zuspitzung der inneren Krise auf zwei Ebenen: a) durch fortgesetzten Einsatz zentraler Truppen gegen Unabhängigkeitsbestrebungen von Republiken (das „Modell Litauen“); b) durch Bürgerkrieg, d.h. bewaffnete Konflikte zwischen ethnischen Gruppen, die sich zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Republiken ausweiten können und nur durch den Einsatz zentraler Truppen einzudämmen sind (das „Modell Karabach“).

Militärische Intervention von Ordnungstruppen der Zentrale wie im Fall der Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aseris oder Osseten und Georgiern kann Blutvergießen freilich nur vorübergehend verhindern. Für eine grundsätzliche Lösung sind komplizierte diplomatische Prozesse und belastbare Apparate gefordert. Massive Umsiedlungen werden z. B. im Konflikt um Nagornij Karabach nicht zu umgehen sein. Solche Bemühungen sind ohne eine allgemein akzeptierte zentrale Autorität (Präsident, Föderationsrat) kaum denkbar. Eine kurzfristige Stabilisierung wird nicht nur in den unmittelbar betroffenen Regionen durch die unvermeidliche Verschlechterung der

Wirtschaftslage erschwert. Zusätzliche Komplikationen entstünden bei einem fortgesetzten Zerfall der Unionstruppen in nationale bzw. republikanische Milizen. Dieser hätte eine zumindest partielle Libanisierung des Landes zur Folge.

Szenario 3: Eine Periode autoritärer Herrschaft, vorstellbar im Zentrum (kombiniert mit Zwangsverwaltung der zum Austritt entschlossenen Republiken), aber auch in einzelnen Republiken. Eine Beruhigung der Lage und ein erneutes „Einfrieren der Konflikte“ ist auf diesem Wege für eine begrenzte Zeit möglich. Zu bezweifeln ist freilich, ob auf diesem Wege eine Regeneration der Union als Ganzes und/oder der Teilrepubliken zu lebensfähigen

und dynamischen Staaten erzielt werden kann. Hier muß an das gescheiterte Experiment des Kriegsrechts unter General Jaruzelski erinnert werden, wobei Polens innere und äußere Situation noch ungleich günstigere Voraussetzungen für eine Stabilisierung auf autoritärem Wege geboten hatte (ethnische Homogenität, ausreichende Lebensmittelversorgung durch privatwirtschaftliche Landwirtschaft und die den patriotischen Konsens fördernde Drohung einer sowjetischen Intervention). Tatsächlich wurde eine konsensgestützte Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme Polens nur verzögert, während sich die Krise des Landes vertiefte.

V. Autoritäres Regime: Durchgangsstadium oder Endstation?

Mit dem Hinweis auf untragbare politische Risiken scheiterten bislang alle Versuche eines raschen Übergangs zur Marktwirtschaft. Das Festhalten an der Reihenfolge: „Beschleunigung und Konsolidierung vor Übergang zur Marktwirtschaft“ entpuppte sich als schlichte Rationalisierung eines Mangels an Problembewußtsein und politischer Entschlußkraft. Die neue innenpolitische Machtkonstellation in Moskau läßt wenig Aufgeklärtheit erkennen, wirtschaftspolitische Fehlgriffe signalisieren Hilflosigkeit. Lippenbekenntnisse zur Marktwirtschaft sind noch kein Beweis für ernsthafte Absichten. Eine Politik, die sich weiter an der Änderung der Eigentumsordnung und einer radikalen Geld- und Preisreform vorbeimogeln will, wird in ihren Reformabsichten steckenbleiben.

Radikale Maßnahmen, wie sie noch der Schatalin-Plan vorsah, wären ohne verstärkte Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung wohl nicht durchsetzbar gewesen. Angesicht des Machtvakuum, der Erfahrung einer lebensbedrohlichen Krise von Staat und Wirtschaft, der technischen Probleme einer Synchronisierung politischer und ökonomischer Transformation in den verschiedenen Republiken und der Unfähigkeit der Entscheidungsträger, über die ideologischen Schatten der Vergangenheit zu springen, ist es nicht verwunderlich, wenn in letzter Zeit die Diskussion über ein autoritäres Regime als unvermeidliches Durchgangsstadium in den Vordergrund rückt. Keineswegs alle Argumente zugunsten einer solchen Konstruktion dürfen als Rechtfertigung der Vorbereitungen zum Putsch abgetan werden. Neben simplen Verherrlichungen faschistischer Militäregime stehen ernstzunehmende Argumente sowjeti-

scher Politologen. Sie verweisen auf die Singularität der Situation Rußlands, d.h. die historischen Wurzeln einer unterentwickelten politischen Kultur, egalitäre Traditionen, das Fehlen einer demokratisch orientierten Mittelschicht, die tragische Erblast der Nationalitätenpolitik Stalins und des inneren Imperiums. Im Ergebnis solcher Analysen könnte nur ein aufgeklärtes autoritäres Regime Gesetz und Ordnung wiederherstellen, als Zwischentappe auf dem Weg zu einer immer noch angesteuerten „Perestroika“ von Staat und Gesellschaft und als Wegbereiter für den Übergang zur Marktwirtschaft.

Wunschvorstellungen von einem aufgeklärten autoritären Regime, das die Transformation des Landes, insbesondere den Übergang zur Marktwirtschaft, durch Absicherung von Gesetz und Ordnung erzwingen soll, unterschätzen die Gefahren einer „autoritären Falle“. In den Argumenten der Reaktion steht die Stabilisierung der Lage so eindeutig im Vordergrund, daß die Absicht der Sicherung des machtpolitischen Status quo im Sinne eines übermächtigen Zentralstaats nicht übersehen werden kann. Anstelle der überfälligen Geldreform wurde mit dem überraschenden Umtausch der 50- und 100-Rubel-Scheine eine Farce inszeniert mit verheerenden Auswirkungen auch für legale privatwirtschaftliche Aktivitäten und das Vertrauen der Bevölkerung in die Währung. Massive administrative Preiserhöhungen werden als Reform deklariert, von einem Programm zur Privatisierung ist keine Rede mehr. Gleichzeitig nehmen die Versuche zu, die parlamentarisch-demokratische Kontrolle über die Zentralmacht zurückzudrängen und die Pressefreiheit einzuschränken. Sicherheit und Ordnung werden zum Selbstzweck.

In diesem Zusammenhang sind die zunehmenden Hinweise auf die Erfolge autoritärer Regime in Südamerika aufschlußreich. Als denkbare Modelle werden die Militärregime Chiles, Südkoreas und Südeuropas (Spanien, Griechenland, Portugal) angeführt. Außer Betracht bleibt dabei, daß diese Länder mit traditionell privatwirtschaftlicher Eigentumsordnung und einer gewachsenen sozialen Mittelschicht bereits über entscheidende Voraussetzungen für einen Modernisierungsschub und wirtschaftlichen Aufschwung verfügten. Verschwiegen werden die akuten innen- und sozialpolitischen Probleme der genannten Staaten, an denen die Regime wiederum scheiterten, was sie nicht hinderte, die Übergabe der Macht an demokratisch legitimierte Kräfte zu verweigern. Den konservativen Anhängern der Idee autoritärer Herrschaft in der Sowjetunion geht es erkennbar um kurzfristige Machtsicherung durch Wirtschaftsaufschwung und nicht um eine aufgeklärte Strategie zur Transformation der Gesellschaft in langfristig tragfähige, demokratisch legitimierte Strukturen. Wenn die Koalition der Anhänger eines reaktionären Ordnungsdenkens mit den Verteidigern der „sozialistischen Ordnung“ weiter die Hebel der Macht besetzt, bleibt kein Raum für eine aufgeklärte Übergangstrategie.

Die demokratischen Kräfte sind gut beraten, wenn sie den Hymnen auf das Konsolidierungspotential autoritärer Herrschaft widersprechen. Die Verfechter einer wirtschaftlichen und politischen Transformation müssen allerdings endlich selbst die Kraft zur Formulierung eines konsistenten Programms der wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung aufbringen, wenn sie die Unterstützung einer müde gewordenen Gesellschaft finden wollen. Auch noch so „progressive Modelle“ einer konföderalen Verfassung reichen nicht aus, um dauerhafte und belastbare Autorität zu gewinnen. Es wäre verfehlt anzunehmen, daß die unumgänglichen ordnungspolitischen Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft ohne schmerzhaftes Inflations- und Umverteilungsprozesse eingeleitet werden könnten, auch wenn sie alle sozialpolitischen Aspekte berücksichtigen. Eine Konsolidierung der Konsumgütermärkte ist auch bei konsequenten ordnungspolitischen Eingriffen nur mittelfristig möglich. Für ein Andauern der Ungleichgewichte, vor allem der regionalen Versorgungsprobleme, spricht nicht zuletzt das Fehlen strategischer Reserven an Gütern und Transportkapazitäten. Gerade diese vorhersehbaren Komplikationen ver-

pflichten die Verantwortlichen, weitere Verzögerungen zu vermeiden, die einen gefährlichen Verlust an politischer Substanz im Inneren und politischen Vertrauens im Ausland zur Folge hätten.

Da nicht mit einer Stabilisierung der Lage, d. h. einer Wiederherstellung der innen- und wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit der sowjetischen Politik auf allen Ebenen, gerechnet werden kann, bleiben auch die außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven unerfreulich. Die sowjetische Führung versucht zwar, den von der innenpolitischen Krise ausgehenden Schaden für ihre Außen- und Sicherheitspolitik durch Rückgriff auf überholte diplomatische Formeln („Einmischung in innere Angelegenheiten“) zu begrenzen. Die einmütige Ablehnung von Gewaltanwendung im Baltikum durch die westliche Welt zeigt, daß solche Argumente nicht verfangen. Gleichzeitig blieben die Versuche der Militärs, Verpflichtungen des Wiener Abkommens durch heimliche Manipulationen bei der Dislozierung relevanter Waffensysteme und Etikettenschwindel in der Zuordnung von Truppenteilen zu umgehen, nicht unentdeckt. Damit wurden die Chancen für die Festigung jener Vertrauensbasis reduziert, von der die westliche Politik glaubte ausgehen zu können.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und der deutsch-sowjetische Vertrag über „gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ wurden am 4. März 1991 ratifiziert, die beiden Abkommen über den Aufenthalt und den Rückzug sowjetischer Truppen bis 1994 jedoch zunächst nur gebilligt, bevor ihre Ratifizierung „mit überwältigender Mehrheit“ am 2. April folgte. Gleichgültig, welche widerstreitenden Motive hinter der Verschiebung eines völkerrechtlich erheblichen Votums im vorliegenden Fall standen, so wird doch deutlich, daß die Fortsetzung der Außenpolitik des „neuen Denkens“ durch innenpolitische Konflikte zumindest kompliziert wird. In Zukunft muß mit verstärkter Rücksichtnahme der Außen- und Sicherheitspolitiker in Moskau auf eine wohlorganisierte Garde frustrierter Machtnostalgiker gerechnet werden. Hoffnungen auf ein „Ende der Nachkriegszeit“, wie es angesichts der dramatischen Veränderungen des Jahres 1990 diagnostiziert wurde, sind jedoch nur dann weiter gerechtfertigt, wenn uneingeschränkte Vertragstreue der sowjetischen Führung nach außen durch konsequente Bemühungen um eine konsensgestützte Konsolidierung der sowjetischen Innenpolitik ergänzt werden.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten

I. Interessenlagen und Konflikte

Estland, Lettland und Litauen haben die Chance zur Rückgewinnung ihrer Unabhängigkeit, die ihnen Gorbatschows Perestroika überraschend bot, in vollem Umfang genutzt. Ihren Anspruch auf Wiederherstellung der uneingeschränkten staatlichen Souveränität haben die baltischen Staaten in kurzer Frist seit 1987/88 ausformuliert. Mit friedlichen Mitteln haben sie ihre Forderungen inzwischen soweit abgesichert, daß sie ohne Anwendung von Gewalt nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Die Schritte, die von den drei Sowjetrepubliken bisher unternommen wurden, um ihre Vorstellungen deutlich zu machen und sie zu verwirklichen, sind im einzelnen nicht untereinander abgestimmt. Die sowjetische Führung, Verhandlungspartner und zugleich Gegner der jetzt im Baltikum ablaufenden Prozesse, wird in sehr unterschiedlicher Weise mit Forderungen konfrontiert. Während Litauen einen Kurs steuert, der die Entwicklung forciert und Moskau dadurch besonders provoziert, suchen die beiden anderen Republiken nach Lösungen, die ihnen ebenfalls die völlige Unabhängigkeit bringen, jedoch in einem mit der Union abgestimmten Verfahren. Sie achten darauf, unnötige Herausforderungen zu vermeiden. Bei einer Zuspitzung des Konflikts werden allerdings die Differenzen zwischen den Republiken zugunsten einer gemeinsamen Haltung zurücktreten. Die Wiederbelebung der Zusammenarbeit im Baltischen Rat (der 1934 gegründet worden war) am 13./14. Mai 1989 und seine Einschaltung als Koordinationsorgan in der Kontroverse zwischen Moskau und Litauen im Frühjahr/Sommer 1990 waren ein Indiz dafür. Die Referenden in Litauen (9. Februar 1991) sowie in Estland und Lettland (3. März 1991) haben klargestellt, daß nach den Parlamenten und Regierungen auch die Bevölkerung der drei Staaten in ihrer großen Mehrheit einen Kurs befürwortet, der auf die Loslösung von der Sowjetunion und die Wiederherstellung der unabhängigen Staaten zielt.

Allen vom Zentrum ausgehenden Versuchen, die baltischen Initiativen zu stören, sie durch das ge-

samtsowjetische Referendum vom 17. März 1991 auf den gemeinsamen Boden der Union zurückzuholen, sie insbesondere an die vorgesehenen Prozeduren für den Austritt aus der Föderation zu binden, sind die Republiken an der Ostsee zuvorgekommen. Sie haben sich eine Verhandlungsposition aufgebaut, die breit fundiert ist. Neben die historische Argumentation, die sich auf die ehemalige Selbständigkeit und die widerrechtliche Eingliederung in die Sowjetunion als Folge der geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 bezieht, kann nach den Referenden der aktuelle Anspruch treten, daß in demokratischen Verfahren die Loslösung legitimiert wurde. Zugleich konnte aber auch die integrative Wirkung der Unabhängigkeits- und Separierungsforderung für große Teile der Gesamtbevölkerung der drei Staaten anschaulich gemacht werden.

Der Zeitpunkt der Referenden war gut gewählt: Die Sowjetunion befindet sich nach Überzeugung aller politischen Kräfte in einem nicht mehr erträglichen Zustand. Durch Abstinenz bei den Beratungen über den neuen Unionsvertrag haben die Baltenrepubliken unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie am Weiterleben der Sowjetunion grundsätzlich nicht interessiert sind. Durch Verweigerung der Teilnahme am gesamtsowjetischen Referendum ist diese Haltung unterstrichen worden.

Damit haben die beiden Konfliktparteien eindeutig Position bezogen: Die sowjetische Führung steht dabei vor der Schwierigkeit, daß sie nicht nur die baltischen Forderungen, sondern die Souveränitätsansprüche aller Republiken und autonomen Gebiete sowie die Loslösungsforderungen in vielen Territorien in Rechnung stellen muß. Gefordert wäre ein offenes, flexibles Konzept, das regionale Interessen und Ansprüche auf mehr Selbständigkeit berücksichtigt hätte. Gegenüber dem Baltikum tritt die sowjetische Führung, das Zentrum, allerdings in einer Weise auf, die erkennen läßt, daß Flexibilität allenfalls aus taktischen Gründen vorgetäuscht wird. Von der Zurechtweisung der Balten und der scharfen Warnung vor

„unabsehbaren Folgen“ des eingeschlagenen Kurses staatlicher Unabhängigkeit, wie sie in der Erklärung des ZK der KPdSU vom 26. August 1989 enthalten war, ist sie seitdem nicht abgewichen.

Im Kern stellt die Spitze der Union den vielschichtig begründeten Unabhängigkeitsbestrebungen und Konzepten des Baltikums ein starres Modell entgegen. Es zielt auf die Einheit und Geschlossenheit der Union und stellt die sozialistische Entwicklung sowie die Erhaltung der jetzigen Führungsstrukturen in den Vordergrund.

In der Konfrontation der beiden Seiten tauchen zwar gleiche Begriffe auf, wird auf Demokratie und Selbstbestimmung Bezug genommen. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Argumentationen von unterschiedlichen Vorstellungen ausgehen. Die Geschichte seit 1917 wird gegensätzlich interpretiert, konträre Auffassungen gibt es auch im Hinblick auf gesellschaftliche Autonomie und Freiheit. Es bleibt aber nicht beim Gegensatz der Konzepte. Im Alltag des staatlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebens der baltischen Republiken stoßen die konfligierenden Ansprüche aufeinander. Die Formierung einer unabhängigen demokratischen Bewegung in den baltischen Staaten zeigt die tiefe Kluft an, die gegenüber dem Zentrum aufgebrochen ist. Die Spaltungen der kommunistischen Parteien in einen (kleinen) Moskauer und einen (größeren) nationalen Flügel unterstreichen diese Gegensätze und deren Unversöhnlichkeit.

Die gewaltsamen Militäraktionen in Wilna und in Riga im Januar 1991 haben auch den Zögernden und Kompromißbereiten die Augen geöffnet und sie gezwungen, sich für die Autonomie der baltischen Staaten einzusetzen. Die Aufforderung des litauischen Parlaments an die Bevölkerung, bei einer sowjetischen Militäraktion passiven Widerstand zu leisten, antizipiert nicht nur die Gefahr einer Intervention, sondern legt auch die bereits erreichte Zuspitzung bloß. Sieht man diesen Konflikt im Zusammenhang mit der entschiedenen Demokratisierung in den drei baltischen Republiken, die

- die Streichung des Führungsmonopols der kommunistischen Partei aus den Verfassungen,
- die Zulassung politischer Parteien,
- die Durchführung freier Wahlen
- und die Öffnung der politischen Diskussion und freien Meinungsbildung

umfaßt, so erkennt man, daß in Estland, Lettland und Litauen die nationale Frage ihre mobilisierende Kraft und ihre integrierende Wirkung in Verbindung mit anderen Problemen bekommen hat. Insbesondere ökologische Fragen nehmen seit Beginn der Autonomiebestrebungen in der Mitte der achtziger Jahre einen wichtigen Platz ein und haben weite Kreise der Öffentlichkeit erreicht. In der Auseinandersetzung mit den die Umwelt, aber auch die sozialen Beziehungen zerstörenden Auswirkungen der Unionsindustrien, mit der Armee und mit zahlreichen Agenturen des Zentrums gibt es gemeinsame Interessen, die über die nationalen Abgrenzungen hinausgehen. Den Protesten gegen den Ölschieferabbau Nordostestlands, gegen die Ostseever Verschmutzung, gegen den Bau überdimensionaler Kraftwerke haben sich viele Menschen angeschlossen. Die Einbeziehung von anderen nationalen Gruppierungen, die ebenfalls im Baltikum leben, ist von Sprechern und Organisationen der Mehrheitsbevölkerung bewußt gesucht worden.

Die Abstimmungsergebnisse beim Referendum belegen, daß es einen Konsens in der Forderung nach Unabhängigkeit und nach Abkehr vom Zentrum nicht nur bei Esten, Letten und Litauern gibt. Er reicht auch über die Grenzen der baltischen Republiken hinaus, insofern wesentliche Forderungen und Interessen der baltischen Bewegung auch mit den Vorstellungen der demokratischen Bewegung in Rußland und in anderen Gebieten der Sowjetunion übereinstimmen. Die in Moskau geschwenkten Fahnen Estlands, Lettlands und Litauens sowie die Proteste gegen das gewaltsame Vorgehen sowjetischer Uniformierter gegen die Zivilbevölkerung im Baltikum sind ein Indiz für einen demokratischen „Internationalismus“, der mit der orthodoxen Auslegung, den das Zentrum diesem Begriff gibt, nicht zusammenpaßt. Entsprechend abfällig wird von der Staats- und Parteiführung in Moskau auf Solidaritätserklärungen aus den nichtbaltischen Staaten reagiert – so auf die kritischen Äußerungen Jelzins nach dem Blutbad in Wilna.

Die sowjetische Führung ist gegenwärtig nicht bereit, sich auf die Unabhängigkeitsforderungen der baltischen Staaten in einem vereinbarten Verfahren einzulassen. Nicht Selbstbestimmung und freie demokratische Entfaltung sind ihr Programm. Vielmehr baut sie Hürden auf, um das verbal und verfassungsmäßig verbrieftete Recht auf Austritt aus der Union zu konterkarieren. So hat sie das Quo-

rum für den Erfolg eines Referendums über den Austritt aus der Union auf zwei Drittel der Abstimmenden festgesetzt. Sie spekuliert damit auf die fehlende nationale Homogenität in den baltischen Republiken und hofft vor allem auf eine ablehnende Haltung der im Baltikum angesiedelten russischen Bevölkerung. Der Ausgang des Referendums in allen drei Balten-Republiken hat allerdings gezeigt, daß offensichtlich auch ein beachtlicher Teil der dort lebenden Russen die Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt. Dagegen schüren die Partei und die ihr verbundenen Institutionen, der KGB, die Sowjetarmee, die Zentralen Behörden mit den ihnen unterstellten Verwaltungen, Industrien u. a. die nationale und soziale Unruhe. Sie erklären sich zum Anwalt der Arbeiter, der Genossenschaftsbauern und der nationalen Minderheiten, die gegen die Staatsvölker mobilisiert werden. Zum Anlaß für ihre Agitation nehmen sie Regelungen der baltischen Regierungen, die den Zuzug aus anderen Teilen der Sowjetunion erschweren, den Erwerb der vollen Bürgerrechte, vor allem des Wahlrechts, an einen längeren Aufenthalt binden und das Erlernen der Landessprache zur Auflage machen. Die für diese Bereiche getroffenen Regelungen sollen die Über-

fremdung der nationalen Kulturen der Esten, Leten und Litauer verhindern. Sie wirken auf den ersten Blick zugespitzt und diskriminierend. Tatsächlich stellen sie aber nicht mehr als einen ersten Versuch der Korrektur der ungünstigen Ausgangslage der baltischen Völker dar. Angesichts der Übermacht und der seit 1944 ungehinderten Russifizierung kann das die Grundkonstellation aber nur geringfügig ändern und läßt eine deutliche Stärkung der Situation der baltischen Sprachen eher auf lange Sicht erwarten.

Die sowjetische Führung setzt voll auf die diskriminierende Wirkung der genannten Regelungen. Sie appelliert an die russischen Siedlungen, die bei den großen Industriebetrieben entstanden sind, und versucht, Arbeiter für ihre Politik gegen die baltischen Forderungen auf die Straße zu bringen. Mit Hinweisen auf internationale Abmachungen, vor allem auf die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975, die die Unantastbarkeit der Grenzen garantiert, sowie mit historischen Argumenten wird ein antibaltisches Szenario aufgebaut, das die dortigen freigewählten Führungen zum Zurückweichen veranlassen soll.

II. Historische Hintergründe

Ausführlicher soll hier auf die historische Argumentation eingegangen werden, da sie ein deutliches Licht auf die Unvereinbarkeit der Positionen, aber auch auf die Denkweisen und das Selbstverständnis der beiden Seiten, besonders der sowjetischen Führung, wirft. Ideologische Reduktion von geschichtlichen Ereignissen und Prozessen läßt sich dabei durchgängig konstatieren. Es wird aber auch erkennbar, wie die Repräsentanten des sowjetischen Systems auf aktuelle Herausforderungen reagieren, wenn diese ihre politischen Machtansprüche tangieren. Geschichte dient vor allem zur Rechtfertigung gegenwärtiger Ansprüche.

Dies gilt auch für die drei baltischen Republiken. Sowohl die Zwischenkriegszeit als auch die Inkorporation in die Sowjetunion 1939/40 und die „Sowjetisierung“ sind für die Bevölkerung als bittere Erlebnisse präsent. Diese Erfahrungen lassen sich nicht verdrängen. Unvermittelt daneben steht der Anspruch der sowjetischen Führung, daß alle Entscheidungen in den Grundfragen der politischen

Entwicklung des Baltikums richtig waren. Die Widersprüchlichkeit von Geschichte preßt sie in ein starres Bild. Die demokratische Bewegung im Baltikum und überall in der Sowjetunion versucht die Einlinigkeit einer solchen historischen Sicht aufzubrechen – bis in die Gegenwart allerdings nur mit geringem Erfolg, wenn man die Positionen der Partei betrachtet. Diese hält auch nach der Proklamation von Glasnost daran fest, daß die Grundentscheidungen für Sozialismus und Föderation gefallen sind und durch die Verbrechen Stalins oder die Fehler seiner Nachfolger nicht in Frage gestellt werden können.

Für die baltischen Staaten spielt naturgemäß die historische Erinnerung an die Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit die zentrale Rolle. In der „Erklärung“ über die Wiederherstellung des unabhängigen Staates Litauen (11. März 1990), in der Deklaration über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Lettland (4. Mai 1990) und in den entsprechenden Beschlüssen Estlands

(30. März und 8. Mai 1990) wird auf diese Selbständigkeit und ihre völkerrechtliche Fortgeltung auch nach der durch Zwang erreichten Inkorporation von 1940 hinaus klar Bezug genommen. Der Rückgriff erlaubt den Regierungen und Parlamenten, ihre heutigen Forderungen international abzusichern. Während bei den baltischen Völkern der Stolz auf die Unabhängigkeit sowie die Trauer über deren Untergang durchaus mit einer differenzierten Einschätzung der historischen Entwicklung verbunden ist, die Gewinn und Verlust bilanziert, hält die sowjetische Führung an einer einseitigen Betrachtung fest, die keine selbstkritischen Relativierungen zuläßt. In der offiziellen sowjetischen Bewertung wird die Zwischenkriegszeit, die Phase zwischen den Staatsgründungen 1918/20 und der Inkorporation der Republiken in die Sowjetunion (Juni/August 1940), als Zeit der „bürgerlichen Diktatur“ grundsätzlich negativ betrachtet. Die eigentliche Geschichte ist demgegenüber die der kommunistischen Parteien und Räteregierungen, die in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand 1918 zeitweilig die Macht gewinnen konnten. Ihr Erbe wurde demnach in den zwanziger und dreißiger Jahren in der Sowjetunion von estnischen, lettischen und litauischen Kommunisten weitergetragen. Die „heimliche Geschichte“ des Baltikums wurde erst erfüllt, als die 1918/20 verhinderte Bildung von Räterepubliken 1940 unter dem „militärischen Schutz“ der Roten Armee zu jenen Beitrittsersuchen führte, nach denen die drei sozialistischen Sowjetrepubliken gebildet wurden.

Der einzige positive Aspekt in der Geschichte der bürgerlichen Staaten des Baltikums war in dieser parteidogmatischen sowjetischen Sicht die Anerkennung Räterußlands durch Estland, Lettland und Litauen in den Friedensverträgen von 1920. Diese Länder schieden damit aus der Front der Interventionsmächte bzw. der Gegner Rußlands aus, Moskau öffnete sich ein Fenster zum Westen. Der baltischen Anerkennung folgten rasch weitere bürgerliche Regierungen. Lenins Votum für die Friedensverträge prägt bis in die Gegenwart das Urteil über das Verhalten der Regierungen in Tallinn, Riga und Kaunas in dieser Phase. Im übrigen aber findet nichts von dem, was in den baltischen Staaten geschah, Anerkennung in der KPdSU-Geschichtsschreibung. Insbesondere der Niedergang der bürgerlich-demokratischen Institutionen mit dem Übergang zur Diktatur Smetonas in Litauen (1926), zur Herrschaft Ulmanis in Lettland (1934) sowie zur Lahmlegung des Parlamentarismus in

Estland (1934) werden herausgestellt, nicht zuletzt deshalb, weil das negative Urteil auch dem westlichen Beobachter der Gegenwart einleuchtet und somit darauf gehofft werden kann, daß die Demokratiefähigkeit der baltischen Völker damit in Zweifel gezogen werden kann und die sowjetische Intervention von 1939/40 gerechtfertigt erscheint. Auch der Außenpolitik der Republiken wird keine positive Note gegeben. Zwar werden die Abmachungen mit Moskau im Zusammenhang der Politik kollektiver Sicherheit gelobt (Nichtangriffsvertrag mit Litauen 1926, Lettland und Estland 1932, Beitritt zum Litvinovprotokoll 1929, zur Konvention über die Definition des Angriffs 1933), alle anderen Initiativen zur Stärkung der Staaten und ihrer Zusammenarbeit (Baltischer Rat der drei Staaten 1934) und ihre Beziehungen zu den Westmächten verfallen jedoch einem Verdikt.

Demgegenüber sieht die historische Bilanz, die in den baltischen Staaten gezogen wird, wesentlich vorteilhafter aus, auch wenn vor allem in Estland und Lettland – weniger deutlich in Litauen – die Schattenseiten der Selbständigkeit nicht verschwiegen werden. Positiv gesehen werden vor allem die Erringung der Selbständigkeit zwischen Räterußland und dem Deutschen Reich und die Einbeziehung der Staaten in das internationale System von Versailles (Völkerbund), die friedliche Außenpolitik und die Integration in das internationale Wirtschaftssystem, vor allem aber die innere Konsolidierung, trotz des Starts mit zahlreichen Problemen und Belastungen.

Die Ausgangslage in den baltischen Staaten beim Eintritt in die Unabhängigkeit 1918 war unterschiedlich. Die Gouvernements Estland (Reval), Livland (Riga) und Kurland (Mitau) hatten einen vergleichsweise hohen Entwicklungsstand. Er setzte sich in der Entwicklung der beiden nördlichen Staaten, wenngleich empfindlich geschmälert, fort, soweit er an die Verbindung zum Russischen Reich gekoppelt gewesen war. Schon die Zerstörungen aus den deutsch-russischen Kämpfen des Ersten Weltkriegs und des anschließenden Bürgerkriegs wirkten lange nach. So lebten beispielsweise in Riga, der drittgrößten Industriestadt Rußlands mit dem größten Export- und zweitgrößten Importhafen, vor dem Krieg etwa 517 000 Einwohner. Nach Kriegszerstörungen, Deportationen und Abwanderungen lag die Einwohnerzahl 1925 erst wieder bei 338 000 und erreichte 1939 385 000 Personen. Damit ist angedeutet, wie tief der Einschnitt war, aber auch, daß die Verhältnisse sich allmäh-

Die baltischen Republiken



lich besserten. Demgegenüber lagen Litauen und das südöstliche Lettland entschieden zurück.

Entsprechend unterschiedlich waren die Voraussetzungen zum Aufbau bürgerlicher Demokratien. Dafür gab es keine Erfahrungen, denn die Einschränkungen des russischen Parlamentarismus im Zarenreich sowie die Unterdrückung der Nationalbewegungen durch St. Petersburg und – während des Krieges – durch die deutsche Oberschicht und die deutsche Besetzung hatten die Ausbildung von politischen Qualifikationen in der Gesellschaft verhindert. Beachtlich ist jedoch, daß alle drei Staaten die Agrarfrage als wichtigste soziale Frage zu Beginn durch eine radikale Enteignung (der deutschen bzw. polnischen Gutsbesitzer) und die Verteilung der Böden an die ländliche Bevölkerung lösten und damit die Einbindung der Bauern in die neue Gesellschaft erleichterten. Ebenso waren die Minderheitenregelungen in den multinationalen Staaten im Kern geeignet, die kulturelle Identität durch die Einführung von Volksgruppenrechten zu bestätigen und somit den kleineren Völkern eine Perspektive in den neuen Staatswesen zu eröffnen.

In kurzer Zeit konsolidierten sich die neuen Staatsgebilde, die erst während des Ersten Weltkriegs in der Auseinandersetzung zwischen dem Russischen und dem Deutschen Reich ihre territorialen und nationalen Konturen gefunden hatten, und integrierten sich in die Staatengemeinschaft der Zwischenkriegszeit. Die Ausnahme war Litauen, das zu Lettland und Estland (deren Verhältnis auch nicht ohne Spannungen war) Distanz hielt und mit Polen wegen des Streits um Mittellitauen (mit Wilna) sowie mit Deutschland wegen seines Vorgehens im Memelgebiet in Konflikt lebte. Gerade die Auseinandersetzung mit Polen blieb bis 1939 prekär, da sie nicht allein um Territorien ging. Die nachwirkenden Prägungen aus der Zeit des gemeinsamen polnisch-litauischen Staates und die enge Bindung der litauischen Oberschichten an Polen sowie die besondere Rolle der katholischen Kirche für beide Völker legten eher ein Zusammengehen als eine Trennung nahe. Um so stärker wurde auf Abgrenzung und auf das Abschütteln der polnischen Dominanz geachtet, woraus sich häufige Konflikte ergaben.

Der Übergang zu autoritären Regimen bzw. zu ständestaatlichen Präsidialregierungen verlief parallel zu ähnlichen Entwicklungen in anderen europäischen Staaten der Zwischenkriegszeit. Der Terror Stalins in der Sowjetunion steigerte aber die

Abwehrhaltung gegen den östlichen Nachbarn. Die Rücksicht auf die internationalen Beziehungen und die Verbindungen zu Mittel- und Westeuropa mäßigten den autoritären Kurs.

Nur unter dem Schutz der internationalen Staatenwelt konnten die baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit bewahren. Sie war nicht aufrechtzuerhalten, als die beiden großen Nachbarmächte im August 1939 ihre Interessenzonen in Ostmitteleuropa festlegten und das Deutsche Reich der UdSSR die baltischen Republiken überließ. Der Hitler-Stalin-Pakt vom 22. August 1939 ermöglichte es der Sowjetunion, in der Phase des beginnenden Weltkriegs, als Frankreich und England mit Deutschland im Krieg lagen, die baltischen Regierungen gefügig zu machen. Sie konnte schließlich nach Etablierung von militärischen Stützpunkten, nach militärischer Besetzung und nach Wahlen mit kommunistischen Einheitslisten die „Sowjetmacht errichten“ und den Anschluß an die Sowjetunion durchsetzen.

Die Regierungen Estlands, Lettlands und Litauens konnten dem Druck der Sowjetunion ohne internationale Unterstützung nicht standhalten. Keine der angeblich legitimierenden Entscheidungen der drei Staaten für den Beitritt zur UdSSR ist freiwillig erfolgt. Auf den Bildern der Ereignisse sind sowjetische Truppen vielfach sichtbar – offensichtlich war die Zurschaustellung der Druckmittel vorzüglich: Der Sieg der überlegenen politischen Ordnung kam so besser ins Bild.

Auch nach der Annullierung der geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt durch das sowjetische Parlament im November 1990 hält die sowjetische Führung an der Fiktion der freiwilligen Entscheidung der baltischen Staaten und damit der Dauerhaftigkeit der Bindung an die Union fest. Das gewalttätige Vorgehen gegen die bürgerlichen Kräfte im Baltikum nach der Annexion, die Deportationen 1940/41 und nach der Rückeroberung 1944 werden nicht als Argumente gegen die geschichtliche Notwendigkeit und die Rechtmäßigkeit des Anschlusses akzeptiert. Auch die Misere der ökonomischen Eingriffe bei der Sowjetisierung und bei den Industrialisierungswellen nach 1950 läßt die sowjetische Führung nicht als Einwände gegen die Entscheidungen von 1940 gelten. Die Hinweise auf das Versagen der Vorgänger Gorbatschows rechtfertigen in dieser sowjetischen Sicht keine grundsätzliche Kritik an der Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion.

III. Perspektiven

Die konsequente Tabuierung dieser grundsätzlichen Fragen hat bisher verhindert, daß ein ernsthaftes Gespräch zwischen den frei gewählten Repräsentanten der baltischen Staaten und der sowjetischen Führung zustande kam. Sie hat auch zur Desillusionierung darüber geführt, daß die Wirtschaftsreform noch etwas bringen könne – etwa einen „sowjetischen gemeinsamen Markt“. Sicher gibt es im Baltikum Illusionen über die Perspektiven ihrer wirtschaftlichen Entwicklung außerhalb der Union. Aber verglichen mit der Perspektivlosigkeit der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung bei Realisierung der jetzigen Programme und angesichts der bürokratischen Unfähigkeit in der UdSSR ist zu erwarten, daß eine Umstellung im Baltikum wie nach dem Ersten Weltkrieg erfolgreich sein könnte, auch wenn die äußeren Umstände wesentlich anders sind.

Für die Mehrheit der Bevölkerung im Baltikum liegen die negativen Wirkungen der Zugehörigkeit zur Sowjetunion auf der Hand: Politische Verfolgung mit gewaltigen Opfern an Menschen, Zerstörung der regionalen ökonomischen Strukturen, Vernichtung kultureller Eigenständigkeit und Entfaltung, Überfremdung ohne Rücksicht auf vorhandene Traditionen, Abschneiden von den historischen Bindungen an Europa, Zerstörung der Umwelt... Die Reihe der Vorwürfe ist lang. Sie sind stärker als in anderen Regionen der Sowjetunion erhärtet, weil aus dem baltischen Exil Wissen und Erfahrung in die Heimatländer zurückkommen, die von der Sowjetmacht unterdrückt wurden. Die Emigranten, etwa eine Million Personen, konnten die Probleme der Republiken in der Zwischenkriegszeit und die Erlebnisse der sowjetischen Besetzung bis in die Gegenwart verarbeiten und die Landsleute in der Heimat mit Erfahrungen aus dem Westen unterstützen. Diese Situation gibt der baltischen Unabhängigkeitsbewegung eine Grundlage, auf der – wie die Volksabstimmungen im Baltikum gezeigt haben – auch zwischen den nationalen Gruppierungen Ausgleich und Kooperation möglich werden.

Die sowjetische Führung und die sie tragenden politischen Kräfte sind an Ausgleich und Kooperation nicht interessiert und steuern nicht darauf zu. Statt dessen spekulieren sie auf sichtbare oder vermeintliche Schwachstellen in der Selbsteinschätzung und im Vorgehen der baltischen Völker. Sie mobilisieren nationale oder soziale Minderheiten

für ihr Konzept: Erhalt des Sozialismus und der Union. Eine Einigung durch Verhandlungen mit den im Baltikum durch demokratische Wahlen legitimierten Gremien scheidet für die sowjetische Führung wegen der damit verbundenen Schwächung ihrer Machtstellung offenbar aus. Daher werden Aktivitäten von Moskau gesteuerter Gruppen wie „Interfront“ oder „Integral“ oder von „Komitees zur nationalen Rettung“ sowie außerordentliche Maßnahmen und Drohgebärden favorisiert. Sie destabilisieren und liefern Vorwände zum „friedensstiftenden“ Eingreifen der Unionsführung, wenn die gewählten demokratischen Regierungen durch politisch induzierte Streiks angeblich lahmgelegt sind. Außerdem versucht die sowjetische Führung, die Einhaltung internationaler Abmachungen zum Schutz der Souveränität und der Grenzen gegen die baltischen Republiken geltend zu machen. In diesem Sinne argumentiert sie auch, wenn westliche Staaten in Moskau vorstellig werden: Die sowjetische Führung beansprucht das Mandat, für Ordnung, Sicherheit und Einhaltung der demokratischen Spielregeln in der gesamten Union zu sorgen, die durch „ungesetzliches Handeln“ der Republiken angeblich gefährdet werden. Die Novellierung der gesetzlichen Regelungen über das Verhältnis zur Union in den baltischen Staaten, die den Vorrang der Landes- vor den Unionsgesetzen festlegt, gilt als ein nicht hinnehmbarer Angriff auf die Grundlagen des Sowjetstaates. Die Anwendung dieser Bestimmungen rechtfertigt demnach eine zentralstaatliche Intervention im Sinne einer „Wiederherstellung von Recht und Ordnung“.

Da die sowjetische Führung sich nicht auf eine offene Diskussion, auf Pluralismus der Meinungen und politischen Konzepte einläßt, ist die Chance zu einem Interessenausgleich innerhalb der Union verspielt. Sie kann durch Druck, wie er etwa auf Litauen ausgeübt wird, schwerlich zurückgewonnen werden. Neben dem drohenden Hinweis auf die Interessen der Minderheiten taucht unverhüllt die Warnung auf, daß Litauen das Wilnagebiet erst 1939 von der Sowjetunion übereignet wurde und auch das Memelland erst durch Moskau, dem es – als Teil der „ureigenen slawischen Gebiete“ – mit Nord-Ostpreußen zugefallen sei, an Litauen übergeben wurde.

In der ersten Phase der Perestroika bis 1987/88 ließ der größere Teil der öffentlichen Verlautbarungen

im Baltikum den Schluß zu, daß die Ausstattung mit wirklicher Autonomie den Republiken eine Perspektive innerhalb der Union bieten könnte. Das Verhalten der sowjetischen Führung in der Frage der Rechtmäßigkeit und Gültigkeit des Anschlusses 1940 hat indessen der Hoffnung auf Kompromisse den Boden entzogen. Die Menschenkette vom 23. August 1989, die anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes die drei baltischen Hauptstädte verband, markiert einen Wendepunkt in der politischen Auseinandersetzung.

Für die baltischen Staaten ist die internationale Unterstützung ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen von großer Bedeutung. Sie verweisen darauf, daß sie Völkerrechtssubjekte waren und der Untergang ihrer Staaten durch Annexionen im Jahre 1940 dem Völkerrecht widersprach und seinerzeit auch nicht allgemein sanktioniert wurde – die USA und andere Staaten haben den Anschluß nie anerkannt. Bedrückend erscheint, daß die sowjetische Führung keine Bereitschaft zeigt, den Forderungen der baltischen Staaten entgegenzukommen. Sie befürchtet offenbar, daß ein Verzicht auf das Baltikum andere Republiken animieren könnte, den gleichen Weg zu gehen. Eine Erfahrung der „ersten Stunde“, nämlich der Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918, wird in Beziehung gebracht zum Rückzug der Sowjetunion aus dem mittleren und östlichen Europa seit 1989. In Brest-Litowsk sah sich Räterußland genötigt, auf das Baltikum und die Ukraine zu verzichten. Um eine Atempause zu gewinnen, setzte Lenin bei seinen Genossen die Annahme des deutschen Diktats durch. Moskau hatte keine Reserven mehr und mußte bedingungslos unterschreiben. Im Herbst 1918 hat Moskau den Frieden sofort annulliert und 1919/20 versucht, auch das Baltikum zurückzugewinnen. Stalin wetzte 1939/40 die Scharte aus. Die militärische Niederlage von 1918 wurde 1940 durch den „freiwilligen“ Beitritt der baltischen Staaten wettgemacht. Die Anwesenheit von Soldaten der Roten Armee bei den Parlamentsabstimmungen über die Beitrittserklärungen sollte nicht nur eine „Panne“ bei den Formalitäten verhindern. Sie korrigierte auch das Bild, das durch die Niederlage

1918 und den erzwungenen Rückzug beschädigt war.

Ein Verzicht auf das Baltikum als Ergebnis der bürgerlich-nationalen Unabhängigkeitsbewegungen würde in dieser Perspektive einer erneuten Niederlage gleichkommen – die sowjetische Armee empfindet schon jetzt, nach dem Verlust ihrer Einflußzone im östlichen Europa, die Situation ihres Landes so und versucht, in Teilen gegenzusteuern. Insofern hat die Konfrontation zwischen der sowjetischen Zentralmacht und den baltischen Republiken eine prinzipielle Bedeutung: Es geht hierbei auch grundsätzlich um das Überleben der Idee des Sozialismus, die der Sowjetunion eingepflanzt ist, und um die Erhaltung ihres Großmachtanspruchs. Bedenkt man diesen Gesichtspunkt, so müssen die Aussichten für eine Lösung des Konflikts als dunkel bezeichnet werden.

Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß die künftige Entwicklung in der Sowjetunion selbst offen ist. Gegenwärtig läßt sich nicht absehen, ob sich die konservativen Kräfte behaupten können oder der Prozeß der Demokratisierung neuen Auftrieb erhält. Zwischen den demokratischen Kräften Rußlands, Estlands, Lettlands und Litauens gibt es schon gegenwärtig eine breite Skala gemeinsamer Interessen. Die Handelsverträge, die die Russische Republik im September 1990 mit den baltischen Staaten geschlossen hat, setzen ein deutliches Zeichen. Die Kooperation mit Rußland würde einen bedeutsamen Nebeneffekt haben. Die baltischen Republiken betonen ihre Zugehörigkeit zu Europa. Ihre Repräsentanten in Politik und Kultur verstehen sich als Vertreter westlicher Werte und Vorstellungen. Eine Veränderung Rußlands hin zur Demokratie und zur Anerkennung von Menschen- und nationalen Selbstbestimmungsrechten würde nicht nur die Lösung der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen und der Freiheitsfrage der Esten, Letten und Litauer sowie der ihnen verbundenen und mit ihnen zusammenlebenden anderen Völker erlauben. Sie würde auch eine Vertiefung und Verstetigung der Trennung zwischen Rußland und seinen westlichen Nachbarn, wie sie gegenwärtig allenthalben wahrzunehmen ist, verhindern.

Literaturhinweise:

- Bernd Bonwetsch/Manfred Grieger (Hrsg.): Was früher hinterm Eisernen Vorhang lag. Kleine Osteuropakunde vom Baltikum bis Bessarabien, Dortmund 1991.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die baltischen Staaten. Estland. Lettland. Litauen (= Informationen zur politischen Bildung aktuell), Bonn 1989.
- Manfred Hellmann: Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes, Darmstadt 1990⁴.
- Dietrich A. Loeber u. a. (Hrsg.): Regional Identity Under Soviet Rule: The Case of the Baltic States. Hackettstown, N. J. 1990.
- Boris Meissner (Hrsg.): Die baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen, Köln 1990.
- Erwin Oberländer (Hrsg.): Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas?, Frankfurt am Main 1989.
- Georg von Rauch: Geschichte der baltischen Staaten, München 1990³.
- Andrejs Urdze (Hrsg.): Das Ende des Sowjetkolonialismus. Der baltische Weg, Reinbek bei Hamburg 1991.
- Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1967.
- Reinhard Wittram: Baltische Geschichte. Die Ostseelände Livland, Estland, Kurland 1180–1918, München 1954.

Wirtschaftlicher Zusammenbruch statt Systemwechsel?

Programme und Grenzen marktwirtschaftlicher Reformen in der UdSSR

I. Dimensionen und Ursachen der Wirtschaftskrise

1. Wirtschaft und Politik in der Krise

Spätestens seit Frühjahr 1990 sieht die Gorbatschow-Führung den Ausweg aus der gegenwärtigen Krise und den chronischen Funktionsschwächen der sowjetischen Wirtschaft in einer marktwirtschaftlichen Wende. Der Weg zur Marktwirtschaft erweist sich jedoch als äußerst schwierig und scheint gegenwärtig auf absehbare Zeit blockiert zu sein. Dies liegt einmal an den enormen Problemen, die selbst unter besseren ökonomischen Bedingungen bei jedem Systemwechsel zu bewältigen sind. Ein weiteres Hindernis bildet die mit Vehemenz gestellte Machtfrage¹⁾ sowie die zunehmende Polarisierung der politischen Kräfte in der UdSSR, die von Gorbatschow auf Dauer nicht zu überbrücken ist. Die Spannung zwischen den Anhängern weitreichender Reformen und den Parteigängern traditionell diktatorischer Lösungen nimmt ebenso zu wie die damit verbundene Konfrontation zwischen den Anhängern einer umfassenden Selbständigkeit der einzelnen Republiken und den Vertretern einer auf weitgehenden Erhalt der UdSSR angelegten zentralistischen Lösung.

Die Perestroika als weitreichender, doch systemimmanenter und von oben gesteuerter Umbau von Wirtschaft und Politik ist gescheitert. Dabei markieren fünf zentrale Prozesse in ihrer Interdependenz die gegenwärtige Lage, die Entwicklungsdynamik und die Reformperspektiven in der UdSSR: das Abrutschen der ökonomischen Entwicklung in eine sich immer mehr vertiefende Wirtschaftskrise; der Kompetenz- und Autoritätsverlust der kommunistischen Partei und ihrer Führung; die durch den Verlauf der Perestroika (vor allem durch Glasnost) bewirkte Politisierung der Bevölkerung; der Zerfall der Sowjetunion als Einheitsstaat und schließlich der Verlust des osteuropäischen Vorfeldes der UdSSR, der Widerstand im „militärisch-ideologischen Komplex“ (W. Daschi-

tschew) herausforderte und die inneren Konflikte verschärft.

Eine solche Situation, in der verzweifelt ökonomisches Krisenmanagement, Bemühungen um Positionsgewinne im Machtkampf und Ringen um die Erhaltung der Einheit der Union die politische Tagesordnung bestimmen, ist alles andere als ein geeigneter Rahmen für den schwierigen Übergang zur Marktwirtschaft.

2. Wachstumsabfall, Versorgungskrise und Inflation

Das Wesen der tiefen Krise der sowjetischen Wirtschaft besteht in einem *Zusammenfall von chronischen*, aus der Breshnew-Zeit ererbten, entgegen den Beschleunigungszielen des 12. Fünfjahrplans (1986–1990)²⁾ nicht überwundenen, sondern weiter verschärften *Fehlentwicklungen und neuen Problemen*, die im Zuge der Perestroika selbst entstanden sind und zu denen die Maßnahmen der Gorbatschow-Führung bzw. deren Halbheiten, Widersprüche und sozio-politische Auswirkungen entscheidend beigetragen haben.

Zur ersten Kategorie zählen vor allem der starke Abfall des Wirtschaftswachstums, die hartnäckige Stagnation der Produktivitätsentwicklung, die unzureichende Qualität der erzeugten Produkte und der nach wie vor allzu langsame Innovationsprozeß. Zu den aktuellen Schwierigkeiten, die zwar in Ansätzen auch vor 1985 prinzipiell vorhanden waren, damals jedoch eine geringere Rolle spielten und erst in der Perestroika-Periode voll zur Geltung kamen, gehören insbesondere die zunehmende Versorgungskrise, die anwachsenden Sozialprobleme, die ökonomische Kriminalisierung und vor allem die tiefgehende Zerrüttung der Geldwirtschaft.

Die vor allem in der Spätphase der Ära Breshnew eingetretene *Stagnation des wirtschaftlichen Wachstums* hielt in der Perestroika weiter an. Seit

¹⁾ Vgl. O. Alexandrova, Gorbatschow und Konservative im Kampf für einen unitären Staat, Informationen aus der Forschung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln BIOst 1/1991.

²⁾ Vgl. H.-H. Höhmann, Strukturen, Probleme und Perspektiven sowjetischer Wirtschaftspolitik nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU, Berichte des BIOst, 22/1986.

1987 tendierte die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft sogar deutlich zum Nullniveau hin. Vermutlich seit 1989 und sicherlich seit 1990 liegt sie darunter. Für 1990 weist der offizielle statistische Bericht³⁾ für das produzierte Nationaleinkommen einen Rückgang um 4 Prozent und für das Brutto-sozialprodukt (BSP) eine Abnahme von 2 Prozent aus. Bei voller Berücksichtigung der Inflation dürfte das BSP um 5 bis 7 Prozent zurückgegangen sein. Die Leistungsminderung erfaßte nahezu alle wichtigen Wirtschaftsbereiche. Sie betrug in der Industrie 1,2 Prozent, wobei mit Ausnahme des Maschinenbaus (dauerhafte Konsumgüter) alle Komplexe beteiligt waren, im Gegensatz zu früher insbesondere die Schwerindustrie. Die Agrarproduktion nahm um 2,3 Prozent ab, der Gütertransport verzeichnete ein Minus von 5,9 Prozent. Immer manifester wird eine Energiekrise, die voll auf den Außenhandel und die Erwirtschaftung von Devisen durchschlägt. Insgesamt sank der Außenhandelsumsatz 1990 um 6,9 Prozent. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Talfahrt der sowjetischen Wirtschaft 1991 beschleunigt. Manche Beobachter unterstellen gar einen regelrechten Absturz, wenn sie ein Minus des Brutto-sozialprodukts von 15 bis 30 Prozent für möglich halten⁴⁾.

Die Verwendungsseite des Sozialprodukts steht im Zeichen einer starken *Drosselung der Investitionstätigkeit*. Dies widerspricht den Zielen des Fünf-jahrplans, stimmt aber mit der 1988 eingeleiteten wirtschaftspolitischen Kursänderung überein, deren Absicht es war, Konsum und Sozialleistungen stärker zu fördern. In dieser Lage zeigt sich folgendes Dilemma: Die zu Lasten von Rüstungs- und Investitionsgütern erfolgte Mehrproduktion dauerhafter Konsumgüter wirkt sich in Anbetracht des Marktungleichgewichts und anderer Verteilungsstörungen kaum positiv auf die Situation des Konsumenten aus; die Drosselung von Produktionsmittelerzeugung und Investitionen beeinträchtigt aber langfristig und nachhaltig die Voraussetzungen für die dringend erforderliche Modernisierung von Produktion und Infrastruktur.

Die *Krise der Versorgung* der Bevölkerung findet ihren Ausdruck in leeren Regalen, Schlangen vor den Läden, Hamsterkäufen, Rationierung und Formen direkter Zuteilung von Konsumgütern sowie Preissteigerungen (insbesondere, aber nicht nur, auf Kolchos- und Genossenschaftsmärkten). Im Zustand tiefer Zerrüttung befindet sich das

³⁾ *Ekonomika SSSR v 1990 goda* [Bericht des Staatskomitees für Statistik], in: *Ekonomika i žizn'*, (1990) 5.

⁴⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Februar 1991.

sowjetische Geld- und Finanzsystem. Der Geldüberhang ist 1990 in starkem Maße angestiegen, gleichfalls beträchtlich zugenommen haben die innere Staatsverschuldung (1989 400 Mrd. Rubel, 1990 550 Mrd. Rubel) sowie das Budgetdefizit (1988 und 1989 über 80 Mrd. Rubel, 1990 vermutlich etwa 100 Mrd. Rubel, was rund 20 Prozent der Haushaltsausgaben und mehr als 10 Prozent des BSP entspricht). Das zunehmende Auseinanderschieren der Angebots- und Nachfrageentwicklung auf Konsumgüter-, aber auch auf Produktionsmittelmärkten gab der Inflation starken Auftrieb, sei es in offener (allgemeiner Preisanstieg 1990 5 Prozent) oder zurückgestauter Form. Schließlich erhöhte sich die Hartwährungsverschuldung der UdSSR auf ca. 60 Mrd. US-Dollar brutto, während die eigenen Währungsreserven im Westen in starkem Maße abgebaut wurden.

Die sichtbar *anwachsenden sozialen Probleme* lassen sich mit folgenden Stichworten umreißen: Tendenzen zur Verarmung der Bevölkerung (etwa 20 Prozent der sowjetischen Menschen sollen um oder unter der „Armutsgrenze“ von monatlich 80 Rubel pro Kopf leben), zunehmende Arbeitslosigkeit (Schätzung für 1990: 6 Millionen⁵⁾) aufgrund beginnender Freisetzungen und struktureller Beschäftigungslosigkeit vor allem in Sowjetmitletasien und im Transkaukasus sowie gravierende Umweltschäden, ja ökologische Katastrophen, die die Lebensbedingungen in vielen Gegenden der UdSSR stark beeinträchtigen. Verbunden sind die genannten Prozesse des ökonomischen Niedergangs mit einem hohen Maß an Korruption und *Wirtschaftskriminalität*⁶⁾, so daß für die gegenwärtige Krise der sowjetischen Wirtschaft insgesamt die zusammenfassende Kennzeichnung „Krimstagflation“ (Mischung aus Kriminalität, Stagnation und Inflation) wohl nicht unangebracht ist.

3. Die gescheiterte Intensivierung

Die skizzierten Wachstumsprobleme der sowjetischen Wirtschaft wären allerdings weniger schwerwiegend, wenn es gelungen wäre, der Verwirklichung anderer zentraler Ziele der sowjetischen Wirtschaftspolitik wie Produktivitätssteigerung, Qualitätsverbesserung und struktureller Modernisierung spürbar näherzukommen. Die Überwindung qualitativer Wirtschaftsmängel durch Förderung von Effizienz, Innovation, Modernisierung und Qualität – kurz: durch umfassende „Intensivierung“ der Produktionsprozesse – hatte inner-

⁵⁾ Vgl. *Perechod k rynku. Koncepcija i programma*, Moskau 1990, S. 111.

⁶⁾ Vgl. z. B. S. Šatalin, in: *Moscow News*, (1990) 4.

halb der Wirtschaftsprogrammatis Gorbatschows von Anfang an einen hohen Stellenwert⁷⁾. Geplante Fortschritte konnten jedoch bislang nicht annähernd erreicht werden. So ist neben dem Wachstumsproblem das *Produktivitätsproblem* ein zentraler Bestandteil der sowjetischen Wirtschaftskrise. Die Arbeitsproduktivität nahm nicht im angestrebten Tempo zu, und die Kapitalproduktivität verschlechterte sich weiter, zuletzt dramatisch. Nach wie vor wird über *unzureichende Produktqualität* geklagt, was sich u. a. in anhaltender Exportschwäche bei Industrieerzeugnissen niederschlägt. Schließlich ist das *geringe technologische Innovationstempo* in der sowjetischen Wirtschaft weiterhin Stein des Anstoßes. So kam es nach übereinstimmender Einschätzung sowjetischer Fachwissenschaftler und Politiker nicht zum angestrebten Aufholprozeß gegenüber dem Westen. Im Gegenteil: Die technologische Lücke zwischen der UdSSR und den führenden westlichen Ländern nahm weiter zu⁸⁾. Ebenso unbefriedigend ist der Stand der industriellen Modernisierung.

4. System und Politik als Ursachen der Krise

Wie die Erscheinungsformen der Krise, so haben auch die Ursachen unterschiedlichen Charakter. Die chronischen Schwierigkeiten – aber auch ein Teil der neuen Probleme – sind in erster Linie auf ein Zusammenwirken der Arbeitsweise und der Funktionsmängel des sowjetischen Wirtschaftssystems mit der Zielstruktur sowie der Praxis der sowjetischen Wirtschaftspolitik zurückzuführen.

Was das *Wirtschaftssystem* der zentralen Planwirtschaft betrifft, so beruhte sein aus der Sicht der Führung relativ erfolgreiches Funktionieren in der Vergangenheit vor allem auf fünf Voraussetzungen, die heute nur noch teilweise gegeben sind:

- Die *Struktur* von Wirtschaft, Technologie und ökonomischen Zielvorstellungen war *relativ einfach*. So war es möglich, die Wirtschaftsentwicklung durch administrative Schwerpunktsetzung kampagneartig voranzutreiben.
- Natürliche Ressourcen und Arbeitskräfte waren *reichlich vorhanden*, so daß die Wirtschaft auf „extensive Weise“, d. h. ohne nachhaltige Produktivitätssteigerungen, entwickelt werden konnte.

⁷⁾ Vgl. H.-H. Höhmann, Ursachen, Konzepte und Perspektiven sowjetischer Wirtschaftsreformen in der Perestroika, in: M. Breitschwerdt (Hrsg.), Eine Chance für Gorbatschow. Ergebnisse und Perspektiven der sowjetischen Reformpolitik, Augsburg 1989, S. 41 ff.

⁸⁾ So etwa die Feststellung des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR auf der 19. Unionsparteikonferenz, in: Pravda vom 2. Juli 1988.

- Das *Herrschaftssystem der Diktatur* diente sowohl der Beschränkung des Konsums zugunsten der Kapitalbildung als auch dem Aufbau eines festen institutionellen Rahmens für die Wirtschaftsplanung in Form der von Moskau aus die Wirtschaft der gesamten UdSSR steuernden staatlichen Wirtschaftsbürokratie.
- Intakte *örtliche Organisationen der KPdSU* konnten bei Störungen des Wirtschaftsprozesses gleichsam als „Feuerwehren“ im Sinne und zum Schutz der politisch gesetzten Wirtschaftsprioritäten eingreifen.
- Als die Diktatur in der Breshnew-Ära an Rigidität verlor, sicherte schließlich ein stillschweigend zustande gekommener „*Gesellschaftsvertrag*“ zwischen Führung und Bevölkerung ausreichenden Raum für kleine, individuelle „Perestroikas“ zum persönlichen Vorteil, machte auf diese Weise das System erträglich und schaffte ein Minimum an sozialer Stabilität und ökonomischer Motivation.

Diese Voraussetzungen für ein aus der Sicht der politischen Führer zufriedenstellendes Funktionieren der Planwirtschaft entfielen jedoch, je weiter der sowjetische Industrialisierungsprozeß fortschritt, je komplexer folglich die Wirtschaftsstruktur wurde, je komplizierter sich hierdurch wiederum die Planungsaufgaben gestalteten, je mehr die Knappheit der ökonomischen Ressourcen (Rohstoffe, Arbeitskräfte und Kapital) zunahm und je stärker sich das politische System im Sinne des erwähnten Verfalls von Autorität und Kompetenz veränderte. Die Leistungsfähigkeit der Planwirtschaft nahm folglich immer stärker ab. Zuletzt war das „administrative Kommandosystem“ – wie die traditionelle Planung heute in der sowjetischen Kritik genannt wird – kaum noch in der Lage, den Wirtschaftsprozeß im Sinne der Zielvorgaben der sowjetischen Führung zu steuern und die für jede Wirtschaftsordnung zentralen Aufgaben der Motivation, Koordinierung und Effizienzsteigerung auch nur mit annäherndem Erfolg zu lösen.

Was die krisenverursachenden Effekte der sowjetischen *Wirtschaftspolitik* betrifft, so ist auf den dreifachen Charakter der sowjetischen Wirtschaft als „Prioritätswirtschaft“, als „Plandruckwirtschaft“ und als „Ausbeutungswirtschaft“ hinzuweisen. Die Vorgabe ehrgeiziger Wachstumsziele („Einholen und Überholen“) und die Konzentration der Wirtschaftsressourcen auf Kernbereiche wie Schwer- und Rüstungsindustrie⁹⁾ führten nicht nur zu einer

⁹⁾ Vgl. zur Problematik von Umfang und Messung des Rüstungssektors H.-H. Schröder, Wie groß ist der sowjetische Rüstungssektor?, Informationen aus der Forschung des BIOst, 2/1990.

im Maßstab der Gesamtwirtschaft zu geringen Orientierung auf Qualität und Innovation sowie zu einer kaum mehr tragbaren Vernachlässigung des sowjetischen Konsumenten, sondern auch zu einer sich jetzt als hartnäckige Aufschwungsbarriere erweisenden Auszehrung der ökonomischen Substanz. So wurden wesentliche Sektoren der Infrastruktur der sowjetischen Wirtschaft (vor allem das Transportsystem) bis an den Rand des Zusammenbruchs belastet, die industriellen Produktionskapazitäten ohne rechtzeitigen Ersatz immer mehr verschlissen, Rohstoffe durch Raubbau und Unwirtschaftlichkeit verschwendet und die Umwelt massiv beeinträchtigt.

5. Der Beitrag der Perestroika

Für die aktuellen, in der Periode der Perestroika entstandenen bzw. in Dimension und Effekten stark angewachsenen Krisenerscheinungen ist zunächst auf eine Reihe *exogener Ursachen* hinzuweisen, wie rückläufige Deviseneinnahmen aus der Außenwirtschaft durch Verschlechterung der Terms of Trade aufgrund fallender Erdölpreise und Dollarkurse sowie folgenreiche Unfälle (Tschernobyl) und Naturkatastrophen (Erdbeben in Armenien).

Von größerer Bedeutung sind jedoch *wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen* aus der Periode der wirtschaftspolitischen Neuorientierung unmittelbar nach 1985. Hierzu gehört vor allem das als Kern des 12. Fünfjahresplans konzipierte Investitions- bzw. Modernisierungsprogramm. Zwar wurde die Investitionstätigkeit wie vorgesehen angekurbelt, doch folgte dem beschleunigten Investitionsnachwuchs kein entsprechender Ausbau der Produktionskapazitäten, so daß es im Ergebnis zu verstärkten strukturellen Disproportionen und spürbaren Inflationsimpulsen kam.

Gleichfalls ungünstig wirkte die *Antialkoholkampagne*: Sie trug zur Demotivation der Bevölkerung bei, reduzierte die Angebotspalette bei Konsumgütern, führte zum Ausweichen auf selbstgebrannten Alkohol mit negativen Folgen für den Zuckermarkt sowie die Volksgesundheit und beeinträchtigte das Steueraufkommen.

Als weitere Krisenursache müssen die wirtschaftlichen Auswirkungen sich verschärfender *sozialer und ökonomischer Desintegration* unterschiedlichen Typs genannt werden: zunehmend negative Konsequenzen der sich zuspitzenden Nationalitätenkonflikte, Streikfolgen, Wirtschaftskriminalität, Auswirkungen abnehmender Vertragsdisziplin

der Betriebe, negative Effekte von Maßnahmen der Bürokratie mit Sabotagecharakter, z.B. im Transportbereich. Gegenwärtig gehen Städte und Regionen dazu über, Konsumgüter nur noch an die eigenen Bürger abzugeben, und ganze Republiken verbieten die Lieferung defizitärer Waren an andere Teile der UdSSR¹⁰).

6. Widersprüche der Reformpolitik

Nicht zuletzt aber ist die bisherige *ökonomische Reformpolitik* mit ihren konzeptionellen Defiziten, Halbheiten und dem unbefriedigenden Stand ihrer Umsetzung in die Praxis zu einer wesentlichen Ursache für die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme der UdSSR geworden¹¹).

Der *erste Versuch* einer neuen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1985/86 war durch das Konzept der „technokratischen Modernisierung“ geprägt, die das zu Beginn der Ära Gorbatschow angestrebte Ziel der „Beschleunigung“ (uskorenije) vor allem mit struktur- und arbeitskräftepolitischen Maßnahmen verwirklichen wollte¹²). Der 12. Fünfjahrplan (1986–1990) war u. a. durch rasches Investitions-wachstum und anspruchsvolle Vorgaben für Modernisierung und Innovation bestimmt. Zwar gehörten zum wirtschaftspolitischen „Policy Mix“ Gorbatschows von Anfang an auch Reformmaßnahmen, doch blieben diese zunächst im begrenzten Rahmen der aus der Vergangenheit bekannten Versuche, das sowjetische Planungssystem durch Teildezentralisierungen aufzulockern sowie durch neue Verfahren und Organisationsstrukturen zu rationalisieren.

Spätestens 1987 zeigte sich, daß dieser erste Ansatz unzureichend war und der Korrektur bedurfte. So wurde im Rahmen einer *zweiten Konzeption* einerseits das Programm der Wirtschaftssanierung durch politische Akzente (Glasnost, Demokratisierung) erweitert. Andererseits war deutlich geworden, daß Teilkorrekturen des Planungssystems für die angestrebte nachhaltige Verbesserung der ökonomischen Leistung nicht ausreichten. Durch die im Sommer 1987 beschlossene „radikale Umgestaltung der Wirtschaftsleitung“ sollten viele der

¹⁰) Vgl. Sowjetunion: Wirtschaftskrise verstärkt Desintegration, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 34/90.

¹¹) Vgl. R. Götz-Coenenberg, Wirtschaftslage und Umgestaltung des Wirtschaftssystems in der UdSSR, Berichte des BIOst, 22/1988; H.-H. Höhmann (Anm. 7).

¹²) Vgl. hierzu ausführlich H.-H. Höhmann, Abschied vom „entwickelten Sozialismus“ – Wirtschaftslage, Krisenperzeption und Reformbemühungen in der Sowjetunion unter Gorbatschow, in: R. Schlüter (Hrsg.), Wirtschaftsreformen im Ostblock in den 80er Jahren, Paderborn 1988, S. 31 fff.

bisherigen Maßnahmen zusammengefaßt und zugleich im Sinne einer Planwirtschaft mit eingebauten Marktmechanismen („Plan-Markt-Wirtschaft“) weitergeführt werden. Ausgangspunkt der Reform war die veränderte Stellung des Betriebes in der Gesamtwirtschaft. Unter Leitformeln wie „Selbständigkeit“, „Selbstfinanzierung“ und „Selbstverwaltung“ sollten wesentliche Entscheidungsbefugnisse auf die Ebene der Betriebe verlagert werden.

Ging das Konzept insofern auch über die bisherigen Reformen hinaus, so litt es doch von vornherein an seiner Inkonsistenz. Es war auf die Ebene der Betriebe konzentriert, beschränkte sich auf Dezentralisierung, schloß Eigentumsreformen weitgehend aus und vernachlässigte nicht zuletzt die erforderlichen Regelungen für den überbetrieblichen Bereich, d. h. das funktionelle und institutionelle Umfeld der Betriebe. Zwar wurde etwa zeitgleich mit dem Betriebsgesetz eine Reihe von Reformdekreten für die Bereiche Planung, Materialversorgung, Preisbildung, Finanz-, Geld- und Kreditwesen erlassen. Doch blieben diese vage und mehrdeutig formuliert und wurden nicht in die Form präziser Gesetze gefaßt.

Als man 1988 mit der Verwirklichung der Reform begann, wirkten sich bald die nicht überbrückten Widersprüche zwischen erweiterten Entscheidungsspielräumen der Betriebe (etwa im Bereich der Lohn-, Sortiments- und Preisgestaltung) auf der einen und der kaum veränderten Organisationsstruktur und Arbeitsweise der überbetrieblichen Ebene (Planung, Produktionsmittelversorgung, Preis-, Bank- und Finanzsystem, ministerielle Verwaltungsstruktur) auf der anderen Seite negativ auf Koordination und Leistung der Wirtschaft aus. Einerseits schwächte sich die zentrale administrative Kontrolle ab, wozu die Auflösungstendenzen der Union und die abnehmende Rolle der Parteiorgane wesentlich beitrugen, andererseits blieb das administrative „Interventionspotential“ der Bürokratie erhalten, und es kam nicht zur Entwicklung funktionsfähiger Marktstrukturen. Mehr und mehr nahm die sowjetische Wirtschaft – so ein westlicher Beobachter – den Charakter einer „zentralen Planwirtschaft mit k.o.-geschlagenem Zentrum“ an.

Ähnliche Widersprüche gibt es in anderen Bereichen der sowjetischen Wirtschaftsreformpolitik, etwa bei der Außenwirtschaft oder im Sektor der neugeschaffenen – im Unterschied zu den Kolcho-

sen und bisherigen Konsumgenossenschaften – weitgehend planfreien genossenschaftlichen „Kooperative“.

So litt die *Außenwirtschaftsreform*¹³⁾, die die Außenhandelsrechte der Betriebe erweitern, sie an Deviseneinnahmen beteiligen und auch durch Joint-ventures mit der Weltwirtschaft verbinden sollte, bald unter dem unzureichenden Stand der Gesamtreform. Anhaltende administrative Kontrolle über Produktionsentscheidungen und Devisenverwendung höhle die gewährten Rechte der Betriebe aus, während die Joint-ventures unter unzureichendem Zugang zur sowjetischen Binnenwirtschaft (vor allem bei der Beschaffung von Produktionsmitteln) und mangelhaften Regelungen für das organisatorisch-juristische Umfeld litten¹⁴⁾.

Die Möglichkeit, auf der Grundlage des *Genossenschaftsgesetzes* von 1988 kleinere und mittlere Betriebe quasi privater Natur zu gründen, sollte zur Überwindung von Angebotsdefiziten vor allem im Konsumbereich (aber auch bei Dienstleistungen für produktive Zwecke) beitragen¹⁵⁾. 1990 gab es ca. 260 000 Kooperative (mit 6,2 Millionen Beschäftigten). So fehlt es nicht so sehr an einer Schicht alter und neuer Unternehmer als vielmehr an einem begünstigenden politischen und gesellschaftlichen Rahmen. Denn bald kam es zu Einschränkungen des gesetzlich gewährten Spielraums durch Verordnungen und bürokratische Eingriffe. Auch mangelt es offensichtlich an einer breiten Akzeptanz der Genossenschaften durch die sowjetische Bevölkerung, die insbesondere der Möglichkeit, in den gleichsam privaten Bereichen höhere Einkommen zu erzielen, mit Neid und Skepsis gegenübersteht. Der hier sichtbar werdende Widerspruch zwischen neuen, progressiven Formen ökonomischer Aktivität und traditionellen Wirtschaftseinstellungen vieler Menschen stellt eines der Hauptprobleme der zukünftigen Reformpolitik in der UdSSR dar.

¹³⁾ Vgl. H. Machowski, Die neue sowjetische Außenwirtschaftspolitik, in: H. Adomeit/H.-H. Höhmann/G. Wagenlehner (Hrsg.), Die Sowjetunion unter Gorbatschow, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 238–260.

¹⁴⁾ Vgl. C. Meier, Sowjetische Joint Ventures mit westlichen Partnern 1987–1989: Eine problemorientierte Zwischenbilanz, Berichte des BIOst, Köln, 71/1989.

¹⁵⁾ Vgl. G. Seidenstecher, Gewerbenossenschaften und individuelle Erwerbstätigkeit: Ein Ausweg aus der Versorgungskrise?, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1988/89, München 1989, S. 173 ff.

II. Neue Konzepte für Wirtschaftsstabilisierung und Reform

1. Auf dem Weg zur Marktwirtschaft?

Die sich seit 1988/89 drastisch verschlechternde Wirtschaftslage veranlaßte eine intensive Suche nach einem neuen Konzept für die Wirtschaftspolitik, dem nunmehr *dritten Ansatz* zur wirtschaftspolitischen Neuorientierung nach 1985, diesmal unter dem Vorzeichen eines Übergangs zur Marktwirtschaft. Dies dokumentierte die Bereitschaft, über die bisherigen, immer noch stark planwirtschaftlich orientierten Reformvorstellungen hinauszugehen, stand jedoch von vornherein im Zeichen erheblicher wirtschaftlicher und politischer Restriktionen. In wirtschaftlicher Hinsicht mußten Krisenlage und Inflationsdruck jede Marktorientierung stark behindern, politisch wirkten sich Autoritätsverfall, Machtkämpfe und das Erstarken konservativer Kräfte reformparalysierend aus. Dazu kam die Zersetzung einheitlicher politischer Willensbildung im Rahmen der Union, was jede Reform zu einem Prozeß heikler Machtverlagerung zwischen Zentrum und Republiken machte. Schließlich erforderten Krisenlage wie Perzeption der Krisenursachen, jedes Programm ökonomischen Systemwandels mit einem Stabilisierungsprogramm und mit Ansätzen zur strukturellen Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft zu verbinden. Hieraus ergaben sich oft Konflikte über Reichweite, Richtung und Zeithorizont wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Umstritten war insbesondere, wie frühzeitig zu Marktbeziehungen als dem Kernelement einer Systemreform übergegangen werden könnte, und wie lange eine weitgehende administrative Steuerung für Zwecke der Wirtschaftsstabilisierung und der Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur beibehalten werden müsse.

2. Das Projekt der Abalkin-Kommission

Der erste umfassende Entwurf eines marktwirtschaftlichen Programms wurde im Oktober 1989 durch die von L. Abalkin geleitete Reformkommission des Ministerrats vorgelegt¹⁶⁾ und bestimmte seitdem mit unterschiedlicher Intensität das sy-

¹⁶⁾ Radikal'naja ekonomičeskaja reforma: pervoočerednye i dolgovremennye mery, in: *Ekonomičeskaja gazeta*, (1989) 43; vgl. auch Ed A. Hewett, *Perestroika-„Plus“: The Abalkin Reforms*, *PlanEcon Report*, (1989) 48–49, sowie B. Rumor, *The „Abalkinization“ of Soviet Economic Reform*, in: *Problems of Communism*, Jan./Feb. 1990, S. 74ff., und M. Sieburger, *Umbau und Krise: Absicht und Wirklichkeit der Wirtschaftsreform in der Sowjetunion*, *Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-AP 2661, Fo.Pl.2/90*, Juli 1990.

stempolitische Vorgehen der sowjetischen Zentralregierung unter dem bis Ende 1990 amtierenden Ministerpräsident Ryshkow. Das Abalkin-Projekt¹⁷⁾ hatte sieben Kernelemente, die sich mit unterschiedlicher Akzentuierung in den später folgenden Projekten wiederfanden. Diese waren:

- Reform der *Eigentumsordnung* durch Pluralisierung, „Entstaatlichung“ und teilweise auch Privatisierung bisherigen Staatseigentums;
- Durchsetzung eines *leistungsorientierten Verteilungssystems*;
- Übergang zur *Marktwirtschaft* als der wichtigsten Form einer Koordinierung wirtschaftlicher Prozesse mit Märkten für Güter, Kapital und Arbeit und Vorkehrungen zur *Wettbewerbsregelung*;
- *Preisreformen* (Veränderungen der Preisstrukturen und Reform des Preisbildungsmechanismus);
- Neubestimmung des *Charakters staatlicher Wirtschaftspolitik* im Sinne eines Übergangs zu vorwiegend indirekter Lenkung;
- Flankierung der Reform durch *soziale Maßnahmen* (Arbeitslosenversicherung, Einkommensindexierung und andere Maßnahmen zur Garantie des Lebensstandards vor allem der ärmeren Bevölkerungsgruppen) und schließlich
- Verbindung zwischen Binnenwirtschaftsreform und *Reform der Außenwirtschaftsbeziehungen*.

Mit der Festlegung neuer systempolitischer Grundstrukturen verband sich im Abalkin-Projekt eine Erörterung von Tempo und Strategie der Reform. Folgende drei prinzipiell mögliche Strategien wurden vorgestellt: der *konservative Weg* eines langsamen Hinüberwachsens in neue Systemstrukturen, die *radikale Strategie* mit dem Schock eines systempolitischen Sprungs sowie der *radikal-gemäßigte Ansatz* eines zügigen, aber doch schrittweisen und sozial abgefederten Vorgehens. Das Projekt favorisiert eindeutig den gemäßigten Weg. Der Zeithorizont der Reform war folglich relativ weit: In den Jahren 1990 bis 1992 sollte die Systemtransformation konzeptionell, gesetzgeberisch sowie wirtschafts- und sozialpolitisch vorbereitet werden, für die Periode von 1993 bis 1995 war ihre umfassende Implementierung vorgesehen, das Jahr fünf 1996 bis 2000 schließlich sollte der Konsolidierung und Stabilisierung der neuen Systemstrukturen und Funktionsmechanismen dienen.

¹⁷⁾ Vgl. auch Reforma: vtoroe dychanie, Zametki presskonferencii zamestitelja Predsedatelja Sovmina SSSR L. Abalkina, in: *Rabočaja tribuna* vom 11. April 1990: *Komu mešat Abalkin?*, in: *Nedelja*, (1990) 14.

Der Abalkin-Entwurf wies gegenüber dem Projekt der „radikalen Umgestaltung“ von 1987 eine Reihe von Vorzügen auf. So wurde die Notwendigkeit der konsistenten Abstimmung einzelner Reformschritte betont und ein Bündel von ordnungspolitischen Bausteinen präsentiert, das wenigstens tendenziell auf die für eine Systemtransformation erforderliche „kritische Masse“ an Veränderungen gegenüber dem bisherigen System hinausläuft. Hierzu gehören Gewährleistung von Unternehmensautonomie, umfassende Herstellung von Marktbeziehungen, Preisreform und Neudefinition von Rolle und Methoden staatlicher Wirtschaftspolitik. Auch wurde zu Recht gefordert, gemeinsam mit der Ausarbeitung der einzelnen Bereiche der Reform auch eine adäquate wirtschafts- und sozialpolitische Strategie zu formulieren, ein gleichfalls bisher vernachlässigter Gesichtspunkt. Dennoch blieben zahlreiche konzeptionelle Schwächen und Ungereimtheiten, an denen sich – insbesondere in den verwässerten und ungeschickt präsentierten Versionen Ryshkows – heftige Kritik entzündete und die bald auch zu zahlreichen Alternativkonzepten von unterschiedlicher inhaltlicher und politischer Bedeutung führten.

3. Die Programme der Regierung Ryshkow

Die dem Obersten Sowjet der UdSSR von Ministerpräsident Ryshkow vorgelegten Wirtschaftsprogramme der sowjetischen Regierung vom Dezember 1989¹⁸⁾ und vom Mai 1990¹⁹⁾ markierten weitere Etappen des schwierigen politischen Entscheidungsprozesses beim Übergang zur Marktwirtschaft. Im Dezember traten reformpolitische Zielsetzungen allerdings zunächst gegenüber einem mit Nachdruck propagierten Stabilisierungsprogramm in den Hintergrund, mit dem vor allem die Krisenlage auf den Konsumgütermärkten überwunden werden sollte. Auf der Angebotsseite sah das Programm hierzu allgemeine Wachstumsreduzierungen, Kürzungen von Investitions- und Rüstungsausgaben, Umschichtungen innerhalb der Kapitalbildung zugunsten konsumnaher Bereiche, starke Beschleunigung der Konsumgüterproduktion (u. a. durch zügige „Konversion“, d. h. Umstellung bisheriger Rüstungskapazitäten auf zivile Produkte und nicht zuletzt auf Konsumgüter) sowie eine Erweiterung von Konsumgüterimporten

¹⁸⁾ N. I. Ryžkov, 'Effektivnost', konsolidacija, reforma – put' k zdorovoj ekonomike, in: Pravda vom 14. Dezember 1989.

¹⁹⁾ N. I. Ryžkov, Ob ekonomičeskom položenii strany i koncepcii perechoda k reguliruemoj rynočnoj ekonomike, in: Pravda vom 25. Mai 1990.

vor. Zur Begrenzung der Geldexpansion (Regulierung der monetären Nachfrage) sollten u. a. Haushaltsausgaben gekürzt, Haushaltseinnahmen erweitert, Anleihen ausgegeben, Wohnungen verkauft und – als weitere Inflationsbremse – eine progressive Steuer auf die Lohnzahlungen der Betriebe (Ausnahme: Konsumgütererzeugung!) erhoben werden.

Das Stabilisierungsprogramm stand von vornherein auf tönernen Füßen. Die vorgesehenen Maßnahmen erwiesen sich im wesentlichen als nicht durchführbar und hätten auch bei mehr Erfolg nicht ausgereicht. Die angestrebte Änderung der Angebotsstruktur war nicht genügend durch Finanz- und Materialressourcen abgesichert. Auch entsprach das Programm mit seinem Kampagnencharakter weitgehend dem diskretierten „administrativen Kommandosystem“ und war damit zu sehr von den Reformmaßnahmen abgekoppelt. Jedenfalls nahm die Wirtschaftsentwicklung ab 1990 einen besonders kritischen Verlauf. Die Inflation beschleunigte sich, und die Wirtschaftsleistung ging zurück. Beim Hoffnungsträger Konversion zeigten sich große Schwierigkeiten²⁰⁾. Die Manager der Rüstungsindustrie waren allenfalls in Grenzen bereit, ihre Produktion umzustellen, es mangelte an erforderlichen Ausrüstungen und Vorprodukten, die Kosten stiegen, es fehlten leistungsfähige Formen der Verbindung zum Handel; Konversion und Gesamtreform waren nicht koordiniert.

Aufgrund intensiver innersowjetischer Kritik an fehlender Reformentschlossenheit und nachdem die Wirtschaftsdaten für die ersten Monate des Jahres 1990 ein Nichtgreifen, wenn nicht gar ein frühes Scheitern der Stabilisierungsmaßnahmen signalisiert hatten, legte Ryshkow Ende Mai²¹⁾ eine neue Variante seines Wirtschaftsprogramms vor, die mit stärkeren Reformakzenten ausgestattet war. Die Notwendigkeit wirksamer Stabilisierungsmaßnahmen wurde zwar weiter betont, doch gleichzeitig hervorgehoben, daß die sich schnell verschlechternde Wirtschaftslage nunmehr den Übergang zu einer „regulierten Marktwirtschaft“ erfordere. Dabei trat eine Reihe von Elementen des ursprünglichen Abalkin-Projekts wieder stärker in den Vordergrund: Unternehmensautonomie, Preisreform, Wettbewerbsregelung, soziale Flankierung sowie die Forderung, dies alles in einen entsprechenden Gesetzgebungsprozeß umzusetzen. Auch hinsichtlich des Zeithorizonts der Systemtransformation blieb es beim radikalgemä-

²⁰⁾ Vgl. dazu H.-H. Schröder, Versorgungskrise, Rüstungsabbau und Konversion in der UdSSR, Teil I-III, Berichte des BIOst, 56–58/1989.

²¹⁾ Vgl. Pravda vom 25. Mai 1990.

bigten Ansatz einer Streckung der Reform über mindestens fünf Jahre, wobei für die Jahre 1990 bis 1993 vorbereitende konzeptionelle, preispolitische und gesetzgeberische sowie sozial flankierende Maßnahmen vorgesehen waren, während die Reformimplementierung mit den entscheidenden institutionellen Veränderungen hin zur „regulierten Marktwirtschaft“ im wesentlichen im Zeitabschnitt von 1993 bis 1995 stattfinden sollte. Ryshkow bezeichnete es als „ein verfehltes Experiment, 290 Millionen Menschen ohne die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen in die aufgewühlten Gewässer des Markts zu stoßen“²²⁾.

Viel Beachtung fanden die Ankündigungen des Ministerpräsidenten zur Neufestsetzung der Einzelhandelspreise, mit der bereits im Sommer 1990 begonnen werden sollte und die beträchtliche Steigerungen des Preisniveaus für Konsumgüter, darunter u. a. eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Lebensmittelpreise bis zum 1. Januar 1991 vorsah (durchgeführt am 1. April 1991). Dieses Vorhaben, gedacht als Beitrag zur Herstellung von Marktgleichgewicht und zum Abbau der Subventionslast des sowjetischen Staatshaushalts, stieß auf breite Kritik, wurde in der Bevölkerung als „Schock ohne Therapie“²³⁾ empfunden, mußte ausgesetzt werden und war wesentlicher Grund dafür, daß das Ryshkow-Projekt zurückgewiesen wurde, bis zur Eröffnung der Herbstsitzungsperiode des Obersten Sowjets der UdSSR im September 1990 überarbeitet und dann wieder vorgelegt werden sollte. Andere Ansatzpunkte der Kritik²⁴⁾ an der Mai-Version des Regierungsprogramms waren die oft als zu gering eingeschätzte generelle Reichweite der Reform (insbesondere in bezug auf die Gewährleistung von Unternehmensautonomie und die Einführung von Privateigentum) sowie das Überwiegen des Reformelements „Regulierung“ gegenüber dem Reformelement „Markt“. Nicht zuletzt setzte die Kritik auch an der vielfach als zu lang empfundenen zeitlichen Ausdehnung des Reformprozesses an.

Dies war in der Tat ein Grundproblem der Abalkin-Ryshkow-Vorschläge, hier zeigt sich aber auch ein schwer aufzuhebendes Grunddilemma aller Wirtschaftsreformen. Einerseits hat jede Reform einen größeren Zeitbedarf zur Lösung der mit ihr verbundenen konzeptionellen Fragen, zur Festlegung des erforderlichen institutionellen und nor-

²²⁾ N. I. Ryžkov vor dem Obersten Sowjet am 29. Mai 1990, in: BBC, Summary of World Broadcasts, SU/0779.

²³⁾ P. Bunič, in: Izvestija vom 28. Mai 1990.

²⁴⁾ Vgl. R. Götz-Coenenberg, Der „regulierte Markt“ im Urteil sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler. Gelesen, kommentiert des BIOst, 6/1990.

mativen Rahmens, zur Implementierung der Reform sowie zur Schaffung der notwendigen prozeß-, struktur- und sozialpolitischen Flankierung. Andererseits bringt jeder verzögerte Reformprozeß die Gefahr mit sich, daß die einzelnen Reformschritte unkoordiniert auseinanderfallen, daß dysfunktionale Mischungen alter und neuer Systemelemente entstehen und daß dadurch die erforderliche Konsistenz des Gesamtkonzepts verloren geht. Würden etwa bei einer Aufgliederung des Staatseigentums auf Union, Unionsrepubliken und andere Regionaleinheiten oder auch auf Aktiengesellschaften, genossenschaftliche und private Eigentümer die ökonomischen Entscheidungsbegebnisse ohne die Schaffung eines funktionsfähigen Marktmechanismus zur koordinierenden Rückkopplung dezentralisiert, so käme es mit Sicherheit zu größeren Funktionsstörungen, die die Wirtschaftslage weiter verschlechtern und die Perspektiven der Reform beeinträchtigen würden. Gleiches gilt für die Zusammenhänge zwischen einer Dezentralisierung betrieblicher Produktions- und Investitionsentscheidungen auf der einen und der Preisreform auf der anderen Seite. Schließlich macht eine zu breite zeitliche Staffelung von Reformmaßnahmen auch den Widerstand gesellschaftlicher Gruppen gegen sie aussichtsreicher, als er ohnehin schon ist, da man gegen Einzelschritte wirksamer vorgehen kann als gegen eine umfassend und zügig implementierte Gesamtreform. Dies gilt vor allem für die Verweigerung großer Teile des bürokratischen Apparats, aber auch für die Arbeiterschaft, die sich vielfach gegen eine leistungsfordernde, marktwirtschaftliche Systemreform wendet bzw. mobilisieren läßt.

4. Das Schatalin-Programm

Derartige reformparalysierende Effekte wollte das Schatalin-Programm vermeiden. Die Grundzüge des Programms wurden ursprünglich von Mitarbeitern der Abalkin-Kommission erarbeitet. Hauptautor war G. Jawlinski, seit Sommer 1990 – als das Programm zur Grundlage der Reformpolitik in der RSFSR unter Jelzin wurde („Programm der 500 Tage“) – stellvertretender russischer Ministerpräsident. Das Projekt lag dann der Arbeit einer Gruppe von Experten unter Leitung S. Schatalins (damals Mitglied des Präsidialrats) zugrunde, die aufgrund einer Vereinbarung zwischen Gorbatschow und Jelzin Anfang August 1990 gebildet wurde. Im September wurde das Programm veröffentlicht²⁵⁾, ergänzt durch einen Band mit Entwürfen für eine Reihe als notwendig erachteter Reformgesetze.

²⁵⁾ Vgl. Perechod k rynku (Anm. 5).

Vergleicht man das Schatalin-Programm mit den verschiedenen Entwürfen des Regierungsprogramms, so zeigen sich zwar Übereinstimmungen in der marktwirtschaftlichen Grundorientierung und der Festlegung der einzelnen Bereiche der systempolitischen Umgestaltung. Es gibt jedoch auch bedeutsame Unterschiede in bezug auf politischen Kontext, Vorgehensweise, Inhalt und systempolitische Grundposition. Diese liegen auf folgenden vier Ebenen:

- Zunächst unterscheidet sich das Schatalin-Programm durch einen anderen *politischen Ansatz* vom Vorgehen der Regierung. Während diese von einer weitreichenden wirtschafts- und ordnungspolitischen Zuständigkeit der zentralen Unionsregierung ausgeht, laufen die Vorstellungen der Schatalin-Gruppe darauf hinaus, selbständig gewordene Republiken zu den wesentlichen Trägern der Reformpolitik zu machen (UdSSR als „Wirtschaftsunion souveräner Republiken“).
- Was *Zeitbedarf und Rhythmus* des Transformationsverlaufs betrifft, so wird dem auf mehr als fünf Jahre angelegten Gradualismus des Regierungsprogramms ein geraffter, schockartiger Prozeß institutionellen Wandels gegenübergestellt, mit dem die zu erwartenden negativen Effekte eines längerfristigen Systemumbaus vermieden werden sollen. Vergegenwärtigt man sich allerdings Umfang und Komplexität der im Schatalin-Programm vorgesehenen Maßnahmen, so ist erkennbar, daß der dafür erforderliche Zeitbedarf eindeutig unterschätzt wird. Sowohl der institutionelle Umbau als auch der für dringend notwendig erachtete wirtschaftsstrukturelle Wandel sind in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren auch nicht annähernd zu erreichen.
- *Inhaltlich* gehen die zunächst in der RSFSR entwickelten und dann von Schatalin übernommenen Vorstellungen insbesondere dadurch über das Regierungsprogramm hinaus, daß Markt und Unternehmensautonomie (Gewerbefreiheit) gegenüber staatlicher Regulierung eindeutig im Vordergrund stehen, daß insbesondere entschiedenere Reformen der bisherigen Eigentumsverfassung in Richtung Privatisierung von Produktionsmitteln einschließlich Grund und Boden gefordert werden und daß die notwendige Verbindung von Übergang zur Marktwirtschaft und tiefgreifendem Strukturwandel im Sinne eines Abbaus bisheriger schwer- und rüstungswirtschaftlicher Prioritäten viel klarer hervorgehoben wird, was auch für die Notwendigkeit einer „konsequenten In-

tegration in das System der Weltwirtschaftsbeziehungen“ gilt.

- Schließlich läuft das Schatalin-Programm nicht nur auf ein deutliches Bekenntnis zu Privateigentum, Unternehmensautonomie und Marktwirtschaft hinaus, es ist auch eindeutig am *Leitbild einer „Bürgergesellschaft“* orientiert, die die Rechte der einzelnen Bürger als Konsumenten und Unternehmer vor die Erfüllung von Staatszwecken rückt. Eine Bezugnahme auf traditionsgeprägte ideologische Leitbilder, etwa Sozialismusmodelle – in welcher revidierten Form auch immer –, fand nicht mehr statt.

All dies stellt – trotz einer Reihe von Inkonsistenzen, teilweise wohl bedingt durch die bei der Ausarbeitung verordnete Hast – sowohl eine Vertiefung und Weiterführung der in der UdSSR diskutierten marktwirtschaftlichen Reformvorstellungen als auch einen Fortschritt im Hinblick auf Vollständigkeit und Konsistenz der Konzeptionen dar.

5. Gorbatschows untauglicher Kompromiß

Das Schatalin-Programm schien zunächst die prinzipielle Billigung Gorbatschows zu finden. Seine Stellungnahme auf der Herbstsitzung 1990 des Obersten Sowjet reichte aber nicht aus, um das Projekt durchzusetzen. Die schließlich mit drei Vorhaben (überarbeitetes und erweitertes Regierungsprogramm für eine „regulierte, sozial orientierte Marktwirtschaft“, Schatalin-Programm und zusätzliche Reformempfehlungen einer Expertenkommission unter der Leitung des Gorbatschow-Beraters Aganbegjan) konfrontierten Deputierten konnten sich nicht entscheiden. Der Präsident kündigte die Ausarbeitung eines Kompromisses zwischen Regierungs- und Schatalin-Programm an und erhielt Vollmacht, den unter seiner Regie erstellten Reformplan durch Präsidentenerlasse politisch umzusetzen. Das Projekt Gorbatschows – deutlich kürzer im Umfang als die anderen Entwürfe und insofern von vornherein weiterer Ausfüllung und operativer Präzisierung bedürftig – wurde als „Grundrichtungen für die Stabilisierung der Volkswirtschaft und den Übergang zur Marktwirtschaft“ vom Parlament angenommen und Ende Oktober 1990 in der sowjetischen Presse veröffentlicht²⁶⁾.

Kaum publiziert, geriet der Gorbatschow-Plan schnell in das Kreuzfeuer innersowjetischer Kritik, und um die Chancen baldiger Verwirklichung eines marktwirtschaftlichen Reformprogramms ist

²⁶⁾ Vgl. Pravda vom 18. Oktober 1990.

es seitdem noch schlechter bestellt, als dies in Anbetracht der großen Schwierigkeiten eines ökonomischen Systemwechsels ohnehin der Fall wäre. Dies liegt zum Teil, aber nicht in entscheidendem Maße an den „Grundrichtungen“ selbst. Eine entschlossene Regierung könnte auf der Basis eines tragfähigen politischen Konsenses trotz des vagen Charakters der Gorbatschow-Vorschläge durchaus von ihnen ausgehen.

Bewertet man die vorgesehenen Maßnahmen jedoch im einzelnen, so fällt – bei aller prinzipiellen Tendenz zur Marktwirtschaft – die Unbestimmtheit vieler ordnungspolitischer Vorhaben auf. Weder Charakter noch Dimension der für die verschiedenen Reformetappen geplanten Maßnahmen, insbesondere was die angekündigten Markt- und Eigentumsreformen betrifft, werden im Detail deutlich. Zum anderen wird klar, daß zumindest zu Beginn des Stabilisierungs- und Umstellungsprozesses in starkem Maße administrative Maßnahmen ins Spiel kommen sollen. Zu erwähnen sind vor allem das angeordnete Einfrieren bestehender Produktions- und Lieferbeziehungen auf dem Vorjahresstand, was durch einen bereits Ende September 1990 ergangenen Erlass des Präsidenten gesichert werden sollte, sowie die administrativen Preiserhöhungen.

Diese im Vergleich zum Schatalin-Plan stärker ausgeprägte Beibehaltung von administrativen Elementen wird mit ökonomischen Notwendigkeiten begründet, die durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage bedingt seien. Dies ist begreiflich. Doch da wohl ausgeschlossen ist, daß die Autorität der Gorbatschow-Führung ausreicht, um die vorgesehenen Maßnahmen effektiv durchzusetzen, droht eine fatale Spirale: Maßnahmen zur Systemtransformation werden aufgeschoben, die zur Stabilisierung vorgeschalteten administrativen Korrekturingriffe versagen, die Lage der Wirtschaft verschlechtert sich weiter, Maßnahmen zur Systemtransformation werden erneut zurückgestellt, und der Prozeß beginnt aufs neue.

6. Aktuelle Entwicklung und Perspektiven

Mittlerweile hat der neue Ministerpräsident Pawlow erklärt²⁷⁾, daß zwar am Programm einer staatlich stark beeinflussten Marktwirtschaft festgehalten werden solle, daß aber die Aufgaben einer krisenüberwindenden Stabilisierung und einer strukturellen Erneuerung der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, Vorrang haben müßten. In

²⁷⁾ Vgl. Trud vom 12. Februar 1991.

der wirtschaftspolitischen Praxis stehen konzeptionell wenig überzeugende Ad-hoc-Maßnahmen im Vordergrund. Ein Beispiel dafür war vor allem der im Januar 1991 angeordnete Umtausch der alten 50- und 100-Rubel-Noten²⁸⁾, der zu keiner umfangreichen Stilllegung von Kaufkraft führte und die sowjetische „Mafia“ vermutlich weniger traf als beabsichtigt, der aber das Vertrauen der Bevölkerung in eine bevorstehende Wende zum Besseren weiter erschütterte. Die Aktion bewies zwar ebenso wie die am 1. April 1991 erfolgte Erhöhung der Einzelhandelspreise um durchschnittlich 60 Prozent (bei teilweiser Kompensation auf der Einkommensseite, doch gleichzeitiger impliziter Abwertung der Sparguthaben) den Mut zu unpopulären Maßnahmen und die Fähigkeit, überhaupt zu handeln. Solche Aktionen sind aber nur dosiert anwendbar und kaum wiederholbar. Sie sollten insofern Bestandteil eines aussichtsreichen Gesamtkonzepts sein. Ein solches ist aber gegenwärtig nicht erkennbar.

Der Schlüssel zu einer Wirtschaftspolitik mit Aussicht auf Erfolg liegt bei allen ökonomischen Schwierigkeiten in der Politik. Drei Voraussetzungen müssen in ausreichendem Maße erfüllt sein: ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der die Schmerzen der Systemtransformation erträglich macht, die Wiederherstellung von Führungsfähigkeit und stabiler politischer Ordnung sowie die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Union und Republiken. Während man sich für die Schaffung des politischen Rahmens auch auf seiten reformerischer Kräfte autoritäre Lösungen („Reform-Autoritarismus“) vorstellen kann²⁹⁾, ist das Verhältnis zwischen Union und Republiken nur noch im Sinne einer lockeren Konföderation zu regeln. Genau hierzu aber ist Gorbatschow im Bunde mit Vertretern des „militärisch-ideologischen Komplexes“ nicht bereit. Dies widerspräche zu sehr der Zielformel, unter der er 1985 als politischer Führer angetreten war: Eintritt der UdSSR „in das kommende Jahrhundert als große und ge-deihende Macht“³⁰⁾.

²⁸⁾ Vgl. Izvestija vom 23. Januar 1991.

²⁹⁾ Vgl. A. Ignatow, Das teuflische Dilemma: Chaos oder Diktatur. Neue sowjetische Modelle der Krisenbewältigung. Aktuelle Analysen des BIOst, 2/1991. Der Autor zitiert einen der radikalsten Kritiker des alten Systems und seiner ideologischen Grundlagen, A. Zipko, mit der Aussage: „Ich würde die sog. ‚monarchistischen Allüren‘ Gorbatschows der durch den Mangel jeglicher Verbote dumm gewordenen Menge vorziehen. Es gibt nichts Gefährlicheres als in Rußland unter den Bedingungen der Anarchie und des Zerfalls zu leben“ (Ogonek, [1990] 47, S. 11).

³⁰⁾ Vgl. Pravda vom 11. Dezember 1984.

Da die genannten politischen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist auf absehbare Zeit eher mit einer anhaltenden Wirtschaftskrise, ja mit Zusammenbruchserscheinungen zu rechnen als mit Konsolidierung und Systemwechsel, und für die Wirtschaftspolitik dürfte eine Mischung von hergebrachter Routine des „Durchwurstelns“ und Notstandsmaßnahmen (mit teilweise fatalen politischen Akzenten wie Einschaltung des KGB in die Wirtschaft) kennzeichnend sein.

So groß allerdings die erörterten Schwierigkeiten auch sind: Langfristig dürfte es zum Übergang zur Marktwirtschaft aus vielen Gründen keine Alternative geben. Die bisherige administrative Planwirtschaft hat als System zur Gewährleistung von ökonomischer Modernisierung und Wohlstandsvermehrung endgültig ausgedient. Auch die trotz aller Brems- und Unterdrückungsversuche einsetzenden demokratischen Prozesse sind unvereinbar mit der Aufrechterhaltung administrativer Pla-

nung. Der unaufhaltsame Zerfall des Zentralstaats UdSSR macht die von Moskau ausgehende, verbindliche Planung alten Stils gleichfalls zunehmend obsolet. Schließlich ist die angestrebte weltwirtschaftliche Öffnung der UdSSR (bzw. ihrer einzelnen Republiken) nur in Verbindung mit einem Systemwechsel hin zur Marktwirtschaft möglich.

Setzen sich solche Interdependenzen früher oder später in eine neue Systempolitik um, so fände diese – neben großen zu bewältigenden Problemen – auch positive Ansätze vor. Die Wirtschaftswissenschaft hat sich weiterentwickelt. Der Zerfall der Planwirtschaft nimmt viele Formen unternehmerischer Orientierung vorweg. Schließlich ist parallel zur Programmdiskussion ein breiter Prozeß der Reformgesetzgebung in Gang gekommen, der marktwirtschaftskonformer ist als das derzeitige Grundverständnis von Wirtschaftspolitik und an den entschiedene Reformer – trotz vieler Unvollständigkeiten und Widersprüche – anknüpfen könnten.

Paul Roth: Glasnost in der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/91, S. 3-14

„Glasnost“ ist zu einem „Markenzeichen“ der Politik Gorbatschows geworden. Eine genaue Definition, was alles unter „Glasnost“ zu verstehen ist, gibt es bisher nicht. Drei Schwerpunkte lassen sich aber feststellen: 1. Transparenz der Entscheidungsprozesse der Führung; 2. Freiheit der Information, der Medien, der Meinung, des Glaubens, der Kunst und Wissenschaft sowie Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit; 3. Glasnost als ethisches Prinzip im Sinne von Wahrhaftigkeit.

„Glasnost“ hat sich seit 1985 entwickelt und verändert. Aus dem bloßen Instrument der Wirtschafts-Perestroika wurde eine Voraussetzung für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft. „Glasnost“ hat inzwischen fast alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens erreicht, hat zu Differenzierungen, Aufsplitterungen, zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen geführt. Im Mittelpunkt steht jedoch das Ringen um Wahrhaftigkeit. Die ursprünglich von oben gewünschte, zweckbestimmte „Glasnost“ mußte weitgehend jener „Glasnost“ Platz machen, die sich nicht mehr lenken oder regulieren läßt. „Glasnost“ ist damit zu einem „zweischneidigen Schwert“ geworden, das die notwendigen Veränderungen beschleunigen, aber auch die Existenz des gesamten Systems gefährden kann.

Seit Ende 1990 begann die sowjetische Führung, die unbequem gewordenen Massenmedien zu behindern. Von Transparenz der obrigkeitlichen Entscheidungen kann man seither auf der zentralen Unionsebene nicht mehr sprechen, dagegen wird in verschiedenen Republiken vehement die uneingeschränkte Pressefreiheit gefordert.

Heinrich Vogel: Rahmenbedingungen und Aussichten einer inneren Konsolidierung der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/91, S. 15-24

Staat und Gesellschaft der UdSSR sind in eine tiefe Krise geraten. Die seit Beginn der Perestroika eingeleiteten Reformen der Verfassung und zentrale Projekte der Wirtschaftsgesetzgebung sind festgefahren. Die Rezession in der Wirtschaft hat beunruhigende Dimensionen angenommen. Der Versuch der Zentralregierung, den Zusammenhalt der Union mit Gewalt zu sichern, reduziert die Aussichten für eine Konsolidierung der Lage und ruft zugleich im Westen Besorgnisse über den künftigen Kurs der sowjetischen Außenpolitik hervor.

Die Grenzen einer inneren Konsolidierung ergeben sich aus dem Zusammenwirken von Faktoren, die sich kurzfristigen politischen Eingriffen entziehen. Der Gesamtstaat UdSSR verfügt nicht mehr über ausreichende Reserven zur Steuerung des Zusammenwirkens von Zentrale und Peripherie, zur Sicherung der Versorgung, zur überregionalen Verteilung und Koordination, zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung und zur politischen Mobilisierung der Bevölkerung. Die Gegenoffensive einer Koalition konservativer Kräfte in Parteiapparat, Staatsbürokratie, Militär, KGB und Rüstungslobby hat 1990 an Terrain gewonnen und betreibt die Restauration zentralistischer Strukturen in Staat und Wirtschaft.

Das Spektrum denkbarer Szenarien für die mittelfristige Entwicklung der Sowjetunion reduziert sich auf drei Varianten: 1. eine neue Unionsverfassung auf der Basis der Freiwilligkeit (verklammert durch einheitliche Währung und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), 2. bürgerkriegsähnliche Zustände auf verschiedenen Ebenen und fortgesetzte gewaltsame Unterdrückung durch das Zentrum sowie 3. ein Einfrieren der Konflikte im Rahmen eines autoritären Regimes. Die Möglichkeiten einer nachhaltigen Konsolidierung der Lage werden in jedem der drei Szenarien durch den bereits eingetretenen Zerfall wirtschaftlicher Strukturen eingeschränkt. Jeder Lösungsansatz ist mit erheblichem Zeitbedarf belastet. Dies gilt auch für ein in der letzten Zeit von sowjetischen Autoren zunehmend als Durchgangsstadium diskutiertes autoritäres Regime, das in eine Sackgasse führen und die Dynamik neuer gesellschaftlicher Prozesse in Richtung auf Pluralismus und Marktwirtschaft lahmlegen dürfte.

Bernhard Schalhorn: Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/91, S. 25–33

Die Auseinandersetzung zwischen den in den Volksfronten zusammengefaßten Unabhängigkeitsbewegungen in Estland, Lettland und Litauen und der Führung der Sowjetunion hat sich zugespitzt. Die blutigen Ereignisse in Wilna und Riga im Januar 1991 haben die Explosivität der Gegensätze gezeigt. Die Volksabstimmungen in den drei Republiken auf der einen, das sowjetische Referendum auf der anderen Seite haben die Gegensätzlichkeit der Positionen und die Schwierigkeit eines Ausgleichs zwischen ihnen demonstriert.

Im Beitrag werden Interessenlagen und Konfliktfelder zwischen Moskau und dem Baltikum dargestellt. Historische und aktuelle Hintergründe der Positionen werden beschrieben. Das Ergebnis ist, daß eine Lösung des Konfliktes friedlich nur möglich erscheint, wenn demokratischen Gesichtspunkten auch von der sowjetischen Führung entsprochen wird. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die Chance der baltischen Staaten ist, daß sie auch die jeweiligen nationalen Minderheiten einschließlich der Russen zu großen Teilen für sich gewinnen können. Die Referenden vom 9. Februar und 3. März 1991 in Litauen, Estland und Lettland haben den Nachweis der Kooperations- und Integrationsfähigkeit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in den drei Republiken erbracht.

Hans-Hermann Höhmann: Wirtschaftlicher Zusammenbruch statt Systemwechsel? Programme und Grenzen marktwirtschaftlicher Reformen in der UdSSR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/91, S. 35–45

Entgegen den Beschleunigungszielen des 12. Fünfjahrplans (1986–1990) setzte in der UdSSR 1988/89 eine tiefe Wirtschaftskrise ein. Es kam zu einem Abfall des Wirtschaftswachstums, bei Produktivität und Innovation setzte sich die Stagnation fort, die Versorgung der Bevölkerung wurde immer schlechter, und es erfolgte eine ernste Zerrüttung des Geld- und Finanzwesens.

Nachdem die sowjetische Führung unter Gorbatschow zunächst mit einer technokratischen Modernisierung (1985/86) und ab 1987 mit einer zwar „radikal“ genannten, aber immer noch planwirtschaftlich orientierten und zudem inkonsistenten Reform versucht hatte, die Wirtschaftslage zu verbessern, wurden ab 1989 radikalere wirtschaftspolitische Konzeptionen entworfen. Beginnend mit dem Reformprojekt der Abalkin-Kommission im Herbst 1989 wurden in rascher Folge immer neue marktwirtschaftliche Programme vorgelegt. Besondere Bedeutung kommt dabei dem „Schatalin-Plan“ und den im Oktober 1990 von Gorbatschow als Kompromiß vorgelegten „Grundrichtungen“ für Wirtschaftsstabilisierung und den Übergang zur Marktwirtschaft zu.

Gorbatschow und auch sein neuer Ministerpräsident Pawlow halten bis heute am Ziel der marktwirtschaftlichen Wende fest, doch ist die wirtschaftspolitische Praxis weit davon entfernt. Es wird vielmehr ohne Einbindung in ein überzeugendes Gesamtkonzept mit verzweifelten Ad-hoc-Maßnahmen versucht, den wirtschaftlichen Niedergang zu bremsen. Wenn der Übergang zur Marktwirtschaft auch langfristig aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mit Sicherheit unausweichlich sein dürfte, so sind doch gegenwärtig keine systempolitischen Fortschritte zu erwarten. Ohne einen tragenden Konsens in der Bevölkerung, ohne eine handlungsfähige und zugleich legitimierte Führung und ohne eine Lösung des Konflikts zwischen dem Zentrum und den Republiken kann keine neue Wirtschaftsordnung entstehen. Dazu kommt noch das politische Vorrücken von Vertretern des „militärisch-ideologischen Komplexes“ (W. Daschitschew), die aufgrund ihrer Interessen ohnehin kaum Anhänger marktwirtschaftlicher Reformen sind.